

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Emil Nolde / Sophus Bauditz</i> Und dann kam das Weihnachtsfest / Saa kom Juledagene	148
<i>Hans Peter Johannsen</i> Zwanzig Jahre Grenzfriedenshefte	150
<i>Ernst Beier</i> Achtzig Grenzfriedenshefte: ein Zeitspiegel	154
<i>Hans-Heinrich Beisenkötter</i> Europäische Perspektiven	160
<i>Ernst Siegfried Hansen / Hans Christian Hansen</i> Die Volksabstimmung in Dänemark über den Beitritt zur EWG	166
<i>Troels Fink / E. Bram (Interview)</i> Die Zukunft Nordschleswigs und die EWG	176
<i>Jörn-Peter Leppien</i> Schleswig-holsteinische Geschichte seit 1866 (I)	181
<i>Otto Didrik Schack</i> Wenn ich in meinen alten Papieren herumkrame	192
Umschau ab Seite 215	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.* Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

UND DANN KAM DAS WEIHNACHTSFEST

Es näherte sich das Weihnachtsfest. Meine Mutter backte in dem großen, gewölbten, glühenden Backofen ihre vielen Kuchen, mein Vater schob die Platten hinein und holte sie fertig wieder heraus. Fünfzehn Sorten Gebäck hatte meine Mutter. Wir Kinder standen möglichst immer dabei, zuerst ein Stückchen Teig und dann zerbrochene Kuchen als Leckerbissen erhaschend.

Und dann kam das Weihnachtsfest! Die Knechte und Mädchen speisten mit in der guten Stube, es wurde gebetet, und der Tisch war festlich mit weißem Leintuch gedeckt und dem Silbergeschirr. Der große Schweinskopf mit den Schüsseln voll Grünkohl nebenzu, stand unser erwartend. Das Essen war schwere Kost für uns Kinder, aber ein Stück Schweinsohr mit weißen Knorpelstreifen darinnen, das schmeckte doch sehr schön. Und dann kam die Reisgrütze mit dem üppigen Butterklecks in der Mitte und mit Zucker und Kaneel darüberhin; das war noch besser. Und dann der herrlich große Teller voll Kuchen zum Sattessen! Das Höchste und Schönste waren die kleinen Geschenke: der Farbenkasten, den mir das Fest einst brachte, mag ein größtes Glück mir im Leben gewesen sein. Die ganzen Weihnachtstage saß ich bei meinen Farben, malend und malend.

EMIL NOLDE / Aus „Das eigene Leben. Die Zeit der Jugend. 1867—1902“

SAA KOM JULEDAGENE

Saa kom Juledagene. Lieutenanten var stadig begeistret over Alt, begeistret fra Morgen til Aften. Lige fra Dagry kunde ethvert Menneske blot ved at kaste et Blik ud i Gaarden strax se, at det var Helligdag; Jochumsen paastod endogsaa, at Møddingen dampede festligt, men det var formodentlig et Paradox, som han vilde havt ondt ved at bevise, derimod var det sikkert, at der hvilede en egen fredelig Stemning over det Hele — man hørte ikke engang de vante, klaprende Træsko,

for baade Niels Kusk og Avlskarlen var paa Støvlerne fra Morgenstunden af: de skulde jo i Kirke som hele det øvrige Hus. Saa kom Degnen, lidt før det begyndte at ringe sammen, bragte sin Julehilsen og fik sin Kaffe, Klokken kimedede, og Slædebjælderne klingede — nu var det paa Tide at gaa.

Oppe paa Kirkegaarden ventede de fleste Mænd, kun Kvinderne var gaaede ind. Nu kom Præsten sammen med sin Familie og sine Gjæster, hilste rundt og gav de Nærmeste Haanden, Klokken tav, og man gik ind. I Vaabenhuset stampe man Sneen af Støvlerne, gik med sindige Skridt op ad den smalle Gang mellem Stolestaderne og fandt med Besvær en Plads. Ruderne var frosne, saa der var i Begyndelsen halvmørkt, men saa kom Solen og lyste gennem Ispalmerne, lagde sig i tærnet Mønster over de slidte Gulvfliser og spillede paa den hvide, grønplettede Mur. Julepsalmerne — de gamle Julepsalmer, som Alle, Store og Smaa, kunde syngede med — dirrede under det lave Loft, Sindene blev festligt og modtageligt stemte ved de kjendte Ord og kjendte Toner, og saa talte Præsten om Julens Budskab og Julens Glæde, og hans Menighed syntes, det var en deilig Præken — kjønnere endnu, end den pleiede at være.

SOPHUS BAUDITZ / 1867—1915 / Aus „Kroniker fra Garnisonsbyen“

Zwanzig Jahre Grenzfriedenshefte

I

Im Zusammenhang mit dem Erscheinen der 80. Nummer der Grenzfriedenshefte, welche den 20. Jahrgang beschließt, sei es gestattet, noch einmal die bekannte Bemerkung Storms zu zitieren, nämlich die, daß es schwierig ist zu prophezeien — namentlich, wenn es sich um die Zukunft handelt. Es war nicht mit Sicherheit vorauszusehen, daß dem ersten Jahrgang so viele spätere folgen würden; es konnte auch nicht mit Sicherheit erwartet, höchstens erhofft werden, daß die neue Zeitschrift des Grenzlandes sich Leser und Echo gewinnen würde. Beides ist geschehen. Blättert man die Jahrgänge durch, dann stellt man fest, daß eine Fülle von Grundthemen der Region, daß manche lokal bedeutende Sachfragen und daß nicht zuletzt das Wirken der für die Politik, die Kultur und die Wirtschaft des Grenzlandes bedeutenden Persönlichkeiten behandelt wurden. Wesentlich ist dabei die Tatsache, daß es gelang, nicht nur zahlreiche deutsche Verfasser von Beiträgen, sondern auch eine nicht geringe Zahl dänischer Autoren zu gewinnen. Hierin dürfte das Neue — im Anfang fast sensationelle Moment — erblickt werden. Im Kern jedoch ist darin die Erfüllung einer Hoffnung zu sehen, nämlich der, daß es gelang, die Zeitschrift zu einem Forum zu machen, auf dem vorbehaltlos diskutiert werden kann. Unter diesem Aspekt begannen wir, und wir haben allen Grund, unseren verstorbenen Freunden Jens Nydahl und Detlef Hansen für ihre vorbereitenden Arbeiten und ihre Weitsicht in der Planung zu danken. Einen Dank auch statten wir allen denen ab, die sich unseren Bitten um Beiträge nicht verschlossen und einen besonderen Dank sprechen wir Ernst Beier aus, der vom ersten Tage an die Grenzfriedenshefte mitbetreute und seit 1961 als Redakteur gestaltete. Mit zwanzig Jahren schickt man sich an, in die Reihe der Erwachsenen zu treten. Wir haben Veranlassung, darüber nachzudenken, was wir, nachdem wir unsere Lehrzeit hinter uns gebracht haben, nunmehr zu tun gedenken. Es ist schwierig zu prophezeien ... siehe oben!

II

Auf der letzten Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes in Husum 1972 stellten wir fest, daß auch der Grenzfriedensbund eine seiner geistigen Wurzeln im Nationalitätenkampf des 19. Jahrhunderts habe, daß er aber einen Versuch gemacht habe, zu neuen Ufern zu gelangen.

Dies gilt auch für die Grenzfriedenshefte. Sie orientierten sich parallel zu einer Feststellung Golo Manns, daß Preußen eine Haupt-, aber nicht eine

Grundtatsache der allgemeinen deutschen Geschichte gewesen sei, an einem Ablauf der Heimatgeschichte, aus welchem man zu schließen sich berechtigt hielt, daß 1460 wohl eine Haupt-, aber nicht eine Grundtatsache der schleswig-holsteinisch-dänischen Geschichte sei. Sie versuchten, durch die Auswahl und den Inhalt der Beiträge sichtbar zu machen, daß die Periode des nationalstaatlichen Denkens eben auch nur *eine* Periode im Ablauf des Geschehens gewesen sei. So wie veränderte Lebensweisen, vor allem veränderte wirtschaftliche Verhältnisse auch neue Auffassungen im politischen Leben zeitigten, so wurde es nach 1945 klar, daß das deutschdänische Verhältnis von Grund auf neu zu bedenken sei. Jens Nydahl, Sozialdemokrat und zugleich ein wenig nationalliberal, war daher der rechte Mann im rechten Augenblick, um in Schleswig-Holstein denjenigen politischen Kräften, die sich um eine Neugestaltung im Grenzland bemühten, mit Ausdruck zu verleihen. Er tat dies im Auftrag seiner politischen Freunde: Andreas Gayck, Bruno Diekmann, Wilhelm Käber und anderer in der ihm eigenen pragmatischen Weise, dabei von dem von Pastor Schmidt-Wodder in der Jugend geprägten Detlef Hansen unterstützt.

Im Grenzfriedensbund war man zutiefst der Überzeugung, daß nationale Gesinnung an sich etwas Gutes sei, daß sie jedoch im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts einen missionarischen und schließlich zerstörerischen Charakter angenommen habe und daß hier ein Wandel eintreten müsse. Daraus politische Konsequenzen zu ziehen, dazu gehörte zweifelsohne unter den Verhältnissen der Jahre 1947/53 Mut. Man hielt wenig von Grenzveränderungen, weil sie der Aggression Vorschub leisten (schon Bebel hatte 1871 im Reichstag gegen die Annexion Elsaß-Lothringens gestimmt), dafür aber um so mehr von offenen Gesprächen und in unserem Fall von der größtmöglichen freien Entfaltung der beiden nationalen Minderheiten im Grenzland. Man gelangte zu der Einsicht, daß Politik zwar kein notwendiges Übel zu sein brauche, aber doch oft eine unfruchtbare Sache sein könne, und man förderte daher nach Kräften persönliche Kontakte zwischen den beiden Völkern und vor allem auf publizistischem Gebiet die gegenseitigen Informationen.

Das wichtigste Instrument bei diesem Bemühen des Grenzfriedensbundes wurden eben die Grenzfriedenshefte. Ihr Inhalt bildet gleichzeitig eine Art Bestandsaufnahme des politischen und geistigen Lebens aus deutscher Sicht an der Grenze. Schon heute werden zahlreiche Beiträge in politischen und wissenschaftlichen Arbeiten zitiert, und es kann festgestellt werden, daß das Studium der politischen Kräfte dieses Raumes in den vergangenen zwanzig Jahren ohne die Berücksichtigung der Grenzfriedenshefte nicht möglich ist. Damit haben wir als Organisation — als Grenzverband — einiges erreicht, aber ist das nicht nur ein Anfang?

III

Müssen wir nicht den Versuch machen, so problematisch es auch sein möge, in die Zukunft zu schauen? Wir zitieren aus Golo Manns „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“: „Es gibt sehr wohl Neues in der Geschichte; und wie es aus dem Alten kommt, in ihm vorgeformt war und doch, wenn es kommt, seinen ganz eigenen Charakter hat, wie es sich vermischt mit Weltumständen, die niemand voraussehen konnte, mit den Zufällen der Person, mit den Gewaltleistungen des einzelnen Willens — das eben ist der Gegenstand historischer Darstellung.“ Was ist das Neue, das zwar vorgeformt, das wir aber neu zu formen haben? Nach unseren Erfahrungen und Einsichten? Wir sind erzogen in der Erfahrung vorangegangener Generationen. Was daran schlecht war, gilt es abzustreifen, was gut war, zu behalten und mit unseren Erfahrungen weiterzugeben an die, die nach uns kommen. Wir sind groß geworden in der Überzeugung, daß es eine große Sache sei, deutsch oder dänisch zu sein. Wir leugnen das nicht — und das Beste davon möchten wir uns erhalten; die Deutschen: Goethe, Schiller und Thomas Mann und das, was Brecht als Poet bedeutet, d. h. das Bekenntnis zur Persönlichkeit, die sich dem Ganzen des Volkes verbunden weiß, auch den Schwächsten unter allen; die Dänen: Holberg, Brorson, Grundtvig, Kierkegaard, Jens Peter Jacobsen, d. h. das Kritische, das Innige, das Nationale, die Einsamkeit, die tiefe Kenntnis der Seele. Das lieben wir bei uns, und das achten wir bei den anderen. Für uns ist der Däne nicht mehr der Gegner, auf den wir uns erlauben herabzusehen. Er ist unser Partner. Wir möchten für ihn auch nicht mehr der „Preuße“ sein. Wir sind auch heute überzeugt, daß die Einsichtigen — und ihre Zahl vermehrt sich — längst sich vom Klischee gelöst haben. Dennoch, noch heute ist einiges zu tun. Der Grenzfriedensbund ist Mitinitiator der d+d-Bücher. Ihr Ziel ist es, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und moderner politischer Betrachtung zur Diskussion zu stellen. Diese Aufgabe haben sie mit den Grenzfriedensheften gemein. Zusammen mit ihnen stellen diese Publikationen Ende und Neubeginn zugleich dar, Ende, indem sie einen Konsensus zwischen Deutschen und Dänen in bezug auf die Vergangenheit suchen, Anfang, indem sie Gedanken für das Zusammenleben der beiden Völker in der Zukunft zur Debatte stellen. Sie sind also keine „Grenzlandliteratur“ oder doch nicht mehr ausschließlich. Sie sind es noch insofern, als sie das nationale Eigenleben der beiden Minderheiten für eine gute Sache halten, sie sind es nicht mehr, insofern sie von der Region aus von Nation zu Nation sprechen. Denn was könnte tödlicher sein als die Langeweile? Und Langeweile würde an der deutschdänischen Grenze eintreten, wenn man glaubt, daß man sich nichts mehr zu sagen hat.

Was ist also das Neue, das wir formen möchten? So einfach deutsch oder dänisch, wie unsere Väter und Großväter meinten, ist der Raum des alten Herzogtum

Schleswig nicht. Sie sahen das so und hätten am liebsten die Tatsache des Vorhandenseins des anderen Landsmannes übersehen; vor allem ließen sie sich zu politischen Handlungen verleiten, die nicht selten den Stempel der Häßlichkeit, bestenfalls der Kurzsichtigkeit trugen. Wir sehen das heute, durch die bitteren Erfahrungen belehrt, anders. Wir sind der Überzeugung, daß die Geschichte uns eine interessante und große Aufgabe stellte, nämlich die Achtung voreinander zu vertiefen und die Kenntnis über das nationale Leben beider Völker über die Grenze hinweg zu verbreiten. In diesem Spiel der Kräfte haben die Minderheiten ihren wichtigen Platz.

Wenn wir „Wir“ sagen angesichts dieser Aufgabe, dann meinen wir nicht etwa den Grenzfriedensbund allein, das wäre vermessen, dann meinen wir Verbände und Vereine in beiden Völkern, die sich der Tradition und der Zukunft verbunden wissen.

Auf deutscher Seite sprechen wir von den deutschen Grenzverbänden. So zeitbedingt dies oder jenes im Aufbau des Organisatorischen sein mag, so sehr glauben wir uns zu der Feststellung berechtigt, daß der Staat, in diesem Falle das Land Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland, gut daran taten, diese Verbände zu unterstützen. Denn hier arbeitet die freie Initiative dem Ganzen zu. Und das Ganze heißt heute nicht Deutschland oder Dänemark, sondern Deutschland und Dänemark im Verein mit allen Gleichgesinnten in Europa. Und nur, wenn im Kleinen, und nicht zuletzt an den Grenzen, Verständnis, Einsicht, Kompromißbereitschaft, und seien wir so kühn zu sagen: Vertrauen, aus dem einmal Freundschaft werden kann, walten, nur dann können wir hoffen, ein Leben zu führen, das lebenswert ist, weil es von sachlich richtigen Erwägungen im Alltag geformt und von dem Schönen im Leben der Völker geprägt ist.

Im 18. Jahrhundert lebte man an dieser Grenze ohne die Problematik des Nationalen — uns heutigen scheint es eine schöne Zeit gewesen zu sein; trotz Goethe und Grundtvig ergaben sich Deutsche und Dänen im 19. Jahrhundert einem Nationalgefühl, das nicht selten von Aggression geprägt war — uns scheint es keine gute Zeit gewesen zu sein. Im 20. Jahrhundert wurde auch uns die Aufgabe, nach der Idee zu suchen, für die wir zu leben und zu arbeiten bereit sind. Wir könnten sie die Idee der Partnerschaft nennen. Ihre Verwirklichung fordert unser aller Bemühen, seien wir Techniker, Wirtschaftler oder Politiker oder Erzieher. An der vernünftigen Verteilung der Lasten im Umweltschutz, an dem Entgegenkommen im Handel und Wandel, an dem nicht bedingungslosen Durchsetzen des eigenen Standpunktes werden wir gemessen werden. An den Gesprächen darüber möchten sich auch künftig die Grenzfriedenshefte beteiligen.

Achtzig Grenzfriedenshefte: ein Zeitspiegel

Versuch einer Standortbestimmung / Ein Brief

Lieber Hans Peter Johannsen! Ein stürmischer Spätherbsttag ist heute. Ich sitze vor meiner Schreibmaschine und suche nach einem Anfang. Du meinst ja, daß ich zum zwanzigjährigen Bestehen der Grenzfriedenshefte, zum Erscheinen des achtzigsten Heftes, zu ihrer Gestaltung durch die Jahre hindurch etwas sagen soll, so wie ich es im Gespräch mit Dir zu jedem Heft in Rede und Widerrede, im dauernden Dialog miteinander getan habe. Du möchtest meine Meinung zu dem wissen, was wir geschafft haben, wie uns unser Werk gelungen ist.

Ich beginne darum unser (wievielt?) Gespräch, wobei es mir nicht — wie zwangsläufig so oft — um redaktionelle oder technische Einzelfragen geht, sondern um den Standort — den gesellschaftlichen und den geistigen — von dem aus wir die Hefte zu gestalten uns bemüht haben und welche Forderungen unter den Voraussetzungen des Jahres 1972, dem Zeitpunkt des Beitritts Dänemarks zur EWG, an uns gestellt werden. Ich habe nicht die Absicht festzustellen, „wie herrlich weit wir es gebracht haben“ seit dem Tag vor zwanzig Jahren, als Du anlässlich einer unserer ersten Tagungen — Du erinnerst Dich, 1952 in Klappholttal — angeregt hast, die von Detlef Hansen als dem seinerzeitigen Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes in unregelmäßigen Zeitabständen herausgebrachten „Grenzfriedensbriefe“ in eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift, eben die „Grenzfriedenshefte“, umzuwandeln. Ich weiß nicht, ob Dir bei Deinem damaligen Vorschlag das spätere Gesicht der Hefte schon klar vor Augen gestanden hat. Da habe ich meine Zweifel und meine, daß es Dir überhaupt erst einmal auf die Schaffung einer umfangreicheren und regelmäßig erscheinenden Publikation ankam. Alles weitere würde sich schon finden — wie es sich ja auch erwiesen hat. Eingestanden sei: mir ist es in diesem Punkt gar nicht anders ergangen. Mich hat die Herausgabe und Gestaltung einer Zeitschrift zunächst vor allem vom Technischen her interessiert — was bei einem Angehörigen des graphischen Gewerbes ja naheliegend ist. Dessen bin ich freilich sicher, daß nach Deinem Willen die Grenzfriedenshefte von Beginn an mehr werden sollten als nur verbesserte Vereinsmitteilungen. Soweit ich aus den wenigen erschienenen „Grenzfriedensbriefen“ ersehen kann, hat auch Detlef Hansen bei ihrer Herausgabe nicht ein Vereinsblatt im engeren Sinne vorgeschwebt, sondern sie waren für ihn ein Mittel zur Kommunikation des Vorsitzenden mit den Mitgliedern, zur Klärung des nationalen Standortes der Deutschen im menschlich aufgewühlten Schleswig und zur geistigen Profilierung des noch jungen

Grenzfriedensbundes, wobei ihm seiner Herkunft nach die allgemeine Problematik des Grenzlanddeutschtums wahrscheinlich näherlag und mehr auf den Nägeln brannte als die besondere derjenigen, denen der Grenzfriedensbund sich besonders verpflichtet fühlte: der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft in Schleswig mit der zu dieser Zeit noch auf ihr lastenden politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Hypothek des nationalen Zerstrittenseins nach 1945.

Als die Grenzfriedenshefte begannen, wäre eine Akzentsetzung in dieser oder jener Richtung, die Entwicklung von den Grenzfriedensbriefen zu einer Zeitschrift für allgemeine Volkstums- und Minderheitenfragen — etwa im Sinne der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen — oder in Richtung zu einem sozialdemokratisch geprägten nationalpolitischen Forum durchaus möglich gewesen, und auch die Entwicklung zu einer ausgesprochen deutschbetonten grenzpolitischen Kulturzeitschrift hätte nach dem damaligen Stande (1952) des sich erst ganz allmählich entkrampfenden erneuten Nationalitätenstreites in und um Südschleswig durchaus im Bereich des Möglichen gelegen.

Du dagegen hast die Grenzfriedenshefte, so meine ich, vor allem als eine Stätte angesehen, auf der Basis von gleich zu gleich mit unserem nationalen Gegenüber und doch gleichzeitig Nachbarn im Streite abgerissene gesellschaftliche und geistige Fäden wieder anzuknüpfen, mit unserem nationalen Widerpart zunächst einmal ins Gespräch zu kommen. Dieses freilich nicht unter Hintanstellung oder Verwischung der eigenen nationalen Auffassung, aber in Respekt vor der Haltung des anderen und im Rückgriff auf liberale grenz- und minderheitenpolitische Gegebenheiten der zwanziger Jahre, die über die Zeiten hinweg nicht allein, aber am konsequentesten von den Sozialdemokratien in Deutschland und Dänemark vertreten und durchgehalten worden sind. Daß man überhaupt erst wieder einmal miteinander rede, des ändern nationales Denken und Meinen ohne Ressentiments zur Kenntnis nehme und anerkenne, und zwar gegenseitig, das schien Dir schon der Anstrengung wert. Als *ein* Mittel und *einen* Weg dazu sahst Du die Grenzfriedenshefte an — als *ein* Mittel unter anderen: gemeinsame Buchausstellungen, Deutsch-Dänische Tage, die d+d-Taschenbücher usw. Kurz gesagt: weg von der Übersteigerung, Verfälschung und Pervertierung des Nationalen im Dritten Reich, heraus aus der schleswigschen nationalen Wirrnis und Verwirrung der Jahre nach dem deutschen Zusammenbruch, zurück zum grenz- und minderheitenpolitischen Status quo der Weimarer Zeit und des Wels-Stauning-Abkommens des Jahres 1923. Dir lag — sehe ich es so richtig? — weniger an einem Organ zur Klärung und Weiterentwicklung der eigenen, auch durch die Nazizeit und den deutschen Zusammenbruch nicht erschütterten nationalen Anschauungen eines einheimischen (nord)schleswigschen Kulturdeutschtums etwa im Sinne des Friedensvereins und des frühen Schmidt-

Wodder. Im Heimdeutschum Nordschleswigs wurzelnd, — mit einem Faible fürs Schleswigsche und für die kulturelle Zweiströmigkeit lag und liegt für Dich die Möglichkeit zur Lösung nationaler Spannungen und Konflikte — nach der staatspolitischen Konsolidierung durch die Kieler Erklärung 1949 und die späteren Erklärungen von Bonn und Kopenhagen — 1955 — vor allem im Atmosphärischen, in der Wiederanknüpfung der menschlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen. Wenigstens reden sollte man wieder miteinander können! Und wer die ersten Bemühungen dazu persönlich miterlebt hat, weiß, was das bedeutet und welche Befreiung von lastendem Druck darin liegen kann. Dieser Veränderung im Atmosphärischen sollten, so Dein Bestreben, auch die Grenzfriedenshefte dienen, indem sie geistig Raum geben, ein Forum sein sollten für die bunte Skala der mit dem Nationalen verbundenen Anschauungen und Strebungen, ein Spiegel des spannungsreichen und darum — Du hast es immer wieder zum Ausdruck gebracht — gerade so interessanten Lebens zwischen Königsau und Eider.

*

Was ich bis hierher zu unserer Zeitschrift, ihren Voraussetzungen und Möglichkeiten gesagt habe, ist Reflektion und Niederschlag aus unseren vielen Diskussionen, ist Denken im Nachhinein beim Anblick der achtzig Grenzfriedenshefte, die nun vor uns liegen. Es ist alles ganz subjektiv gesehen — Du hast es sicher schon bemerkt.

Ich weiß nicht, ob es Dir auch so ergeht: Wenn ich ein neues Grenzfriedensheft — noch frisch von Druckerschwärze — in Händen halte und es durchblättere, dann wird mir jedesmal die Diskrepanz zwischen Wollen und Vollbringen bewußt, und ich lege unser neuestes redaktionelles Erzeugnis mit dem Gefühl, daß es eigentlich besser hätte sein müssen, zunächst beiseite.

Zum Glück haben unsere Leser nichts davon bemerkt; sie haben manches Gute an den Heften gefunden und sie insgesamt als eine ernstzunehmende und beachtenswerte Stimme zu den Problemen unserer schleswigschen Heimat betrachtet — und mehr als das. In einem Brief an die Redaktion meint einer unserer Leser: „Wenn ich die Geschichte der Grenzfriedenshefte rückblickend betrachte, so können diese als ein früher, sehr konkreter Beitrag zur Friedensforschung interpretiert werden. Ich meine, daß man die vielen neuen Institute (zur Friedensforschung) darauf aufmerksam machen sollte.“ Eine solche Meinung ehrt uns natürlich, sie ist mir aber ein wenig zu wohlwollend und zu anspruchsvoll. Realistischer, aber doch anerkennend beurteilt uns Poul Kürstein, der Leiter der Studienabteilung der Dansk Centralbibliotek in Flensburg. Schon im Jahre 1967 hat er im Skandia Forlag eine Sammlung von Aufsätzen aus den Grenzfriedensheften aus dänischer Sicht und für dänische Leser unter dem Titel „Vors egne vindver“ herausgebracht. Er schreibt dazu in seinem Vorwort:

„Das besondere Gepräge der Zeitschrift wurde schon in ihrer ersten Nummer dadurch hervorgehoben, daß man gleich dänische Verfasser als Gegenpole zu den deutschen hinzog ... Nach der Herausgabe nur weniger Hefte hatte die Zeitschrift die ihr gemäße Form gefunden ... Von Anfang an traten kulturelle, soziale und wirtschaftliche Themen mehr in den Vordergrund als die Politik im engeren Sinne ... Die Grenzfriedenshefte sind in nicht geringem Maße eine allgemeinkulturelle Zeitschrift ... Die Kenner der Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze werden bemerken, daß die Leitung der Zeitschrift es vermocht hat, auffallend viele Federführende des Grenzlandes für die Grenzfriedenshefte zu gewinnen ... sodaß die Grenzfriedenshefte jetzt eine der besten Quellen sind, durch die man sich in deutscher Sprache über dänische Verhältnisse orientieren kann ... darüber hinaus und nebenher sind die Grenzfriedenshefte auch ein Mitteilungsblatt für den Grenzfriedensbund, und man kann nun einmal nicht dänische oder deutsche Grenzarbeit betreiben, ohne mit dem Gegenpol uneinig zu sein. Es hat daher auch einiges in den Grenzfriedensheften gestanden, worüber die Dänen keinen Grund hatten, sich zu freuen ...“

*

Was besagen diese zwei so verschiedenen Stimmen zu dem Gepräge unsrer Hefte, das — so Poul Kürstein — für den Außenstehenden schon sehr frühzeitig zu erkennen gewesen ist. Eines scheint mir danach festzustehen: ein Vereinsblatt, das sie ja ihrer Erscheinungsweise und Vertriebsform nach bis heute geblieben sind, waren sie ihrem geistigen Habitus nach vom ersten Hefte an nicht. Sie sind im ersten Anlauf auch schon darüber hinausgegangen, eine deutsche Zeitschrift, die sie ja ist, allein für Deutsche zu sein. Die nationale Frage als deutsche Frage ist in Schleswig ja gleichzeitig eine deutsch-dänische, eine Frage nach dem Verhältnis zum dänischgesinnten Nachbarn und umgekehrt. Dieses ist ein dialektisches, ein Spannungsverhältnis, das nicht Feindschaft bedeuten muß, sondern im Gegenteil ein Wissen um das Aufeinanderbezogen- und Aufeinanderangewiesensein.

Mir will scheinen, daß ein besonders von Dir vertretenes ganz einfaches, ja simples redaktionelles Prinzip: die gleichzeitige, gleichberechtigte und gleichgewichtige Erörterung eines beide nationale Gruppen angehenden Problems jeweilig aus deutscher und aus dänischer Sicht, dieses deutlich gemacht und den Grenzfriedensheften den geistigen Raum und einen entsprechenden Mitarbeiterkreis gesichert hat, um der Gefahr der Enge, des Provinzialismus bei der generellen und bewußten Begrenzung der Hefte auf die nationale Problematik Schleswigs zu entgehen. Damit ist es gelungen, nur scheinbar regional Begrenztem einen weiteren Horizont zu geben, es in größere und allgemeinere Zusammenhänge hineinzustellen, und das, obwohl wir mit unserem Tun an bestimmte, vorgegebene geschichtliche, politische und gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden sind, die auch die Prämissen für die Gestaltung der

Hefte waren.

Dieses sind, soweit ich es beurteilen kann a) die Begrenzung auf den Raum zwischen Königsau und Eider, zwischen Hamburg und Kopenhagen mit seinen geschichtlichen, politischen und sozialen Verflechtungen im Zusammenhänge mit den aus der deutschen und dänischen Nationalstaatentwicklung resultierenden Spannungen und Konflikte; b) der durch den Nationalsozialismus heraufbeschworene Zweite Weltkrieg mit der Besetzung Dänemarks am 9. Mai 1940 und den damit verbundenen negativen Folgen für das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen besonders auch in Nord- und Südschleswig; c) der deutsche Zusammenbruch 1945 mit der als Folge desselben wiederentfachten schleswisch- dänischen Bewegung mit dem Ziel einer Korrektur des Ergebnisses der Volksabstimmungen des Jahres 1920 und der auf ihnen basierenden und seitdem festliegenden deutsch-dänischen Staatsgrenze; d) die *staatspolitische* Reduzierung und Fixierung dieser Weg-von-Schleswig-Holstein- und Weg-von-Deutschland-Bewe- gung auf den grenz- und minderheitenpolitischen Stand der zwanziger Jahre (Kieler Erklärung vom September 1949); e) die damit nicht beendeten *gesellschaftspolitischen* Anstrengungen auf dänischer Seite zur Stabilisierung und Konsolidierung der neu gewonnenen nationalen gesellschaftlichen Positionen in Südschleswig; f) die Gegensteuerung von deutscher Seite — auch der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie und der (1947—1950) von ihr gestellten Landesregierung —, mit dem Ziele der *staatspolitischen* Absicherung des Landes die *gesellschaftspolitische* folgen zu lassen (u. a. durch die Gründung des Grenzfriedensbundes); g) Überwindung der nationalen Konfrontation durch Verständigung und Zusammenarbeit auf der Grundlage eines gegenseitig respektierten Status quo (Vokabel: Europäischer Modellfall).

*

Dieses alles zusammengenommen war und ist der sehr komplexe und doch gleichzeitig sehr diffizile „Stoff“, den die Grenzfriedenshefte redaktionell und journalistisch zu bewältigen versuchen mußten. Wer wollte im Ernst behaupten, daß uns das auch nur annähernd gelungen ist, in einer Vierteljahresschrift, deren Gestalter und Mitarbeiter wohl sachkundige und engagierte Mitbürger, aber keine berufsmäßigen Meinungsmacher sind. Hier liegt eine zwangsläufige Begrenzung unserer Zeitschrift, die ihr andererseits ihr besonderes Gepräge gegeben hat: deutsche und dänische engagierte Mitbürger schreiben für engagierte Mitbürger — und das unter der Voraussetzung, aus unserer Gesellschaft das Nationale nicht zu eliminieren, aber es zu relativieren, aus der Einsicht heraus, daß die Nationen heute nur noch einzelne Stimmen in einem allgemeinen europäischen Konzert sein können, „Saiten an der Lyra der Menschheit“, wie es der große französische Sozialist und Friedensfreund Jean Jaures so poetisch gesagt hat.

*

Es wäre zu unsern Grenzfriedensheften noch sehr viel zu sagen. Hoffen wir, daß wir weiterhin die Mitarbeiter finden, um sie noch lebendiger und zeitnaher gestalten zu können und den Aufgaben zugewandt, die uns im Hinblick auf das zusammenwachsende Europa in dem Raume, in dem wir leben und der unsere Heimat ist, gestellt werden.

Dein Ernst Beier

Europäische Perspektiven

aus der Sicht einer Stadt an der Eider und der Europastraße 3

Der „Deutsche Tag 1972“ des Bundes Deutscher Nordschleswiger am 4. und 5. November stand unter dem Motto „Europäische Perspektiven“, wobei die Auswirkungen des Beitritts Dänemarks zur EWG ganz allgemein, für Nordschleswig im besonderen und die für den BdN sich daraus ergebenden Aufgaben im Mittelpunkt aller Vorträge und Gespräche standen. Aus dem umfangreichen Programm bringen wir nachstehend den Vortrag von Bürgermeister Beisenkötter, Rendsburg, im Wortlaut.

Die Welt, in der wir heute leben, ist durch einen großen Zwiespalt gekennzeichnet. Auf der einen Seite besteht eine technische Einheit, die das Schicksal aller Menschen über die Staatsgrenzen hinweg verbindet. Auf der anderen Seite aber gibt es keine ausreichenden Ordnungsinstrumente, die es ermöglichen würden, diese technische Einheit zu gestalten und zu beherrschen. Die technische Einheit entstand mit den beiden großen Freiheitsbewegungen, die das 18. Jahrhundert beendeten: mit der Demokratie und der industriellen Revolution. Demokratie bedeutet Schutz vor staatlicher Willkür und aktive Teilnahme aller Menschen an der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung des Gemeinwesens. Industrialisierung bedeutet Befreiung von Hunger und Not, selbst wenn dieser Prozeß in den Anfangsjahren neue Unterdrückung mit sich gebracht hatte.

Demokratie und Industrialisierung entstanden in Europa in der klassischen Staatenwelt. In unserem 20. Jahrhundert aber wurden wir gewahr, daß die alten Formen des Zusammenlebens diesen neuen Kräften nicht standhielten. 1926 schrieb Toynbee, „daß die europäischen Nationalstaaten in dem Umfang, den Frankreich und England im 18. Jahrhundert sowie Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert angenommen hatten, viel zu kleine und zu zerbrechliche Gefäße für diese neuen Kräfte sind. Der neue Wein des Industrialismus und der Demokratie ist in alte Schläuche gegossen und hat sie zersprengt, so daß sie nicht mehr zu gebrauchen sind.“

Bereits im 19. Jahrhundert wurde dieses Problem, wenn auch zaghaft, erkannt. Friedrich List, der durch den deutschen Zollverein erst den Boden für die Industrialisierung bereitete, wies auf die Notwendigkeit einer „Universalkonföderation“ aus wirtschaftlichen Gründen hin. Die Idee der Zollunion fand im 19. Jahrhundert viele Befürworter in ganz Europa. Mannigfache Versuche zu wirtschaftlichen Zusammenschlüssen wurden gemacht, aber der Gedanke war wohl noch nicht reif genug, um nachhaltige Erfolge zu erzielen. Je mehr sich

Wirtschaft und Industrie entwickelten, desto stärker wurden die Handelsverflechtungen und die gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaftszentren. Aber die Politiker in Europa waren nicht bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen und eine höhere Ordnung zur Gestaltung der Wirtschaft und zur Lösung der gemeinsamen Probleme zu entwickeln. Imperialismus und Nationalismus führten Europa in die Katastrophe zweier Weltkriege. Die Überwindung der Verhängnisse der Kriege aber ist, wie Carl J. Burckhardt im Jahre 1961 erklärte, das wichtigste Argument für eine europäische Einigung, denn zu allen Zeiten war der Krieg die größte Geißel der Menschheit. Amerikanische Wissenschaftler haben 1954 errechnet, daß es seit dem Jahre 3600 v. Chr. nur 292 Jahre des Friedens, jedoch 14 513 Kriege gegeben hat und in dieser Zeit jeder vierte Mensch direkt oder indirekt ein Opfer des Krieges geworden ist. So ist es nicht zu verwundern, daß immer wieder darüber nachgedacht wurde, wie der Friede dauerhaft gesichert werden könnte. Ein Teil dieser Suchenden meinte, der Friede wäre durch die Beseitigung aller Kriegsmittel zu erreichen. Es waren aber nicht die Kriegsmittel, die zu Kriegen führten, sondern die Spannungen zwischen den Völkern sowie die Interessengegensätze und der Machthunger der Staaten. Es galt also, nach neuen Wegen zu suchen, um die Gegensätze friedlich auf der Grundlage des Rechts zu lösen und dadurch imperialistisches und gewaltpolitisches Handeln im Verkehr der Staaten untereinander zu beseitigen.

Schon am 19. September 1946, gut 16 Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, rief Winston Churchill in einer Rede an der Universität Zürich zu einem Zusammenschluß Europas auf. Nach dem unsagbaren Elend und den schweren Verwüstungen, die das furchtbare Ringen in den Ländern Europas hinterlassen hatte, lag der alte Kontinent schwer danieder, und die Sehnsucht der Menschen war darauf gerichtet, daß etwas geschehen müsse, damit sich das Unheil nicht wiederholen könne. Man wollte eine eigene europäische Organisation, deren Konstruktion bereits einen nochmaligen Zusammenprall der Völker Europas verhindern würde. Der Krieg sollte nicht nur verboten und diskriminiert, er sollte unnötig und unmöglich gemacht werden. Churchill brachte diesen Gedanken mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten von Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten.“

Mit dieser Aufforderung von Winston Churchill wurde eine Welle der europäischen Begeisterung ausgelöst. Aber Begeisterung ist kein Gefühl, das sich über Jahrzehnte hinaus konservieren läßt und auf das man bei Bedarf zurückgreifen

kann. Aus der Europapolitik ist Tagespolitik geworden. Es gab bisher keine allgemeinen europäischen Wahlen, und die persönliche Teilnahme der Bevölkerung wurde gedämpft durch die komplizierten bürgerfernen Formen, die bei der europäischen Integration entwickelt wurden. Der Straßburger Oberbürgermeister Pierre Pflimlin fand dazu 1962 die bitteren Worte: „Europa wird niemals zu einer lebendigen Realität werden, wenn es in den Händen einiger weniger, seien es Staatsmänner, Techniker oder Beamte, bleibt, die hinter verschlossenen Türen oder auf spektakulären Gipfeltreffen vorgeben möchten, sie alle machten Europa oder stellten Europa dar.“

*

Wenn sich also die Staaten unseres Kontinents zu einem übernationalen geeinten Europa zusammenschließen und damit dem Wunsch von 65 Prozent ihrer Bevölkerung entsprechen wollen, so bedürfen sie einer neuen Grundlage. Dieses Fundament bilden die Gemeinden, denn Europa fängt in der Gemeinde an. Die Gemeinden haben bereits durch mannigfache Kontakte das „heimliche Europa“ geschaffen, das Europa von Mensch zu Mensch, das in seiner Dynamik die Enge des politischen Europas, die im Europarat und in den Europäischen Gemeinschaften immer wieder sichtbar geworden ist, längst gesprengt hat. Die Gemeinden haben in den vergangenen zwanzig Jahren entscheidend dazu beigetragen, den Boden für eine europäische Lösung vorzubereiten und den Partner in Europa zu einem Mitbürger umzuwandeln. Dieses „Europa der Bürger“ ist aus dem Gedanken heraus entwickelt worden, daß die Begegnungen vieler Menschen aus den verschiedenen Ländern über Bekanntschaften hinaus zu Freundschaften führen können. Gerade in der Freundschaft zu Menschen anderer Staatsangehörigkeit liegt ein starkes Element zur Förderung des Friedenswillens des einzelnen und zur Sicherung des Friedens im ganzen begründet, wenn es nämlich gelingt, persönliche Freundschaften auszuweiten zu einer Freundschaft der Völker. Im Rahmen dieser Bestrebungen spielen die Zusammenarbeit der Gemeinden Europas und hierbei die Städtepartnerschaften eine wichtige und für die Beteiligung der Bürger am Integrationsprozeß unerläßliche Rolle.

Städtepartnerschaften sind keine neuartigen Erscheinungen unserer Tage. Der Gedanke, die Gemeinden verschiedener Staaten durch ein partnerschaftliches Verhältnis miteinander zu verbinden, wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg aufgegriffen. Aber erst der unmenschliche Zweite Weltkrieg und seine Folgen brachten der Partnerschaftsidee einen kräftigen Aufschwung. Aus den Erfahrungen des Krieges war zwangsläufig der Wille der Bürger beherrschend, von Mensch zu Mensch wieder zueinander zu finden und über Grenzen hinweg gemeinsam die unheilvolle Vergangenheit zu überwinden. Für dieses Bemühen, neue menschliche Beziehungen zwischen verschiedenen Nationen aufzubauen, erwiesen sich die Gemeinden als die wirksamsten Organisationseinheiten. Aus

dem Aufruf von Adolf Gasser, Europa von unten nach oben aufzubauen, ergab sich eine kommunale Solidarisierung und nach den ersten tastenden Versuchen eine breite bürgerschaftliche Bewegung mit überraschend vielseitigen Einzelinitiativen, so daß heute die Partnerschaften aus der gemeindlichen Praxis nicht mehr wegzudenken sind.

*

Die Stadt Rendsburg hat drei Städtepartnerschaften mit europäischen Schwesterstädten gegründet, und zwar 1952 mit Lancaster in England, 1954 mit Vierzon in Frankreich und 1967 mit Aalborg in Dänemark. Diese Städtefreundschaften haben unter der Beteiligung einer Vielzahl von Vereinigungen und Organisationen zu einem umfassenden bürgerschaftlichen Austausch geführt. Dabei standen nicht die Besuche von offiziellen Delegationen im Vordergrund — so sehr auch die Gespräche der örtlichen Organe notwendig sind — weil eine wirkliche Partnerschaft nicht durch Repräsentation, sondern durch wechselseitige Begegnungen der Menschen, wie beispielsweise durch Schüler- und Jugendaustausch, durch gemeinsame kulturelle und sportliche Veranstaltungen sowie durch Treffen von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gemeinschaften, ausgefüllt wird. Hieran haben bislang über 3000 Bürger der beteiligten Städte teilgenommen.

Ergänzt wurde dieser Einsatz durch die Mitarbeit der Stadt Rendsburg bei der Arbeitsgemeinschaft „Europastraße 3“. Diese im Jahre 1955 von den Städten Flensburg, Schleswig und Rendsburg gegründete europäische Gemeinschaft zählt heute nahezu 100 Städte in acht europäischen Ländern, von Stockholm bis Lissabon, zu ihren Mitgliedern und hat sich erfolgreich darum bemüht, die Beziehungen zwischen den durch diese europäische Straße verbundenen Städten und ihren Einwohnern zu vertiefen.

Das grün-weiße E 3-Schild, das Schleswig-Holstein von Hamburg bis Flensburg und Jütland von Krusau bis Frederikshavn ziert, ist dadurch zum Wahrzeichen der Überwindung der Grenzen und der Einheit Europas geworden.

Auf diese Weise wurden die Begegnungen mit den Angehörigen eines anderen Landes in der Stadt Rendsburg zur Selbstverständlichkeit, und an die Stelle abstrakter Vorstellungen über den anderen Europäer sind konkrete persönliche Beziehungen getreten. Hierdurch wurde etwas erreicht, was durch formelle Akte der auswärtigen Politik zwar erstrebt, aber unmittelbar nicht verwirklicht werden kann: die freundschaftliche Begegnung von Mensch zu Mensch und damit von Volk zu Volk. Der Europarat in Straßburg hat diese Bemühungen der Stadt Rendsburg für das Ideal der europäischen Verständigung mit der Verleihung der Ehrenfahne 1972 gewürdigt.

*

Der dänische Bürgermeister Erhard Jacobsen forderte auf dem Europäischen

Gemeindetag: „Sprecht nicht so viel von Europa, tut was für Europa.“ Dieser Ruf ergeht an uns alle, und wir sollten uns immer wieder vor Augen führen, daß Europa ein Kontinent ist, der nicht von gänzlich verschiedenen Völkern, sondern von einer Völkerfamilie bewohnt wird, die in einer Schicksalsgemeinschaft lebt und eine kulturelle Einheit bildet. Europa, geographisch gesehen nur einer der fünf Erdteile, hat seit über 700 Jahren die überwältigende Mehrheit der größten Naturwissenschaftler, Dichter, Musiker, Maler, Schriftsteller, Ingenieure, Entdecker, Astronomen, Ärzte, Philosophen, Historiker, Juristen, Staatsdenker und Sozialreformer hervorgebracht. In den letzten 500 Jahren verdankt die Welt dem europäischen Kontinent fast alle bahnbrechenden Erfindungen auf dem Gebiete der Physik — von der Nutzung der Dampfkraft bis zur Kernspaltung. Europa hat Zeiten des Friedens erlebt, in denen die Kultur ihre Höhepunkte erreichte, und andere Zeiten erschreckender Barbarei, in denen das ganze Gesellschaftsgefüge zu zerfallen drohte. Es muß eine Möglichkeit gefunden werden, die großen Gaben aller Nationen Zusammenwirken zu lassen: die administrative Genialität der Franzosen, die klare Intelligenz der Italiener, den Stolz der Spanier, den Charme der Österreicher, den praktischen Sinn der Engländer, den Fleiß der Holländer, das Organisationstalent der Deutschen und die Lebenskunst der Dänen. Sie sind alle nötig, um eine neue Gemeinschaft zu bilden, die im freien Zusammenspiel mit den übrigen Mächten die Weltpolitik verwandeln kann und in der sich alle zusammentun, um das Wohl der Menschheit zu fördern und einen anhaltenden Frieden zu schaffen. Wir sind aufgerufen, uns mit ganzer Kraft und Hingabe dafür einzusetzen, daß der Traum der europäischen Einigung endlich verwirklicht wird, damit drei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach Europas letztem Versuch, sich selbst zu zerstören, das Wort von Ernst Moritz Arndt in Erfüllung gehen möge:

Weise Vorhersehung,
Welche das Alte vernichtet.
Damit das Neue werde!
Welche bloß einzelne Ruine
übrig lässet.
Deren Anblick die Nachwelt erinnere.
Daß sie mehr tun soll
Als gedankenlos auf ihnen grasen!
Europa,
Das sich kindisch so lange
Mit Blut befleckt hatte.
Bilde sich
in Gemeinschaft
zur Menschheit!

Die Öffentlichkeit sehst muß begreifen, daß das eigene Überleben davon abhängen kann, ob der Strukturwandel der Welt, der zum politisch garantierten Weltfrieden führt, die erste Priorität der Politik ihres eigenen Landes ist.
C. F. VON WEIZSÄCKER in „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“

Es gibt in dieser Zeit keine größere geistige Herausforderung als das Nachdenken über den Frieden. Eines der Ziele ist dabei die Ausschaltung der Gewalt, das andere aber die Erhaltung von Würde und Integrität. Hoffentlich haben wir den Mut und die Fähigkeit, diese Aufgabe zu bewältigen.
TOHAN GALTUNG in „Krieg oder Frieden“

Die Volksabstimmung in Dänemark über den Beitritt zur EWG

Aus Tagebuchaufzeichnungen über die letzten Stufen des Weges in die EWG

Die Volksabstimmung in Dänemark über den Beitritt Dänemarks zur EWG hat ihrer Bedeutung wegen ein weit über die Landesgrenzen hinausgehendes Interesse gefunden. Wir bringen darum nachstehend einen Auszug aus den Tagebuchnotizen des dpa-Auslandskorrespondenten in Kopenhagen, Ernst Siegfried Hansen, und seines Sohnes, in denen die Dramatik des Kampfes um das „Ja“ oder „Nein“ zum EWG-Beitritt ihren Niederschlag gefunden hat und in jeder Zeile spürbar wird.

Das Endergebnis der Volksabstimmung in Dänemark vom 2. Oktober 1972 über die Frage des Beitritts zur EWG mit Wirkung vom 1. Januar 1973 liegt jetzt in einem am 17. November vom dänischen Statistischen Amt veröffentlichten Zahlenwerk vor:

Stimmberechtigte (ohne Grönland)	3 429 390
Abgegebene Stimmen	3 099 112
Gültige Stimmen	3 080 150
Stimmen für den Beitritt	1 954 053
Stimmen gegen den Beitritt	1 126 097
Beteiligung an der Abstimmung	90,4 %
Stimmen für den Beitritt	63,4 %
Stimmen gegen den Beitritt	36,6 %

Das Ergebnis enthält interessante Einzelheiten. So zeigte sich ein deutliches Ost-West-Gefälle. Im Osten stimmten die drei Kopenhagener Großkreise mehrheitlich gegen den Beitritt, im Westen in vier jütischen Kreisen mehr als 70 % für die EWG, in den übrigen jütischen Kreisen 62,1 bis 68,3 %. Am größten war die Mehrheit für die EWG im westjütischen Kreis Ringköbing mit 75,3 %, aber unmittelbar darauf folgte das Grenzland Nordschleswig mit 75,1 %. Das Ergebnis in Nordschleswig läge auch weit über dem Durchschnitt, rechnete man die Stimmen der deutschen Minderheit nicht mit. Setzt man das Volumen der deutschen Stimmen mit 10 000 hoch an, so bleibt der Anteil der verbleibenden Stimmen in Nordschleswig noch über 73 % und übertrifft alle anderen Kreise mit Ausnahme von Ringköbing und Viborg.

*

In den nachfolgenden Aufzeichnungen wird versucht, in die Erinnerung zurückzurufen, wie die Entwicklung verlief, seit im Frühjahr 1971 der Gedanke Gewicht gewann, die endgültige Entscheidung in der Frage des Beitritts Dänemarks zur EWG einer Volksabstimmung zu überlassen.

1971

Das „neue Moment“ tritt ein

3. Mai 1971 / Ein „neues Moment“ trat heute in der Frage des Beitritts Dänemarks zur EWG zusammen und gleichzeitig mit Großbritannien ein. Die Spitzengremien der dänischen Sozialdemokratie, die als größte dänische Partei in der Opposition steht, beschlossen, die Forderung zu erheben, daß der Beitritt von dem Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig gemacht wird. Das soll auch dann gelten, wenn der Beitrittsbeschluß mit der Fünfsechstelmehrheit vom Folketing angenommen wird, die bei Abtretung von Souveränitätsrechten erforderlich ist. Der Parteivorsitzende Jens Otto Krag erklärte ausdrücklich, daß seine Partei damit eine neue Bedingung über die vom dänischen Grundgesetz vorgeschriebene hinaus stelle, denn nach dem Grundgesetz wäre die Annahme mit Fünfsechsteln der 179 Mandate des Folketings endgültig und bindend. Krag gab zu, daß die Staatsrechtsexperten über eine solche „bestätigende“ Volksabstimmung verschiedener Meinung sein könnten. Er unterstrich, daß die positive Stellung der dänischen Sozialdemokratie zu einem dänischen EWG-Beitritt sich nicht geändert habe.

18. Mai 1971 / Die bürgerlichen Regierungsparteien, die zunächst über den sozialdemokratischen Plan einer Volksabstimmung überrascht waren und Vorbehalte angemeldet hatten, haben sich jetzt mit dem Gedanken abgefunden. Zum Auftakt einer Marktdebatte im Folketing erklärte Wirtschafts- und Marktminister Poul Nyboe Andersen heute, es sei die Absicht der Regierung, den EWG-Beitritt nach Abschluß der Verhandlungen in Brüssel und nach Verabschiedung des Beitrittsgesetzes durch das Folketing den Wählern in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorzulegen.

Diese Volksabstimmung solle, wie Nyboe Andersen erklärte, nach den Regeln des § 42 des Grundgesetzes stattfinden. Ausschlaggebend ist in diesem Paragraphen der Absatz 5, der in Übersetzung wie folgt lautet: „Bei der Volksabstimmung wird für und gegen die Gesetzentwurf gestimmt. Damit die Gesetzentwurf verworfen werden kann, ist es erforderlich, daß eine Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Folketingswähler, jedoch mindestens 30 Prozent sämtlicher Stimmberechtigter, gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben.“

Nach dem Ergebnis einer Meinungsumfrage des dänischen Gallup-Instituts, das am 5. Mai 1971 veröffentlicht worden war, befindet sich das EWG-Barometer in

Dänemark auf einem Tiefstand. Die von „Berlingske Tidende“ gedruckte Tabelle zeigt, daß nur noch 37 % für den Beitritt eintreten, 30 % lehnen ihn ab, während 33 % sich noch indifferent verhalten.

Gallup hat die Umfrage Jahr für Jahr unverändert durchgeführt, seit das dänische Parlament 1961 den ursprünglichen Prinzipbeschluß über das Aufnahmegesuch faßte. Von 1961 bis einschließlich 1970 lag der Anteil der Befürworter nie unter 50 % und erreichte 1960 den Höchststand mit 60 %. Umgekehrt blieben die Anteile der Nein-Sager in der Toleranz 4 bis 15 %. Nach 1970 ist also ein „Erdrutsch“ zum Nachteil der EWG-Orientierung in Dänemark eingetreten.

Dänischer „EWG-Fahrplan“ wird veröffentlicht

19. Juli 1971 / Nach abschließenden Verhandlungen mit dem Ministerrat der EWG hat Wirtschafts- und Marktminister Nyboe Andersen erklärt, daß alle bedeutenden Beitrittsprobleme Dänemarks gelöst seien und daß die noch ausstehenden Fragen auf Beamtenebene geklärt werden könnten. Das Marktsekretariat des dänischen Außenministeriums hat dementsprechend heute einen vorläufigen „EWG-Fahrplan“ bekanntgegeben.

Nach dem „Fahrplan“ soll der Beitrittsvertrag um die Jahreswende unterzeichnet werden. Das Marktsekretariat rechnet mit gleichzeitiger Unterzeichnung entsprechender Verträge durch Großbritannien, Norwegen und Irland. Im März 1972 soll der Vertrag dem Folketing zur Ratifikation vorgelegt werden. Die endgültige Verabschiedung wird für den Früh- oder spätestens Spätsommer 1972 erwartet. Darauf folgt zu einem noch nicht festgelegten Termin die Volksabstimmung. Verläuft sie positiv, so tritt Dänemark mit Wirkung vom 1. Januar 1973 der EWG bei.

Baunsgaard schreibt vorzeitig Neuwahlen aus

31. August 1971 / Ministerpräsident Hilmar Baunsgaard hat heute im Folketing bekanntgegeben, daß am Dienstag, den 21. September, Neuwahlen stattfinden.

13. September 1971 / Eine Woche vor dem Wahltag sind Politiker, Journalisten und Meinungsforscher sich darüber einig, daß es auf des Messers Schneide steht, ob es den drei bürgerlichen Koalitionsparteien gelingt, sich erneut eine Mehrheit im Folketing zu sichern. Das ist die entscheidende Frage der Wahl, denn sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, so gilt es als überwiegend wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie als größte Partei eine Minderheitsregierung bilden wird.

14. September 1971 / Welche Rolle spielt die EWG-Frage im dänischen Wahlkampf? Durch die Ankündigung einer Volksabstimmung, durch die endgültig über den EWG-Beitritt entschieden werden soll, haben die großen Parteien zweierlei erreicht: Nicht nur haben sie die später folgende Ratifikationsabstimmung im Folketing entdramatisiert, da jetzt eine einfache

Mehrheit genügt und auf strenge Parteidisziplin verzichtet werden kann, sondern auch die Folketingswahl wird nur in begrenztem Umfang zu einer „EWG-Wahl“, die das Bild der parlamentarischen Stärkeverhältnisse verzerren könnte.

Von der Möglichkeit, die EWG-Frage weitmöglichst aus dem Wahlkampf herauszuhalten, machen in erster Linie die Sozialdemokratie und die in der Marktfrage zersplitterte linksliberale Radikale Venstre des Ministerpräsidenten Hilmar Baunsgaard Gebrauch. Seine Koalitionspartner, die rechtsliberale Venstre und die Konservative Volkspartei, haben demgegenüber keinen Grund, darauf zu verzichten, eindeutig auf EWG-Kurs zu gehen.

Auf dem äußersten linken Flügel des dänischen Parteienspektrums ist man keineswegs an einer Ausklammerung der EWG-Frage interessiert. Ganz im Gegenteil. Die Sozialistische Volkspartei, die als einzige dieses Flügels ein wirklicher Faktor ist, während die Kommunisten und die Linkssozialisten kaum die Sperrhürde des Wahlgesetzes überspringen dürften, verspricht sich nicht ohne Grund einen Wahlerfolg durch ihre kompromißlose Anti-EWG-Linie.

Jens Otto Krag bildet die neue Regierung

22. September 1971 / Jens Otto Krag, der eine sozialdemokratische Minderheitsregierung bilden wird, ist alles andere als neu auf der europäischen Bühne. Norwegische Parteifreunde haben ihn einen „jungen Veteranen“ genannt. Beobachter benachbarter Länder, die übersehen, daß es keine leichte Aufgabe ist, die Klippen der Fahrt in den Europa-Hafen zu umschiffen, haben gemeint, Krag's Europapolitik stünde im Zwielficht, wenig bedenkend, daß ihm schon am Himmelfahrtstag des Jahres 1966 in Aachen wegen seiner Verdienste um die europäische Verständigung der Karlspreis verliehen wurde.

Der heute 57jährige galt von früher Jugend an in der dänischen Sozialdemokratie als „Wunderkind“, das zu den besten Hoffnungen berechnete. Schon 1945 wirkte er maßgeblich an dem ersten Nachkriegsprogramm seiner Partei mit – „Fremtidens Danmark“ –, das nach damaliger Auffassung stark auf Linkskurs ging. 1947, im Alter von 33 Jahren, wurde der studierte Nationalökonom zum ersten Male Minister. Seitdem hat er sämtlichen von der Sozialdemokratie geführten Regierungen auf wichtigen Posten angehört. Außenminister war er 1958-62. Dann wurde er für sechs Jahre, bis 1968, Ministerpräsident, zeitweise in Kombination mit dem Außenministerium.

Die ganze Laufbahn Krag's war von dem skeptischen Fehltrichter politischer Beobachter begleitet, seine Stellung in Partei und Gewerkschaften, die sich in Dänemark zusammengenommen als Arbeiterbewegung verstehen, sei schwach oder gar bedroht. Zu keinem Zeitpunkt war diese Analyse richtig. Krag, weder seiner Wesensart nach noch als Akademiker „populär“ im landläufigen Sinne des Begriffs, hat durch seine unbestrittene sachliche Qualifikation, durch zielbewußte

Personalpolitik und enge Verknüpfung mit der Gewerkschaftsspitze eine unbestrittene Position.

19. Oktober 1971 / Krag, der einmal ironisch gesagt hat, in der politischen Geschichte Dänemarks würden bürgerliche Regierungen nur in Klammern geführt, ist wieder Ministerpräsident. Vor der Presse hat er erklärt, seine Regierung werde die bisherige EWG-Politik weiterführen. Diese Feststellung hat er heute in seiner Programmklärung vor dem Folketing wiederholt.

Die Vorentscheidung des dänischen Parlaments

16. Dezember 1971 / Im Folketing ist heute die Vorentscheidung in der Frage des Beitritts Dänemarks zur EWG gefallen. Mit 141 Stimmen gegen 32 bei 2 Stimmenthaltungen wurde die Regierung ermächtigt, die Erklärungen über den Beitritt zur EWG, zu Euratom und zur Montanunion zu unterzeichnen. Die Abstimmung entsprach fast genau den Vorausberechnungen politischer Beobachter. Von den Nein-Stimmen kommen 17 von der Sozialistischen Volkspartei, die sich als einzige Partei geschlossen gegen den Beitritt wendet, weitere 10 Nein-Stimmen wurden von Sozialdemokraten abgegeben, die mit der Parteilinie nicht übereinstimmen und darüber hinaus haben 5 bürgerliche Abgeordnete mit nein gestimmt.

1972

Die Situation im Frühjahr 1972

6. März 1972 / Die Spannung wächst über die Volksabstimmungen in Norwegen und Dänemark, deren Verlauf gegenseitig aufeinander einwirken könnte. Käme es heute zum Referendum in Norwegen, so würde eine Mehrheit sich gegen den EWG-Beitritt des Landes wenden. „Aftenposten“ in Oslo hat die neueste Umfrage des norwegischen Gallup-Instituts veröffentlicht. Die Nein-Stimmen hatten das Übergewicht mit 45 %, die Ja-Stimmen erreichten nur 32 %, unentschieden verhielten sich 23 % der Befragten.

Der Charakter des Referendums in Norwegen unterscheidet sich staatsrechtlich erheblich von demjenigen des dänischen Referendums. In Norwegen hat das Referendum nur „richtungsweisenden“ Charakter, formell soll es dem Parlament, dem Storting, für die entscheidende Abstimmung anzeigen, wie das Volk darüber denkt. Bei Verzicht auf Souveränitätsrechte ist nach dem norwegischen Grundgesetz zur Annahme einer Vorlage eine Dreiviertelmehrheit der 150 Abgeordneten des Hauses erforderlich. Das sind 113 Stimmen. Umgekehrt beträgt die Sperrminorität 38 Stimmen. Selbst eine knappe Mehrheit gegen die EWG dürfte dazu führen, daß diese Sperrminorität erreicht wird. Eine große Nein-Mehrheit hätte zur Folge, daß die Vorlage im Storting gar nicht erst zur Abstimmung kommt.

In Dänemark, wo im Gegensatz zu Norwegen die eigentliche Entscheidung bei der Volksabstimmung liegt, die nach der norwegischen stattfinden soll, zeigt die von „Berlingske Tidende“ veröffentlichte neueste Gallup-Untersuchung: 41 % für den EWG-Beitritt, 32 % gegen den EWG-Beitritt, 27 % Unentschiedene. Das ergibt, wie es im Kommentar heißt, „eine verhältnismäßig klare relative Mehrheit zugunsten eines EWG-Beitritts in Dänemark“.

Das Folketing verabschiedet das Beitrittsgesetz

8. September 1972 / Mit 141 gegen 34 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen hat das Folketing heute das Gesetz über den Beitritt Dänemarks zur EWG verabschiedet. Von den insgesamt 179 Abgeordneten waren 2 abwesend. Ein Vergleich mit der Vorentscheidung im Folketing am 16. Dezember 1971 ergibt, daß die Zahl der Ja-Stimmen unverändert geblieben ist, während die Zahl der Nein-Stimmen von 32 auf 34 stieg. Es ist somit den Gegnern der EWG-Politik nur in geringem Umfang gelungen, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu beeinflussen.

Die Abstimmung erfolgte mit Namensaufruf. Außer der 17-köpfigen Fraktion der Sozialistischen Volkspartei, die geschlossen gegen die Vorlage stimmte, wichen von der Parteilinie 12 Sozialdemokraten und 4 Abgeordnete der Radikalen Venstre ab. Hinzu kam der grönländische Abgeordnete Moses Olsen. Die beiden Stimmenthaltungen entfielen auf die färöischen Abgeordneten. Für den EWG-Beitritt stimmten 58 Sozialdemokraten (von 70), 22 Abgeordnete der Radikalen Venstre (von 27) sowie sämtliche 30 Abgeordneten der Venstre und sämtliche 31 Abgeordneten der Konservativen Volkspartei.

Das mit so eindrucksvoller Mehrheit angenommene Gesetz umfaßt nur 8 Paragraphen, aber Anlagen im Umfange von 2000 Druckseiten mit allen EWG-Verträgen und -bestimmungen. Bei der Volksabstimmung wird mit einer Mehrheit gerechnet, aber nicht vergleichbar der Mehrheit im Folketing. Krag selbst rechnet nur mit einer „kleinen“ Mehrheit.

10. September 1972 / Von sehr wesentlicher Bedeutung für den Ausgang der Volksabstimmung in Dänemark ist die Stellungnahme der dänischen Sozialdemokratie. Zweifel darüber sind heute behoben worden. Bei einem Sonderkongreß der Partei, der eigens einberufen war, um diese Frage zur Debatte zu stellen, sprachen die Delegierten der Regierungspartei sich mit 272 gegen 95 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für den Beitritt Dänemarks zur EWG aus.

Norwegen und Dänemark am Kreuzweg

13. September 1972 / Wird es dem sozialdemokratischen norwegischen Ministerpräsidenten Trygve Bratteli gelingen, Norwegen in die EWG zu führen? Das ist die große, offene Frage in Skandinavien und nicht zuletzt in Dänemark. Dänemarks Beitritt zur EWG ist unabhängig von der Entscheidung in Norwegen.

Auch als einziges skandinavisches Land gedenkt Dänemark bei einer Ja-Mehrheit der Wählerschaft der EWG beizutreten. Ein Unterschied ist auch, daß eine dänische Regierungskrise nicht zu erwarten ist, wie denn immer das Referendum verläuft.

26. September 1972 / Norwegen ist dem Wegweiser, der nach Europa zeigte, nicht gefolgt. Das ist in kurzen Worten das Ergebnis der norwegischen Volksabstimmung. In einer dramatischen Nacht, die auf das Referendum folgte, wurde es nach schnellem Wechsel der Mehrheiten schließlich klar, daß die Nein-Mehrheit - nach dem vorläufigen Endergebnis 53,6 % - eindeutig genug war, um weitere Diskussionen überflüssig zu machen. Der tief getroffene norwegische Ministerpräsident Trygve Bratteli, ein Europäer aus Überzeugung, kündigte an: Meine Regierung tritt zurück.

Für Bratteli ist es eine bittere Erkenntnis, daß Bauern und Fischer – unzufrieden mit den Zugeständnissen, die von der EWG gemacht worden waren – ihm in dieser Sache nicht folgten. In den Gebieten Norwegens, wo man direkt und indirekt von der Agrarwirtschaft und der Fischerei lebt, erlitt der EWG-Plan seine Niederlage. In den großen Städten und industriellen Ballungszentren dagegen – mit wenigen Ausnahmen – kamen Ja-Mehrheiten zustande. Die Volksabstimmung in Norwegen spiegelte so in bemerkenswerter Weise ein wirtschaftliches Strukturproblem zwischen gestern und morgen wider.

In ihrer tiefen Enttäuschung sind es nicht zuletzt die norwegischen Anhänger der Europa-Politik, die der Hoffnung Ausdruck geben, Dänemark möge der EWG beitreten und damit eine Brücke zwischen Skandinavien und den europäischen Gemeinschaften bilden.

In wichtigen Punkten lassen sich die Verhältnisse überhaupt nicht vergleichen. Im Gegensatz zu Norwegen gibt es in Dänemark keine bürgerliche Partei, die sich als solche gegen den EWG-Beitritt wendet. Die einzige Partei, die geschlossen gegen diesen Beitritt ist, steht am äußersten linken Flügel: die Sozialistische Volkspartei. Entsprechend gibt es in Dänemark zwar eine Summierung vieler Organisationen und Komitees, die sich gegen die EWG-Politik wenden, aber nicht eine breit angelegte, schlagkräftige Volksbewegung wie in Norwegen.

Auch strukturell wird sich die Stimmabgabe wesentlich unterscheiden, ja, entgegengesetzt verlaufen. Im Gegensatz zu Norwegen wird die Bevölkerung in den kleineren Städten, auf dem Lande und an der Küste überwiegend mit Ja stimmen, während ein großer Anteil an Nein-Stimmen aus den industriellen Ballungsgebieten zu erwarten ist. Gemeinsam ist beiden Ländern eigentlich nur die recht markante Ablehnung der EWG-Politik in großen Teilen der noch nicht etablierten jungen Generation und hier wiederum besonders in den großen Städten.

1. Oktober 1972 / Vor der Entscheidung in Dänemark geht, so könnte man sagen,

ein Aufatmen durch die Bevölkerung. Ein „Propagandakrieg“ ist zu Ende, wie man ihn kaum früher erlebt hat. In der debattenreichen dänischen Demokratie, die seit 1849 besteht, hatte die Diskussion um das Pro und Contra schon vor der Folketingswahl vom 21. September 1971 begonnen; nach der Ferienzeit dieses Sommers kam sie auf volle Touren. Morgens, mittags und abends beherrschte die EWG-Frage die Programme von Rundfunk und Fernsehen, und die Zeitungen quollen über mit Stellungnahmen, vom Chefredakteur bis zum „kleinen Mann“, der zur Feder griff. Was für die eine Seite eine Vorstufe des Paradieses auf Erden werden sollte, war für die andere Seite die Hölle auf Erden, mit der man freilich wohl ein Handelsarrangement treffen wollte.

Goldene Zeiten brachen für Werbebüros und Anzeigenabteilungen an, denn wie noch nie wurde das Mittel der Anzeigen-Propaganda in Anspruch genommen. Sah man an einem Tag, daß 80 Kulturpersönlichkeiten sich auf ganzzeitigem Inserat gegen die EWG wandten, so folgte bald ein entsprechendes Inserat mit 90, die sich der EWG anschließen wollten. Selbst die populärsten Schauspieler Dänemarks sagten in Anzeigen ja und nein mit ihren Porträts. Ironisch meinten Presseleute, durch diesen Anzeigenaufwand werde endlich etwas Effektives gegen den Zeitungstod getan. Im Straßenbild spielten die Wörtchen „ja“ und „nein“ auch eine große Rolle. Über Nacht überklebten die Gegner zuweilen das „Ja“ mit einem „Nein“ und vice versa, so daß die Summe sich gleich blieb. Neben das DK-Schild an den Wagen wurde oft ein „Ja“- oder „Nein“-Schild geklebt.

Als die effektivsten Propagandisten für die EWG – wenn auch wider Willen – schienen sich die jungen, intellektuellen Linksozialisten zu betätigen, denn sie ließen keine Gelegenheit vorübergehen, um die Bürger mit der Feststellung zu erschrecken, ein Nein zur EWG werde den Weg offenhalten für den Klassenkampf und die Umwälzung der Gesellschaftsordnung. Klüger waren die Volkssozialisten, die sich eher auf die Altväter des dänischen Nationalliberalismus des vergangenen Jahrhunderts beriefen und das Menetekel eines Verlustes nationaler Selbständigkeit an die Wand malten. Die Befürworter beschworen das Bild totalen wirtschaftlichen und sozialen Ruins herauf für den Fall, daß Dänemark nicht in die EWG komme. Ob solcher Prüfungen kann es nicht verwundern, daß die dänische Bevölkerung sich freut, endlich den Abstimmungstag erreicht zu haben.

Klare Mehrheit für den EWG-Beitritt

2. Oktober 1972 / Die Entscheidung darüber, ob Dänemark zum 1. Januar 1973 Mitglied der EWG wird, hat heute in der Hand von 3 429 390 Stimmberechtigten in Dänemark gelegen. Eine große Beteiligung war schon von morgens an festzustellen. Erst um 21 Uhr schlossen die Wahllokale, aber die bald danach einlaufenden ersten Teilergebnisse ließen kaum einen Zweifel offen: Das dänische Volk hat sich für den EWG-Beitritt mit großer Mehrheit erklärt. Um 22.30 Uhr

hielten dänische Politiker dieses Ergebnis bereits für sicher. Die dänische Regierung, die für den Krisenfall zusammengetreten war, vertagte sich um diese Zeit bis zum nächsten Morgen. Bei der Auszählung der Stimmen ist schon um 23.04 Uhr ermittelt worden, daß mehr als 50 % für die EWG gestimmt haben, und der Anteil der Ja-Stimmen klettert weiter.

Soeben, kurz vor Mitternacht, hat Ministerpräsident Jens Otto Krag die Mehrheit als „historische Entscheidung des dänischen Volkes“ bezeichnet. „Dahinter liegt ein hartes Ringen. In allen Parteien hat es Anhänger und Gegner gegeben. Ich betrachte dieses Ringen als abgeschlossen. Wir wollen den Streit für und gegen die EWG begraben. Das Angebot Europas ist vom dänischen Volk angenommen worden, und ich bin überzeugt, daß es zum Vorteil Dänemarks ist.“

3. Oktober 1972 / Die „historische Entscheidung“ übertraf mit 63,5 % Ja-Stimmen gegen 36,5 % Nein-Stimmen – das ist die vorläufige Zählung – bei weitem die Prognose, die Krag selbst und so gut wie alle politischen Beobachter gestellt haben. Kaum jemand hatte mit einer größeren Ja-Mehrheit als 55 % gerechnet. Mit einer Niederlage der Europa-Politik in Dänemark hatte wiederum kein objektiver Betrachter gerechnet. Wie war es möglich, dieses erwartete Ergebnis von rund 55 % so stark zu übertreffen? Durch eine nicht kalkulierbare Beteiligung an der Volksabstimmung, die um die 90% liegen dürfte. Bisher hatte man angenommen, daß es nicht möglich sein werde, den bisherigen Beteiligungs „rekord“ von 89,5 % zu schlagen, der im Besatzungsjahr 1943 bei der „Protestwahl“ des dänischen Volkes erreicht worden war.

Ein bedrohlicher Bruch zwischen dem europäischen Kontinent und Großbritannien einerseits, dem europäischen Norden andererseits ist durch das kundgebungsartige Ergebnis in Dänemark vermieden worden. Gegner der EWG haben versucht, dem Wort, Dänemark werde eine Brücke zwischen Europa und Skandinavien sein, eine negative Auslegung zu geben mit dem Begriff „Brückenkopf der EWG in Skandinavien“. Wie man es auch sieht, das dänische Volk hat dafür gesorgt, daß die Möglichkeiten der Zukunft nicht versperrt wurden. Die Möglichkeiten der Zukunft beziehen sich auf Norwegen, das zu dem Schluß kommen könnte, seine Entscheidung revidieren zu müssen. Bei zunehmender europäischer Entspannung könnte auf lange Sicht auch Schweden zu neuen Entschlüssen kommen.

Eine politische Bombe: Jens Otto Krag tritt zurück

Wie eine „politische Bombe“ ist heute die Mitteilung des Ministerpräsidenten Jens Otto Krag eingeschlagen, daß die Regierung bleibt, er selbst aber zurückzutreten gedenkt. Nach Abschluß seiner Rede vor dem Folketing erklärte Krag: „Nach der Abstimmung ist die parlamentarische Situation im Folketing unverändert. Die Regierung bleibt bestehen, aber das bedeutet nicht ohne weiteres, daß auch der

Regierungschef bleibt. Seit langem war es mein Wunsch mich zurückzuziehen, wenn sich die Gelegenheit dazu bieten werde. Im Verlaufe des Tages werde ich mit der Königin Margrethe darüber sprechen“.

Vor der Presse hat Krag, der in Dänemark geradezu eine Institution geworden war, keinen Zweifel daran gelassen, das rein persönliche Motive ihn zum Rücktritt veranlaßt haben. Krag erinnerte daran, daß er dem Parlament 25 Jahre lang angehört hat, davon viele Jahre als Minister und Ministerpräsident. „Der Zeitpunkt kann eintreten, zu dem man sich die Frage stellt, ob es nicht an der Zeit ist, sich davon zu lösen. Ein solcher Zeitpunkt war für mich der Erfolg meiner Marktpolitik bei der Volksabstimmung. Wäre es dagegen zu einer Nein-Mehrheit gekommen, so hätte ich als Ministerpräsident nicht gehen können“, sagte Krag, der den Beitritt Dänemarks zur EWG als einen Schnittpunkt bezeichnete, auf den „ein neuer Abschnitt von Ereignissen“ folgt.

Die Dänen haben immer den schönen Traum gehabt, sich selbst zu genügen, aber sie haben sich nie weiter um die Isolation, selbst gekümmert ...

Gewisse Leute behaupten, es seien zwei ganz verschiedene Dinge, zur EWG und zu Europa ja zu sagen. Selbstverständlich haben sie insofern recht, als die EWG nur einen Schritt auf dem Wege zu einem vereinten Europa bedeutet. Aber ist dies, nach allem zu urteilen, nicht zugleich auch der notwendige Schritt?

WILLY AUGUST LINNEMANN / Zitiert nach kds 23/1972

Die Zukunft Nordschleswigs und die EWG

In der Zeitschrift „Sønderjysk Månedsskrift“ erschien in der Novembernummer 1972 ein Interview, das der dänische Generalkonsul in Flensburg, Professor Dr. Troels Fink, dem Redakteur E. Bram, Hadersleben, gewährte. Mit freundlicher Erlaubnis Professor Finks sowie der „Sønderjysk Månedsskrift“ bringen wir dieses Interview. Es behandelt die Probleme, die durch den Anschluß Dänemarks an die EWG im Grenzland entstehen werden.

Bram: Dänemark wird ab 1. Januar 1973 Mitglied der EWG. Im Grenzland Nordschleswig wurde diese Entscheidung mit überwältigender Mehrheit getroffen. Danach hat sich Nordschleswig selbst in eine zentrale Stellung als Brückenland nach Europa gebracht. Sind die Nordschleswiger hierauf vorbereitet? Wissen sie genug darüber, was die neue Situation mit sich bringt?

Prof. Fink: Wie sich die Dinge mit der dänischen Kommunalreform entwickelt haben, kann man wohl einleitend feststellen, daß Nordschleswig sich in einer günstigen Ausgangsposition befindet. Das liegt daran, daß sich das Großamt Nordschleswig der Aufgaben, die sich stellen werden, wird annehmen können. Bis jetzt muß man wohl vorsichtig feststellen, daß unter den neuen Verhältnissen die meisten Initiativen in den einzelnen nordschleswigschen Primärkommunen entwickelt worden sind. Jedoch glaube ich, daß das Gesamte (das Großamt Nordschleswig) als Ausdruck dafür, daß Nordschleswig eine Grenzregion ist, mehr hervortreten wird.

Bram: Und Südschleswig?

Prof. Fink: Jenseits der Grenze liegen die Verhältnisse etwas anders, weil man hier wohl mit drei kreiskommunalen Einheiten rechnen muß. Es handelt sich einmal um den neuetablierten Kreis Nordfriesland, und möglicherweise kann man mit der Zusammenlegung der Kreise Flensburg und Schleswig rechnen, während die Stadt Flensburg bestrebt ist, ihre Stellung als kreisfreie Stadt zu bewahren, also außerhalb des eventuellen örtlichen Großkreises. Auf diese Weise würden drei südschleswigsche Zentren entstehen: Husum, Schleswig und Flensburg. So wie die Dinge im Augenblick liegen — unter Berücksichtigung einiger ungeklärter Fragen — kann man sich kein rechtes Urteil darüber bilden, wie eine dänisch-deutsche regionale Zusammenarbeit ermöglicht werden kann.

Bram: Aber dann kann man vermutlich versuchen, sich darüber zu informieren, wie es an den anderen westeuropäischen Grenzen verläuft?

Prof. Fink: Ja, genau das. Als eine Folge des Bestehens der EWG und überhaupt der entspannten Situation in Westeuropa haben die Grenzregionen begonnen, sich stärker als bisher geltend zu machen. Sowohl der Europarat in Straßburg als

auch das Hauptquartier der EWG in Brüssel entwickeln Initiativen. Und in beiden Gruppen ist man in wachsendem Maße auf die Sonderstellung der Grenzregion aufmerksam geworden.

Was den Europarat betrifft, ist der Ausgangspunkt das Bedürfnis nach einer Regionalplanung. Es begann de facto mit einer Konferenz der für eine Regionalplanung verantwortlichen europäischen Minister, in Bonn im September 1970. Dänemark war durch seinen Wohnungsbauminister vertreten. Eines der Ergebnisse dieser Konferenz war eine Aufforderung an die betreffenden Regierungen, ihre Regionalplanung in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Grenzregionen zu koordinieren. Man verwies auf Fragen wie gemeinsame Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung und auf die Zusammenarbeit in Verkehrsfragen und ähnliches, all das, was man unter Infrastruktur zusammenfaßt. Das Ergebnis dieser Initiativen über die Grenzen hinweg war etwa ein Jahr später eine Konferenz der Vertreter der europäischen Grenzregionen in Straßburg. Hier erörterte man die Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit. Diese Konferenz umfaßte sowohl Teilnehmer der EWG-Länder als auch weiterer Länder, die wohl Mitglied des Europarates, aber nicht der EWG sind, wie z. B. Österreich und die Schweiz. Noch befinden diese Überlegungen sich im Anfangsstadium, aber für uns in der deutsch-dänischen Grenzregion ist es von großem Interesse zu erfahren, was an den anderen Grenzen in Europa geschieht. Es sind hier viele verschiedene Gremien der Zusammenarbeit gebildet worden, an denen Wirtschaftsorganisationen und lokale Behörden von beiden Seiten der jeweiligen Grenze beteiligt sind. Veranstaltungen entsprechend den „Dänisch-Deutschen Tagen“ werden an mehreren Grenzen arrangiert.

Bram: Wie beurteilen Sie auf diesem Hintergründe die Möglichkeiten der Entwicklung an der dänisch-deutschen Grenze?

Prof. Fink: Soweit ich es beurteilen kann, bieten sich sofort gewisse Aufgaben hinsichtlich einer Lösung auf gemeinsamer Basis an. Das gilt z. B. für die Verschmutzung der Flensburger Förde, wo die zwei Partner ja schon Kontakt miteinander aufgenommen haben, und man könnte auch darüber sprechen, wie die Touristeninformation am besten im Interesse beider Partner gestaltet werden kann. Die Grenzgewässerkommission hat eine alte Tradition und kann vielleicht als Muster für andere Kommissionen gelten. Ein allgemeiner Ausschuß mit entsprechenden Unterausschüssen ist kaum zweckmäßig. Die Aufgaben müssen gelöst werden je nachdem, wie sie auftreten, und die allgemeine Planung muß nach einem das ganze Land umfassenden Gesichtspunkt geregelt werden.

Bram: Sie nannten nicht das wichtige dänisch-deutsche Gemeinschaftsprojekt, nämlich die Autobahn von Hamburg nach Ålborg?

Prof. Fink: Nein, ich meine, daß die Autobahn ein gutes Beispiel für eine Aufgabe ist, deren Lösung den zuständigen staatlichen Organen obliegt. Hier müssen

Kopenhagen und Bonn verhandeln, nicht Apenrade und Flensburg oder Kiel.

Bram: Was unternimmt die EWG an den Staatsgrenzen innerhalb der EWG?

Prof. Fink: Die EWG baut ganz natürlich auf der Grundlage, die schon mit den besonderen nationalen Gebietsentwicklungsproblemen beim Start vorhanden waren, auf. In der EWG spielt die regionale Entwicklung eine große Rolle, und man leistet u. a. einen großen Einsatz im Aufbau der südlichen Gebiete in Italien und des südwestlichen Teils von Frankreich. Aber es gibt Gebietsentwicklungsprobleme an vielen Orten, und als man anfing, sich damit zu befassen, entdeckte man, daß es an den Staatsgrenzen besondere Probleme gibt. Hier taucht das Moment der Konkurrenz auf. Denn es ist klar, daß die unterschiedlichen Entwicklungsprogramme auf der einen Seite einer Staatsgrenze günstiger sein können als auf der anderen. Um die Sachlage zu klären, hat man innerhalb der EWG gewisse Absprachen getroffen, daß die Hilfsmaßnahmen für solche Grenzgebiete transparent, d. h. unter die Kontrolle der Öffentlichkeit gestellt werden sollen. Man hat sich auch über einen Spielraum verständigt, der von Land zu Land etwas variieren kann, aber von der EWG gutgeheißen werden muß. Was Deutschland betrifft, sind die östlichen Grenzgebiete zur DDR der Kontrolle der EWG entzogen. Dies sogenannte Zonenrandgebiet erstreckt sich ganz bis zur Flensburger Förde. Die Gebietsentwicklung im westlichen Südschleswig unterliegt der Einhaltung der EWG-Regeln, aber das gilt nicht für die Ostküste, wo gewisse Probleme auftauchen können. Im großen und ganzen muß man sagen, daß sich die Arbeit der Harmonisierung der Gebietsentwicklungshilfe im Anfangsstadium befindet.

Bram: Haben sich an den anderen von Ihnen erwähnten Grenzen Verschiebungen der Arbeitskräfte ergeben?

Prof. Fink: Es zeigt sich, daß die Arbeitskräfte gerade an den westeuropäischen EWG-Grenzen sehr stark in Bewegung sind. Arbeiter von Frankreich, Belgien und Holland nehmen in recht großem Ausmaße einen Job in Deutschland, wenn die Entfernungen es zulassen. Das gilt auch für Luxemburg. Das Interessante jedoch ist, daß diese Leute keinen festen Wohnsitz in Deutschland haben, sondern, soweit möglich, morgens und abends hin und her pendeln, mindestens am Wochenende kehren sie zu ihrem festen Wohnsitz zurück. Es sind nur sehr wenige, die für die Dauer von einem EWG-Land ins andere ziehen.

Bram: Was ist Ihrer Meinung nach der Grund, daß Deutschland so anziehend wirkt?

Prof. Fink: Es ist entschieden die industrielle Expansion und die Geldentwicklung in der Bundesrepublik. Jedesmal, wenn die deutsche Mark im Verhältnis zu der Valuta der umliegenden Länder aufgewertet worden ist, ist die Zahl der EWG-Gastarbeiter angestiegen. Diese stellen ganz einfach fest, daß sie in Deutschland einen besseren Reallohn erreichen. Hieraus kann man wiederum ableiten, daß

dies ganze Hinundherpendeln der Arbeitskräfte in gewisser Weise ein Valutaproblem ist. Könnte man feste Wechselkurse festsetzen, wie es der vieldiskutierte und umstrittene Werner-Plan vorsieht, würde dies sicherlich im Laufe der Zeit gleiche Löhne in den Grenzregionen mit sich bringen und damit der Ansporn, auf der anderen Seite der Grenze Arbeit zu suchen, geringer werden. Man darf darauf gespannt sein, wie die Arbeitskräfte an unserer Grenze reagieren werden.

Bram: Eine andere große Frage ist der Bodenkauf. Können Sie auch hierzu etwas Entscheidendes sagen?

Prof. Fink: Sehr wenige Landwirte haben bisher in ihrem eigenen Land ihre Zelte abgebrochen, um in anderen EWG-Ländern Boden zu erwerben. Bauern mögen nicht gern umziehen. Dagegen ist das Interesse an Erholungs- und Feriengebieten spürbar. Hier meine ich, daß wir in Dänemark alle notwendigen Maßnahmen getroffen haben, wenn man nur die neue Bodengesetzgebung ausnutzt. Lassen Sie uns jedoch nicht vergessen, daß wir Touristen immer gern gesehen haben.

Bram: Wie kann sich Ihrer Meinung nach Nordschleswig am besten auf die EWG-Situation vorbereiten?

Prof. Fink: Es werden sehr große Ansprüche gestellt werden, nicht zuletzt in den Grenzgebieten, wenn man sich Einsicht und Kenntnis von den in der EWG geltenden Bedingungen verschaffen will. Wenn wir in die EWG eintreten, ist ein eingehendes Studium der Bedingungen notwendig. Das gilt für die Gebietsentwicklung, und es gilt natürlich auch für die sozialen und kulturellen Verhältnisse.

Bram: Wie kann man diese vielen Interessengebiete koordinieren?

Prof. Fink: Ja, was Nordschleswig betrifft, muß es meiner Meinung nach ganz natürlich sein, daß wir uns diese Einsicht und dies Wissen im Landesteil selbst verschaffen. Die Probleme zeichnen sich nun einmal am deutlichsten ab, wenn sie an Ort und Stelle betrachtet werden. Deshalb hoffe ich sehr, daß die Pläne, die zur Errichtung eines Instituts für Grenzregionalforschung, die in Verbindung mit der Erweiterung des „Folkhejem“ in Apenrade erwogen worden sind, verwirklicht werden mögen. Es gibt mehrere ähnliche Institutionen, so in Saarbrücken ein „Institut für regionale politische Zusammenarbeit in innergemeinschaftlichen Grenzräumen“, am „Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen“ in Dortmund hat man ein Projekt über „Die Zusammenarbeit der Grenzgebiete“ angepackt, und an der „Freien Universität“ in Brüssel beschäftigt sich eine Gruppe mit demselben Problem. Es gibt also gute Vorbilder für ein entsprechendes Institut in Apenrade. Es müßte sich jedoch besonders mit den Bedingungen in den heimatlichen Grenzregionen befassen. Aber man darf dabei die großen Perspektiven nicht außer acht lassen. Wenn Dänemark der EWG angehört, sind die Bedingungen ganz einfach so, daß wir unter europäischen

Voraussetzungen arbeiten müssen.

Bram: *Und wie sind die dänischen Voraussetzungen hierfür?*

Prof. Fink: Ja, hier möchte ich abschließend auf die nordschleswigsche Tradition hinweisen, die m. E. darin besteht, daß wir in schlechten wie in guten Zeiten aus der Überlegung, was unserem Vaterlande am besten diene, gehandelt haben.

Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866 (I)

Eine kritische Bestandsaufnahme „traditioneller“ Geschichtsauffassungen am Beispiel Wilhelm Klüver.

Seit fast einem halben Jahrhundert, jedenfalls aber seit 1945 gilt der „Brandt“¹ – oder wie man heute richtiger sagen muß: der „Brandt-Klüver“ – mit seinen sechs Auflagen unbestritten als *das* Handbuch zur schleswig-holsteinischen Geschichte. Immer noch wird es in Forschung, Lehre und Unterricht bevorzugt herangezogen; nicht selten wurde und wird es für historisch interessierte Laien, ja sogar für Fachhistoriker, zur Hauptquelle ihres Wissens um die Geschichte unseres Landes. Wilhelm Klüver hat sich um die Landesgeschichte verdient gemacht, als er nach dem frühen Tod von Otto Brandt im Jahre 1935 mit der 3. Auflage die Betreuung des Werkes seines akademischen Lehrers übernahm. In der emotionsgeladenen, nicht selten haßerfüllten Atmosphäre der Jahre vor 1945 zeichnete sich Brandts Buch durch eine – verhältnismäßig – sachliche Betrachtung der deutsch-dänischen Geschichte aus. Nicht ohne Grund wurde es ins Dänische übersetzt und fand trotz seiner Grenzrevisionsforderung in den Reihen der nationalen „Gegner“ viel Anerkennung.

Im Jahre 1949 legte Klüver die (bis auf die nun fehlende Revisionsforderung in der Substanz kaum veränderte) 4. Auflage vor. Er kam damit offenbar einem starken Bedürfnis in unserem Lande nach; denn erst jetzt gelang es Brandts Buch, alle früheren Konkurrenten endgültig aus dem Felde zu schlagen: In einer Zeit, da das Grenz- und Minderheitenproblem in hohem Maße aktuell war, fand es schnell Verbreitung. Nach der totalen Niederlage, in einer Situation, da scheinbar das Ende des deutschen Nationalismus eingeläutet war und angesichts der als Bedrohung empfundenen Flüchtlingsmassen mag die Besinnung auf die „Werte eigener Prägung“, auf die große schleswig-holsteinische Vergangenheit vielen Einheimischen als eine Art geistiger Rettungsanker höchst willkommen gewesen sein. Auch dürfte Brandts Absage an Preußen manchem Gelegenheit geboten haben, sich nachträglich von jenem Staat innerlich zu distanzieren, der angeblich so viel Unglück über das Land gebracht und gerade ein Ende mit Schrecken erlebt hatte.

In der 1957 erschienenen 5. Auflage des Handbuches erweiterte Klüver den ursprünglichen Brandtschen Text für die Zeit von 1864 bis 1920 erheblich und wagte den Versuch, die Darstellung von 1920 bis zur Gegenwart fortzuführen. Er

1 *Otto Brandt*, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß, 1. Aufl. Kiel 1925.

tat dies im Sinne Otto Brandts, aber auch motiviert durch sein persönliches Engagement für die Ausbreitung eines „heimatlichen“ Geschichtsbewußtseins in Schleswig-Holstein.

Inzwischen hatte sich jedoch an der Universität Kiel mit Oswald Hauser und vor allem mit Alexander Scharff und seinen Schülern eine neue Richtung der schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsforschung durchgesetzt, die sich von einer einseitig schleswig-holsteinischer Betrachtungsweise freigemacht hatte und den veränderten Zeitumständen dadurch Rechnung trug, daß sie sich bewußt um eine vorurteilsfreie Erforschung der deutsch-dänischen Geschichte bemühte.

So war es nicht verwunderlich, daß von Seiten der Fachhistoriker grundsätzliche Kritik an der 5., und später 6. Auflage des Brandt-Klüver geübt wurde,² eine Kritik, die sich in Manfred Jessen-Klingenberg's Feststellung zusammenfassen läßt, Klüvers Interpretation der letzten hundert Jahre schleswig-holsteinischer Landesgeschichte sei unhistorisch, da sie ihre Maßstäbe aus der vorpreußischen Zeit nehme.

Eben diesen letzten Teil des Handbuches hat Klüver jetzt in Gestalt einer „stark veränderten und wesentlich erweiterten“ Sonderausgabe³ (Vorwort) erneut zur Diskussion gestellt, ohne freilich seine früheren Auffassungen grundlegend revidiert zu haben.

Ich halte eine Auseinandersetzung mit Klüvers Geschichtsverständnis gerade in einer nichtwissenschaftlichen Zeitschrift wie dieser für notwendig, weil die in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ 1958 und 1967 veröffentlichten grundsätzlichen Bedenken bei den historisch Interessierten in unserem Lande offenbar kaum Resonanz gefunden haben; jedenfalls ist die Reaktion auf den „Brandt-Klüver“ - und auch bereits auf den „Klüver“ - in den meisten schleswig-holsteinischen Publikationsorganen (einschließlich der „Grenzfriedenshefte“)⁴ unverändert positiv, was auf eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem volkstümlichen Geschichtsbewußtsein und der modernen schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsforschung schließen läßt. Möglicherweise ist die verstärkte wissenschaftliche Diskussion in nichtwissenschaftlichen Organen ein geeignetes Mittel, um zu verhindern, daß sich die Befürchtung von Alexander Scharff bewahrheitet, der auf Grund düsterer Erfahrungen einmal gemeint hat, es sei vielleicht ein Jahrhundert nötig, bis sich

2 Zur 5. Aufl. *Oswald Hauser*: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (ZSHG), Bd 82 (1958), S. 277 ff. - Zur 6. Aufl. *Manfred Jessen-Klingenberg*: ebd., Bd 92 (1967), S. 168 ff.

3 *Wilhelm Klüver*, Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866. Grundzüge und Hauptdaten, Kiel 1972. Die Seitenhinweise in Klammern () beziehen sich auf diese Sonderausgabe.

4 Grenzfriedenshefte 2/1972, S. 113.

die Ergebnisse der historischen Forschung im volkstümlichen Geschichtsbewußtsein durchzusetzen.

Meines Erachtens verdient W. Klüvers „Geschichte Schleswig-Holsteins seit 1866“ unsere besondere Aufmerksamkeit, einmal, weil uns diese Periode am unmittelbarsten berührt und noch heute eine Menge Zündstoff in sich birgt, zum anderen, weil es um ein in die breite Öffentlichkeit wirkendes Handbuch geht, das für jede eingehende Beschäftigung mit der schleswig-holsteinischen Geschichte, vor allem der letzten 100 Jahre, bisher unerlässlich ist. Denn der im Ploetz-Verlag erschienene „Überblick“ von Alexander Scharff⁶, der die neuesten Forschungsergebnisse widerspiegelt, kann und will ein Handbuch nicht ersetzen. Und vom 8. Band der „großen“ Geschichte Schleswig-Holsteins ist, abgesehen von Kurt Jürgensens Beiheft über die „Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg“, bisher nur eine Lieferung erschienen.⁷ Aber selbst, wenn dieser Band einmal vollständig vorliegt, wird er nicht das Bedürfnis vieler Leser nach einer Darstellung zu befriedigen vermögen, die im Stile des „Klüver“ knapp und übersichtlich informiert und zudem den mühelosen „Einstieg“ in die wichtigste Literatur ermöglicht. Klüvers Bemühungen gerade um die letzten 100 Jahre der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte sind also gewiß dankbar zu begrüßen; insbesondere seine bibliographischen Hinweise, sowie seine Zusammenstellung der „leitenden Männer“ und der Bevölkerungsentwicklung seit 1866 sind dem Leser eine große Hilfe. Auch enthält die Darstellung eine Menge sachlich richtiger Einzelinformationen; Klüvers alles überlagernde überholte Geschichtsauffassung vermittelt jedoch ein Gesamtbild unserer jüngeren und jüngsten Vergangenheit, das nicht nur auf Grund des gegenwärtigen Forschungsstandes, sondern auch aus politischen Erwägungen heraus entschieden abgelehnt werden muß.

Um meine bei den „traditionsbewußten Kräften“⁸ unseres Landes augenscheinlich so unpopuläre Auffassung zu begründen, wende ich mich zunächst Klüvers Darstellung der deutsch-dänischen Beziehungen seit 1866/67 zu, einem Thema, das in den bisherigen Stellungnahmen nur am Rande berührt wurde.

Klüvers betont nationales Engagement, sein Bestreben, möglichst viele Leser mit den „grenzpolitisch wichtigen Begebenheiten und Persönlichkeiten“ (Vorwort) vertraut zu machen, hat eine unverhältnismäßig breite Darstellung des deutsch-

5 500 Jahre Vertrag von Ripen, Neumünster 1960, S. 16

6 *Alexander Scharff*, Schleswig-Holsteinische Geschichte. Ein Überblick. Sonderausgabe aus dem „Territorien-Ploetz“, 2. Aufl. Würzburg 1966.

7 Geschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. v. *Olaf Klose*, Neumünster 1955 ff. Bd 8, Lief. 1: *Oswald Hauser*, Provinz im Königreich Preußen (1966); Beiheft: *Kurt Jürgensen*, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg (1969).

8 So Klüver in einer Antwort an seine Kritiker, die er in den „Grenzfriedensheften“ 4/1967, S. 190 f., veröffentlichte.

dänischen Verhältnisses zur Folge. Wer sich wie ich um die historische Erforschung des Nationalismus-Problems bemüht, der wird schwerlich die große Bedeutung dieser Frage für die schleswig-holsteinische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unterschätzen und wissen, daß sie auch heute noch keineswegs ohne Relevanz ist. Freilich sind die nationalen Leidenschaften seit geraumer Zeit so weit abgeklungen, daß es unter den Landeshistorikern gemeinhin nicht mehr üblich ist, mit historischen Waffen Nationalpolitik zu treiben und die schleswig-holsteinische Geschichte vornehmlich aus einem nationalen Blickwinkel heraus zu betrachten. Deshalb kann man der Auffassung, daß die „wechselvollen Kämpfe um das Herzogtum Schleswig den *eigentlichen Inhalt* unserer Landesgeschichte bilden“⁹, heute nicht mehr teilen; man muß es als eine unzulässige Verschiebung der Maßstäbe betrachten, wenn Klüver der nationalen Problematik etwa 32 und der „sonstigen“ Geschichte Schleswig-Holsteins etwa 43 Textseiten seines vorliegenden Buches widmet.

Leider äußert sich Klüvers überholte politisch-wissenschaftliche Grundkonzeption nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Trotz seines gewiß vorhandenen Willens, eine abgewogene Darstellung zu bieten, ist es ihm nicht gelungen, den Boden der in nationaler Hinsicht meist einseitigen schleswig-holsteinischen Vorkriegsgeschichtsschreibung¹⁰ zu verlassen und die (heute kaum umstrittenen) Ergebnisse der neueren Forschung hinreichend zu berücksichtigen. Dies gilt nicht zuletzt für das Problem der Teilung Schlesiens. Klüver hat offenbar bis heute nicht erkannt, daß erst durch die Volksabstimmungen von 1920 die Voraussetzung für das entspannte deutsch-dänische Verhältnis des Jahres 1972 geschaffen wurde. - Nur in diesem Zusammenhang dürfte seine eigenwillige Annahme zu verstehen sein, daß „auch dann *Dänemark* nicht befriedigt gewesen wäre, und daß *die dänische Agitation* sich nur um so mehr auf Mittel- und Südschleswig *geworfen* hätte“, wenn von Preußen eine Volksabstimmung gewährt worden wäre, wie sie im Art. 5 des Prager Friedens vorgesehen war. Diese Annahme wird im übrigen auch dadurch nicht glaubhafter, daß Klüver auf zwei Aufsätze von Aage Friis verweist, im Gegenteil (40).

Man vermißt in der vorliegenden Darstellung eine klare Absage an die Zwangsmethoden der „Köllerpolitik“ und das Vorgehen des „Deutschen Vereins“. Viel zu wenig wird von der inneren Berechtigung der dänischen Bestrebungen gesprochen, und viel zusehr wird betont, daß die „deutsche Gegenwehr“ mit ihrem „Zickzackkurs“ sich nicht als „fest und sicher genug“ erwiesen habe (43,

9 Ebenda S. 191. — Hervorhebung durch Kursivdruck vom Verf. dieser „Bestandsaufnahme“.

10 Zum Beispiel: *Karl Alnor*, Handbuch zur schleswigschen Frage, Bd 2, 3 Neumünster 1926—1938.

45). Durch ihre ungeschickte Politik habe sie nur die „*staatsfeindlichen Bestrebungen*“ der dänisch gesinnten Bevölkerung gestärkt und so „Märtyrer“ geschaffen, „die nun erst recht das *Feuer* gegen Deutschland *schürten*“ (44).

Die Einseitigkeit von Klüvers Darstellung zeigt sich besonders klar in seiner (viel zu) breiten Schilderung des Abstimmungskampfes (45-52), der begann, „als sich der deutsche Zusammenbruch nach vierjährigem Ringen gegen eine Übermacht von Feinden nicht mehr aufhalten ließ“ (46). - Noch heute vermerkt Klüver mit unüberhörbarem Vorwurf, daß der damalige Staatssekretär Solf in seinem bekannten Brief an H. P. Hanssen vom November 1918 eine Volksabstimmung in Nordschleswig zugestand, „ohne deutsche Sachverständige aus Nordschleswig zu Rate gezogen zu haben“ (47). Wie deren Rat zu jenen Zeiten ausgefallen wäre, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Obwohl Klüver (jedenfalls die außenpolitische) Zwangslage der damaligen dänischen Regierung kennt und auch anspricht, wirft er den Dänen vor, daß sie sich, „ohne direkte Verhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen“, an die „Feinde Deutschlands“ wandten „mit dem offiziellen Ersuchen, die Nordschleswig-Frage der Friedenskonferenz vorzulegen“; er macht die dänische Regierung für die „schicksalsschwere Folge dieser einseitigen Hinwendung“ verantwortlich (48 f.). – Daß nicht nur Dänemark, sondern auch der „Deutsche Ausschuß“, der doch die deutsche Interessenvertretung für sich in Anspruch nahm, die Regelung der Angelegenheit auf der Friedenskonferenz forderte, erwähnt der Verfasser nicht.

Was die Abstimmungsregeln anbelangt, so heißt es bei Klüver, daß „Tausende von Dänen, die Nordschleswig verlassen hatten, das Stimmrecht“ erhielten (49), ohne daß hinzugefügt wäre, daß diese Bestimmung auch, und in mindestens genauso starkem Maße, der deutschen Seite zugute kam. - Die en-bloc-Forderung der Dänen widersprach dem „Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes“ (48); wie aber – so fragt man sich – konnte dann der „Deutsche Ausschuß“ seinen Ruf nach einer Gesamtabstimmung zwischen Eider und Königsau aus „ungebrochenem Rechtsgefühl“ (50) erheben?

Klüvers Darstellung muß dem uneingeweihten Leser den falschen Eindruck vermitteln, als sei es der dänischen Seite mit Hilfe der Siegermächte gelungen, 1920 eine Lösung der Schleswig-Frage herbeizuführen, die allein für die Dänen Vorteile bot. Er folgt damit der (für die zwanziger Jahre verständlichen) Argumentation Otto Brandts, der er sogar noch einige Glieder hinzufügt; allerdings schließt er sich dann nicht Brandts konsequenter Forderung nach einer Grenzrevision an, sondern betont im Sinne der neueren Forschung ganz unvermittelt wie „echt“ die Entscheidung von 1920 trotz allem war, die ein „Sieg des Volksgedankens über den Staatsgedanken“ bedeutete (51). Der Eindruck, daß hier lediglich zwei junge Reiser auf einen alten Baum gepropft wurden, verstärkt sich nur noch, wenn man wenige Seiten später von Klüvers

Bedauern darüber Kenntnis nehmen muß, daß die organisierten Arbeiter, die während der Abstimmungszeit „ihre nationale Gesinnung bewährt hatten“, durch das Stauning-Wels-Abkommen von 1923 „zum *Verzicht* auf einen *Grenzkampf* *gezwungen* wurden“ (55) und deshalb „für die Behauptung und Neugestaltung des landschaftlichen Sonderlebens ausfielen“ (57). Diese Auffassung mag dem bürgerlichen Denken der zwanziger Jahre angemessen gewesen sein, für Klüver scheint noch in der rückschauenden Betrachtung des Jahres 1972 der Grenzkampf geradezu konstitutiv für eine das Wohl Schleswig-Holsteins beachtende Politik zu sein. Nur so dürfte seine absurde Behauptung erklärbar sein, daß die 1923 „auf die Parteilinie zurückgerufenen Arbeitermassen“ „an den inneren Kämpfen um die Beseitigung wirtschaftlicher Not und um die Änderung der politischen Verhältnisse“ nur dann teilnahmen, wenn sie – man beachte Klüvers Anführungsstriche – „die ‚Errungenschaften‘ der Novemberrevolution bedroht sahen“ (57). Auf diese bedenklichen Äußerungen wird im zweiten Teil dieser „Bestandsaufnahme“ zurückzukommen sein, wo es u. a. darum gehen wird, das gestörte Verhältnis der „heimatlichen“ Geschichtsauffassung zur modernen parlamentarischen Demokratie des näheren zu betrachten.

Hier sei darauf hingewiesen, daß – gerade im Gegensatz zu Klüvers Meinung – die Grenzrevisionsforderung höchst nachteilige Folgen für unser Land hatte. Als Ausdruck eines bis ins Pseudoreligiöse gesteigerten, von antidemokratischen Tendenzen begleiteten Nationalismus war sie nämlich ein nicht unwesentlicher Grund dafür, daß der Nationalsozialismus gerade in Schleswig-Holstein auf so fruchtbaren Boden fiel¹¹. Auch sollten wir uns nicht länger an der Erkenntnis vorbeidrücken, daß die nicht zur Ruhe kommende Grenzfrage das deutsch-dänische Verhältnis aufs schwerste belastete und ein großes Hindernis für den Abbau der nationalen Spannungen darstellte.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie hielten nämlich die meisten Deutschen in Schleswig-Holstein und Nordschleswig an dem Wunsch nach einer „neuen Entscheidung“ bis 1945 fest. Die alte Mär, daß die deutsche Minderheit sich während der nationalsozialistischen Epoche „im Rahmen des Volklichen“ hielt und „*keine Eroberungsabsichten*“ zeigte, entbehrt – wie die Verurteilung der „scharfen dänischen Gegenwehr“ – jeder sachlichen Grundlage. In der von Klüver genannten (allerdings vorwiegend nordischen Literatur) wird anhand zahlreicher Beispiele eindeutig belegt, daß sich die deutschen Grenzrevisionsforderungen nach 1933 zum Ruf „Heim ins Reich!“ steigerten, wenn sie auch seit Ende der dreißiger Jahre zugunsten der — noch weit gefährlicheren — Berliner Träume von einem „Großgermanischen Reich“ in den Hintergrund gedrängt wurden.

11 Siehe dazu jetzt den vorzüglichen Aufsatz von *Gerd Vaagt*, Der 14. März als nationales Erlebnis: ZSHC Bd 96 (1971), S. 279—308, der unter Klüvers Literaturhinweisen nicht zu finden ist.

Bezeichnend für Klüvers Geschichtsbeschreibung ist es, daß er dem nationalen Erlebnis des Abstimmungskampfes 1918 bis 1920 etwa sechs Textseiten widmet, während er es bei der Schilderung der Geschichte der deutschen Minderheit von 1933 bis 1945 mit knapp einer Seite bewenden läßt. In seiner Schilderung dieser unseligen Epoche ist mit Recht die Rede vom „tragischen Konflikt“ der Heimdeutschen; er spricht auch davon, daß sie trotz ihrer „Gewissensnot“ den „Glauben an Deutschland“ nicht verloren (65). Wie sich die Mehrheit der deutschen Nordschleswiger in ihrem Konflikt zwischen Loyalität zum dänischen Staat und ihrer Verbundenheit mit Deutschland entschieden und vor allem, welche Konsequenzen sich aus ihrer Entscheidung, etwa während der Besetzungszeit, ergaben, darüber wird praktisch nichts gesagt. Deshalb muß die im Kapitel „Bewährung der deutschen Nordschleswiger“ (82 ff.) verhältnismäßig ausführlich geschilderte „Rechtsabrechnung“ der Dänen, die Enteignung von 89 deutschen Schulen und 86 Bauernhöfen, dem Leser in um so grellerem Licht erscheinen. Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, daß Klüvers Darstellung des deutsch-dänischen Verhältnisses in Diktion und Aussage noch sehr stark von der Atmosphäre der glücklich überwundenen „Kampfzeit“ geprägt ist. Sein Versuch, einige Ergebnisse der neueren Forschung mit den „traditionellen“ Auffassungen zu verbinden, ohne diese einer grundlegenden Revision zu unterziehen, vermag nicht zu überzeugen.

Mir scheint, daß Klüvers Denken symptomatisch ist für die Position vieler „bewußter“ Schleswig-Holsteiner und deutscher Nordschleswiger¹², jedenfalls der älteren und mittleren Generation. Man wünscht die „Befriedung und Festigung der deutsch-dänischen Beziehungen“ (76), ist aber nicht bereit oder in der Lage, daraus die notwendige Konsequenz zu ziehen und sich von seinem überkommenen einseitigen Bild der Geschichte dieser Beziehungen zu lösen; man gibt sich der Illusion hin, einen dauerhaften Frieden genießen zu können, ohne die alten Kampfstände aufzugeben.

Ich glaube, wir sollten uns durch die in den letzten Jahren erreichte, höchst erfreuliche Verbesserung des deutsch-dänischen Verhältnisses und erst recht nicht durch alle echten (oder manchmal nur verbalen) Beschwörungen dieses Sachverhaltes darüber hinwegtäuschen lassen, daß es, vor allem auf der unteren und mittleren „Ebene“, noch eine Menge gegenseitigen Mißtrauens abzubauen gilt.

Darauf ist auch in dieser Zeitschrift von deutscher wie dänischer Seite bereits des öfteren hingewiesen worden, freilich ohne daß man über ethische Appelle

12 Ein deutliches Beispiel: *Harboe Kardel*, Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Organisation der deutschen Volksgruppe in der Zeit von 1920 bis 1970, Apenrade 1971. — Siehe dazu meine Besprechung in: ZSHG Bd 97 (1972), S. 275 ff.

wesentlich hinausgelangt wäre. Konkrete „Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande“ hat, soweit ich sehen kann, bisher allein Gerhard Beier gezeigt¹³. In seinem sehr beachtenswerten Beitrag stellt er fest, daß trotz des Anscheins, „als sei der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation hier tatsächlich und dauerhaft gelungen“, noch „manche stille Reserve“ vorzufinden ist: „Die Erlebnisse mit Fackelzug und Fahnenenschwenken, mit Kampfliedern und nationalem Feuerschein sind weder vergessen noch aufgearbeitet“. Beier meint mit Recht, daß man „schlafende Hunde“ wecken muß, wenn man sie zähmen will, d. h.: sofern die Friedenspädagogik „den unberechenbaren Rückfall auf die Stufe der Barbarei früherer Nationalitätenkämpfe für die Dauer aufheben möchte, muß sie das Risiko eingehen, *verdrängte Affekte anzusprechen und aufzuarbeiten*“.

Hierzu kann die landesgeschichtliche Forschung, wie ich meine, einen wesentlichen Beitrag leisten. Sie wird sich in Zukunft ernsthaft um die Realisierung historischer Friedens- und Konfliktforschung bemühen müssen, für die Reimer Hansen vor Jahresfrist in dieser Zeitschrift einen überzeugenden Entwurf vorgelegt hat¹⁴. Die negativen methodischen Erfahrungen, die schwedische und dänische Forscher bei der Durchführung ihrer Konfliktforschungs-Projekte gesammelt haben, werden zu berücksichtigen sein. — Diese Zukunftsaufgaben entbinden uns jedoch nicht, die bereits vorliegenden Forschungsergebnisse für die Gegenwart nutzbar zu machen, indem wir versuchen, durch historische Aufklärung „verdrängte Affekte anzusprechen“ und überkommene Vorurteile abzubauen.

Wie kann das geschehen? Gewiß nicht, indem wir alte Fehler unter neuem Vorzeichen wiederholen und dänisches Unrecht mit dem Mantel der Liebe bedecken. Damit wäre niemandem gedient. Es muß uns heute vielmehr zunächst um eine absolut vorbehaltlose Bestandsaufnahme unserer eigenen Vergangenheit und um eine klare Distanzierung von jedem Unrecht gehen; keine deutschen Fehler dürfen, womöglich auf dänische Kosten, verschwiegen, verniedlicht oder durch Phraseologie überdeckt werden.

Nur unter diesen Voraussetzungen sind wir berechtigt, ja überhaupt erst in der Lage, dann auch die dänischen Mißgriffe beim Namen zu nennen. Zu ihrer Be- oder Verurteilung gehört freilich auch, daß wir die Argumente des „Gegners“ einer ernsthaften Prüfung unterziehen. Es dient der Wahrheitsfindung nicht, wenn solide Ergebnisse der dänischen Forschung von deutscher Seite ganz einfach nicht zur Kenntnis genommen oder nur einseitig ausgewertet werden. Auch hier ist Klüver kein Einzelfall¹⁵. — Wir müssen uns endlich von dem unfruchtbaren Gefühl des

13 *Gerhard Beier*, Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande: Grenzfriedenshefte 4/1971, S. 193 ff.

14 *Reimer Hansen*, Geschichtswissenschaft als Friedensforschung und der Friedensplan Heinrich Rantzaus: ebd., S. 207 ff.

15 Wie wenig es der Sache dienlich ist, wenn man glaubt, ohne die dänische Forschung

Mißtrauens gegenüber der dänischen Geschichtswissenschaft lösen, wie es nicht nur unter historisch Interessierten, sondern selbst bei einzelnen angesehenen Fachhistorikern noch anzutreffen ist. Man ist weiter von der Vorstellung beherrscht, dänischen wissenschaftlichen Arbeiten mit solchen deutscher Prägung begegnen zu müssen oder vermutet hinter dem natürlichen dänischen Interesse an der Erforschung der Geschichte des alten Herzogtums Schleswig gar eine zukunftsbezogene politische Motivation.

Damit soll nicht bestritten werden, daß es auch unter dänischen Historikern noch vereinzelt „alte Kämpfer“ gibt; sie sind jedoch weder repräsentativ für die dänische Geschichtswissenschaft, noch sollten sie uns zum Vorwand dienen, auf den ausgetretenen Pfaden weiterzumarschieren. — Sehr viel ernster zu nehmen ist indessen die Tatsache, daß in Teilen des dänischen Volkes die Erinnerung an 1864 und 1940 unverändert lebendig ist, wie es während der EWG-Debatte erst jüngst wieder deutlich geworden ist. Wir können zum Abbau dieser ja nicht ganz unbegreiflichen Angst vor den „großen“ Nachbarn im Süden beitragen, wenn wir durch eine vorbehaltlose Offenlegung unserer Vergangenheit beweisen, daß es uns mit dem Aufbau eines „anderen Deutschland“ ernst ist. — *Das Handbuch zur schleswig-holsteinischen Geschichte* dürfte in dieser Hinsicht wenig überzeugend wirken. Wenn wir einen dauerhaften Frieden wollen, müssen wir uns entschließen, von der heimlichen Konfrontation zur offenen Kooperation überzugehen. In möglichst enger Zusammenarbeit mit den Dänen muß sich die Landesgeschichtsforschung, und zwar nicht nur einige führende Persönlichkeiten, um die Erforschung gemeinsamer Probleme bemühen. Gerade was die jüngere und jüngste Geschichte Schlesiws anbelangt, stehen wir – trotz des vergleichsweise fortgeschrittenen Standes der Forschung – vor Aufgaben, bei deren Erfüllung wir schon deshalb auf die Mithilfe der dänischen Geschichtswissenschaft nicht verzichten können, weil sie auf diesem Gebiet eine Aktivität entwickelt, von der wir bisher nur träumen dürfen. Der Gedanke einer Kooperation zwischen dänischen und deutschen Historikern ist im übrigen durchaus nicht ganz neu. Bereits Anfang der fünfziger Jahre haben die Professoren Troels Fink (damals Aarhus) und Alexander Scharff (Kiel) eine Zusammenarbeit in die Wege geleitet, die u. a. zu gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen für eine Revision der beiderseitigen Geschichtslehrbücher führte; die Gespräche über eine Erweiterung und Verbesserung der seinerzeit erstellten Thesen werden im Frühjahr 1973 im Braunschweiger Internationalen Schulbuchinstitut fortgesetzt. Während der letzten Jahre haben sich die gelegentlichen Kontakte zwischen Historikern – Professoren und Studenten – der

auskommen zu können, dafür hat selbst ein junger Historiker kürzlich ein Beispiel geliefert: *Hans Dietrich Lehmann*, „Der Deutsche Ausschuß und die Abstimmungen in Schleswig 1920“, Neumünster 1969.

Universitäten Aarhus und Kiel zu einem intensiven, regelmäßigen Gedankenaustausch erweitert.¹⁶ Wobei nationale Gegensätzlichkeiten längst keine Rolle mehr spielen.

Auf Grund der bis heute gesammelten, ausschließlich positiven Erfahrungen einer solchen Zusammenarbeit dürfte es an der Zeit sein zu prüfen, ob nicht inzwischen die Voraussetzungen für eine institutionalisierte Kooperation gegeben sind. Allen jenen, die ihr Mißtrauen noch nicht abgelegt haben, könnte so bewiesen werden, daß die gleichberechtigte Arbeit an gemeinsamen Lehr- und Forschungsprogrammen der Wahrheitsfindung nur dienlich ist. Eine deutsch-dänische Hochschule, wie sie für Flensburg gefordert wird, wäre hierfür eine geeignete Basis. Allen sicher auftretenden Schwierigkeiten zum Trotz halte ich die Realisierung eines solchen Projekts für wünschenswert.

Man redet so viel von Schleswig als dem „europäischen Musterlande“; eine deutsch-dänische Hochschule böte Gleichgesinnten aller Fachrichtungen die Möglichkeit, ein Zeichen dafür zu setzen, daß es bei dem mehr oder weniger verbindlichen „Dialog über die Grenze“ – so wichtig er ist – nicht bleiben kann, wenn man den Frieden sichern und für ein kommendes Europa wirken will. Dem Wunsch nach Aufrechterhaltung der nationalen Identität, dem „Europa der Vaterländer“, widerspricht dies keineswegs. Das sollte jeder bedenken, der meint, eine Universität in Flensburg müsse entweder deutsch oder dänisch sein. Er sollte weiter bedenken, daß der europäische Gedanke wohl nicht zuletzt deshalb dem Bedürfnis der Jugend nach geistiger Bindung so wenig entspricht, weil die Älteren so viel von ihm reden und vor den praktischen Konsequenzen oft allzu ängstlich zurückschrecken.

*

Anmerkung: Auf einer Fünfzigjahrfeier zur Erinnerung an die Volksabstimmungen des Jahres 1920 ist das schockierende Wort vom Ende der Geschichte gefallen. In dem vorstehend veröffentlichten ersten Teil eines Aufsatzes zur schleswig-holsteinischen Geschichte ist nicht vom Ende, sondern nur von der Notwendigkeit des Um- und Neuschreibens der Geschichte die Rede. Auch das wird auf Widerspruch stoßen. Wer mit den hier vertretenen Gedankengängen eines jungen Historikers nicht einverstanden ist, möge bedenken, daß die Grenzfriedenshefte ein Diskussionsorgan sind (s. Impressum) in dem die einzelnen Aufsätze die Meinung des jeweiligen Verfassers wiedergeben, die nicht in allem und jedem der Auffassung der Redaktion entsprechen müssen. Und es sei noch der Hinweis erlaubt, daß nur im Für und Wider, in Meinung und Gegenmeinung, das Richtige, das unserer Zeit Gemäße Gestalt gewinnen und so Geschichte lebendig bleiben kann und nicht zu Ende sein wird.

Ernst Beier

Es hilft wenig, historisches Bewußtsein als Merkmal jeder hochentwickelten Zivilisation zu beschwören. Antiquarische und ästhetische Interessen, historische Neugier und private Freude an der Erforschung der Vergangenheit sind berechtigt und sinnvoll, doch reichen sie nicht aus, die historische Wissenschaft als gesellschaftliche Veranstaltung von öffentlichem Interesse zu legitimieren. Vielmehr ist es notwendig, darüber zu sprechen, was die Geschichte — und möglicherweise nur die Geschichte — konkret beitragen kann, wenn es darum geht, vernünftigeren Weisen des menschlichen Zusammenlebens zu entwerfen und zu erarbeiten.

JÜRGEN KOCKA „Wozu noch Geschichte?“ Aus „Die Zeit“ vom 3. März 1972

Lehnsgraf Otto Didrik Schack zu Schackenberg wurde am 11. Januar 1882 auf Schackenberg geboren. 1902 legte er am Katharinäum in Lübeck die Reifeprüfung ab und übernahm das Gut Schackenberg 1905. Gleichzeitig wurde er Mitglied des Kreistages in Tondern. 1909 wurde er Mitglied von Den Nordslesvigske Vælgerforening, 1913 Sekretär der „Bodenwehr“ und 1914 Mitglied des Aufsichtsrats der Nordslesvigske Vælgerforening. In den Jahren 1919-1920 war Graf Schack Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages und von 1919 bis zur Auflösung 1921 Vorsitzender des Nordslesvigske Vælgerforening. Von 1920 bis zu seinem Tode am 28. Januar 1949 war O. D. Schack Amtmand (Landrat) des Kreises Tondern.

OTTO DIDRIK SCHACK

Wenn ich in meinen alten Papieren herumkrame ...

Als d + d-Taschenbuch Nr. 7 sind soeben im Christian Wolff Verlag Flensburg — Herausgeber der Flensburger Studienkreis Dr. Hartwig Schlegelberger, Prof. Dr. Troels Fink und Dr. Hans Peter Johannsen — die „Aufzeichnungen des Lehnsgrafen Schack zu Schackenberg, Landrat an der Grenze 1920-1949“ ins Deutsche übertragen erschienen. Mit freundlicher Erlaubnis des Verlages bringen wir daraus nachstehend etwas gekürzt das erste Kapitel „Das Geschlecht Schack bis 1905“.

Wenn ich in meinen alten Papieren herumkrame – und da ich die Manie habe, jedes Zettelchen aufzubewahren, hat sich nach und nach vieles in Schubladen und Schränken angesammelt –, rinnt mir so manches in die Erinnerung, das dem Vergessen anheimfallen sollte, ebenso wie die Papiere in den Papierkorb oder Kachelofen gehen sollten. Aber zugleich merke ich, an wie wenig ich mich erinnern kann und wie unzusammenhängend das Bild ist, das ich mir mache, sogar das der Jahre vor und nach dem 1. Weltkrieg, die sich am meisten eingepägt haben und deren Erlebnisse sich der Erinnerung am tiefsten eingegraben haben sollten. Darum will ich einem Drang folgen, der bei vielen zusammen mit den grauen Haaren kommt, ich will die wichtigsten meiner Papiere ordnen und ein wenig von dem, an das ich mich erinnere, niederschreiben.

Wenn ich auf die verflossenen Jahre zurückblicke, so habe ich nur wenig ausgerichtet im Verhältnis zu den guten Chancen, an denen ich reichlich teilhatte, und da ich ein verhältnismäßig zurückgezogenes Leben geführt habe und bei den nationalen Gegensätzen nicht an vorderster Front stand, bedarf ich keiner Apologie, die mich gegen künftige Mißdeutungen absichern soll. Das Folgende wird deshalb eher eine Schilderung meiner inneren Entwicklung als

Grenzlandmensch, denn eine Erzählung von einem tätigen Leben und von Erlebnissen sein.

Vielleicht bekommt der Stoff doch einen Hauch von Verteidigung, denn da die Tendenz jetzt stark dahin geht, daß man entweder ein ganzer Reichsdäne oder ein sich an „das große Vaterland“ anschließender Deutscher ist, bin ich doch geneigt, Rechenschaft abzulegen und darzutun, daß mein Standpunkt einige Daseinsberechtigung hat oder doch hatte.

*

Es ist Winter, und durch mein Fenster sehe ich durch die entlaubten Äste der Bäume, wie die Wiedau als Silberband im kalten Sonnenschein blinkt. Hinter dem Bachbett kann man die Höfe und Häuser als dunkle Schatten gegen den hellen Rand des Horizontes ausmachen. Sie liegen in Deutschland, größer ist die Entfernung zur Grenze nicht, nur vier Kilometer, man spürt, daß man hier „Landunter“ kennt. Das empfand man auch, ehe die nationalen Gegensätze sich geltend machten und die gegenwärtige Grenze als Fazit einer schwierigen Rechenaufgabe gezogen wurde.

Mögeltondern, der südlichste Teil einer reichsdänischen Enklave auf dem Festland, hat wie eine Halbinsel im Schleswigschen gelegen, und obwohl dieses Land unter die dänische Königskrone kam, war der kulturelle und sprachliche und später der nationale Unterschied schwer zu verwischen.

Die Gegensätze in diesem Grenzstrich waren vor dem Beginn des nationalen Kampfes jedoch nicht so groß, daß man nicht unter den schirmenden Schwingen des Absolutismus hätte Seite an Seite leben können, und ich kann mir denken, daß mein Urgroßvater Otto Didrik Schack, der aus Geldmangel die Militärtaubahn einschlug, die Gegensätze nicht empfunden hat, ob er sich nun hier aufhielt oder in der Garnison in Helsingør, Randers oder später in Itzehoe. Auch seine Ehefrau Amalie, geb. v. Krogh, die in Norwegen geboren wurde, Hofdame am sogen. Russischen Hof in Horsens war und ihr Leben in Preetz, wo zwei ihrer Töchter als Klosterdamen wohnten, beschloß, hat sich über die Zusammensetzung der Monarchie keine weiteren Gedanken gemacht. Sie schrieb an ihren Mann auf französisch, er an sie auf französisch und später auf dänisch. Sein dienstlicher Schriftwechsel wurde in der Regel auf deutsch geführt, und ihre Korrespondenz war im übrigen eine ganz unparteiische Mischung von Dänisch, Französisch und Deutsch.

Ihr Sohn Hans, der mit Louise Lerche verheiratet war, verbrachte seine paar Lebensjahre auf Seeland. Das gleiche tat mein Großvater Otto Didrik Schack, bevor er auf Auslandsreisen ging. 1840, zu der Zeit, wo der Nationalitätenkampf begann, ließ er sich auf Schackenberg nieder, das ca. 30 Jahre lang unbewohnt gewesen war. Es war eine große Veränderung gegen das heitere Seeland, die südländischen Landschaften und die großen Städte, die er auf seinen Reisen

kennengelernt hatte, aber die Unruhe des Zeitgeistes und die Strömungen, denen er draußen in der großen Welt begegnet war, waren auch bis in den stillen Westen gedrungen, und Großvater bekam im Gegensatz zu den vergangenen Generationen zu spüren, was es heißt, in einem Grenzland zu wohnen. So war er innerhalb der Familie der einzige Vertreter der Generation, die sah, wie nationale Gegensätze und stark hervorbrechende Freiheitsideen an dem Gesamtstaat-Gedanken rüttelten. Er hat als Gesamtstaat-Mann sich im kleinen wohl mehr oder weniger so behauptet, wie Christian VIII. im großen, bis die latenten Gegensätze aufbrachen. Der Typ des Grenzlandbewohners, der das Grenzland als eine Ganzheit betrachtet, als einen Gesamtstaat im kleinen, hat es nicht leicht, da er sich nach seinem ganzen Naturell nicht der einen Seite ganz hingeben und die eigenen Leute nur weiß und die Gegner nur schwarz sehen kann, sondern sich auch mit vielen Banden an die andere Seite gebunden fühlt und wohl auch rein menschlich in dem nationalen Gegner seinen Nächsten sieht. Namentlich die vielen Familienbande, die ihn mit den dänischen und deutschen Zweigen von Geschlechtern verbanden, deren Mitglieder in beiden Lagern standen, sind bestimmend für seine Haltung gewesen.

In der Kroghschen Familie — auch meine Großmutter war eine geborene v. Krogh — waren die nationalen Gefühle etwas geteilt. General v. Krogh stand bei Idstedt auf dänischer Seite, während eine der verblaßten Geschichten aus alten Tagen — die u. a. Wilhelmine v. Krogh und Chr. v. Krogh, Großmutter's Geschwister, uns in unserer Kinderzeit erzählten - von einem Krogh aus Aastruß bei Hadersleben berichtete, welcher, als er sich mit seinem Jagdhund auf einer der Inseln im Kleinen Belt aufhielt, von einem dänischen Krieger als Anhänger des Herzogs von Augustenburg gefangengenommen wurde. Eine Lesart sagt, daß er mit dem Herzog verwechselt worden — *relata refero* — und in Kalundborg in Arrest gekommen sei. Da er dort keinen Diener bei sich hatte, der ihm beim An- und Auskleiden behilflich sein konnte, wurde er, wie er selbst sagte, „meiner Seel, so geschickt wie ein Pudel“. In der Nachbarzelle — so geht die Geschichte weiter — war ein Raubmörder untergebracht, und durch ein kleines Loch oben unter der Decke konnten sie miteinander sprechen. Da durch diese Konversation der Nachbar erfuhr, daß Krogh die Erlaubnis hatte, bei den Mahlzeiten ein Messer zu benutzen, war er so aufgebracht darüber, daß Krogh nicht diese einzigartige Chance benutzte, den Beschließer zu erdolchen und auszukneifen, daß er ausstieß: „Was, Du hast ein Messer und sitzt noch! Dann bist du das dümmste Aas, das ich kenne“, und er verachtete ihn so abgrundtief, daß er danach kein einziges Wort mehr mit ihm sprach. Sehr überzeugend klingt die Geschichte ja nicht, und da es der gleiche Onkel war, der von seiner ersten Fahrt mit der Eisenbahn berichtete, „daß sie so langsam fuhr, daß der Hund, der nebenherlief, nach vorn verschwand“, braucht man wohl nicht alles für bare Münze nehmen,

was er erzählt hat.

*

Ich muß immer an einen zeitigen Frühlingstag denken – einen Sonntag mit einem eigenen kühlen, scheuen und unberührten Charme, wie wenn man an eine geschützte Stelle in einem Frühlingswald kommt, wo die Sonne die ersten zarten Triebe und Blumen hervorgelockt hat.

Diese Vorstellung geht vielleicht in erster Linie zurück auf ein Album aus der Zeit um 1870 mit Fotos von dem Hause und seiner Umgebung, die an einem Sonntag im März oder April aufgenommen worden sind. Da das Haus nach dem Tod meiner Großeltern fast unbewohnt war, bis mein Vater einzog, zeigt das Album, wie es aussah, als meine Großeltern dort wohnten. Es war nur sparsam möbliert – mein Großvater schätzte keine Gardinen, aber es waren Rouleaux mit Landschaften o. ä. vorhanden. Die Farben waren licht, das Holz und die Paneele weiß oder in der Farbe von Stareiern, ganz im Gegensatz zur Wilhelminischen Zeit, die mit gewichtigen Eichen- und Plüschmöbeln, mit schweren Gardinen vor den Fenstern und Teppichen auf den Fußböden folgte, was der schweren Laubfülle des Sommers und der häuslichen Gemütlichkeit des Winters entsprach. Der Baumbewuchs um das Haus herum war weniger üppig, das Haus lag freier, die Buche und die Linde, die jetzt den ganzen Vorgarten überschatten, waren eben erst gepflanzt. Obstspaliere und Geißblatt rankten an der Süd- und Westmauer. Ein Birnbaum, der in meiner Kinderzeit an der Südwestecke des Hauses stand, stammte wohl aus jener Zeit. Im Herbst sammelten meine Geschwister und ich die Birnen auf, kleine, geborstene, fleckige, aber zuckersüße Graubirnen. Auch in architektonischer Hinsicht zeigen beide Zeitalter die gleichen Gegensätze. Der kleine Vordergiebel, den die Fotografie von 1870 noch zeigt, wurde mit schweren Barockvoluten versehen und die Holzveranda in schlichtem Biedermeier, die von eigenartig kargem Charme war, wurde durch eine Veranda in Eisenbeton ersetzt. In diesem Heim, das beiden fremd war und das sie – leicht übertrieben gesagt – als Hotel oder Sommerfrische benutzten, lebten meine Großeltern in den Jahren, wenn sie nicht auf Reisen waren. Sie hatten beide, soweit ich urteilen kann, einen leichten Sinn. Er war umgänglich und freundlich und wohl damit beschäftigt, die Münzen und Antiquitäten zu ordnen, die er auf den Reisen in seiner Jugend gesammelt hatte. Sie mit ihrem hellen, leichten Gemüt und ihrer etwas trägen Anmut interessierte sich am meisten für die Theater- und Liebhabervorstellungen, die auf Schackenburg stattfanden. Familienüberlieferungen, die ja nicht allzu zuverlässig sind, wollen wissen, daß sie in Paris „la belle Danoise“ genannt wurde. Sie war es, die dem Leben auf Schackenburg das Gepräge gab.

Auch darin liegt ein Gegensatz zu meinen Eltern, die von ihrer Hochzeit im Jahre 1880 und bis zum Tode meines Vaters 1905 mit Ausnahme von kurzen Besuchen

bei der Verwandtschaft in Dänemark hier ihren festen Wohnsitz hatten, beide waren von ernster Wesensart, die bei meinem Vater recht ausgeprägt war.

*

Großvater war in nationaler Hinsicht wohl ein unbeschriebenes Blatt. Er war dänischer Lehnsgraf und seine sehr kleine Grafschaft lag in den Enklaven im Kreis Ribe. Zugleich war er als Eigentümer des Seekampschen Fideikommiß ebenso wie mein Vater und ich Mitglied der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft. Wenn man damals auf Seeland schon „national“ empfand und nicht nur loyal, so fand bis zu einem gewissen Grad auf seinen Reisen ein Austausch gegen internationale Ansichten statt. Kein Wunder, daß er, als er später auf Schackenburg ansässig wurde, bald in Berührung mit seinem Verwandten, Amtmann [Landrat] F. C. v. Krogh in Tondern kam und sich Kroghs Einfluß vielleicht noch verstärkte, als er 1842 dessen Tochter Frederikke (Ille) heiratete. Die Sprache auf dem Amtshof war deutsch, und es bestand ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Krogh und dem Herzog von Augustenborg, wohin er mit seiner Familie ein paarmal eingeladen war. In Tondern waren in den Jahren vor 1848 weder in kultureller noch in politischer Hinsicht dänische Sympathien an den Tag gelegt worden. Als König Christian VIII. Tondern 1845 besuchte und dabei mit einer riesigen schleswig-holsteinischen Flagge und von einer mit dreifarbener Kokarde geschmückten Feuerwehr empfangen wurde, während der Gesangverein abends „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ sang, konnte man Krogh vielleicht keinen Vorwurf daraus machen, denn er hätte das wohl nicht verhindern können, auch wenn er es gewollt hätte. Aber wenn die Straßenjungen in Tondern die ganze Nacht in den Bäumen vor dem Fenster des Königs im Amtshof, wo er übernachtete, sitzen und das Schleswig-Holstein-Lied singen konnten, so müssen sie es entweder so leise getan haben, daß man sie nicht hörte, oder Krogh hätte als Amtmann und Gastgeber für die Nachtruhe seines hohen Gastes sorgen müssen. Anderenfalls muß er weniger loyal gewesen sein als sein späteres Auftreten, das zu seinem Abschied führte, vermuten läßt.

Ich nehme an, daß mein Großvater, der auf seinen Reisen wohl freisinnige Ideen in sich aufgenommen hatte, bis zu einem gewissen Grad unter dem Einfluß seines Schwiegervaters stand, und es ist sicher, daß sie die verschiedenen Bewegungen der Zeit miteinander besprochen und sie als das schwache Grollen eines aufziehenden Gewitters empfunden haben, ohne daß sich unter den hinterlassenen Erinnerungen Zeichen dafür finden, daß das politische Unwetter, das sich langsam zusammenbraute, Schatten auf die Idylle hier warf. Dann auf einmal ein Blitz, und das Gewitter steht gerade über den Köpfen.

*

Ein einziger Brief wirft ein blitzartig klares Licht auf die Situation. Es ist in fliegender Hast von meines Vaters späterer Stiefmutter Johanna von Krogh im Amtshof in

Tondern an die Schwester auf Schackenburg geschrieben:

Min kjaere Ille

Fre (gestr.) Løverdag

I Morges har Papa faaet følgende efterretning pr. Staffet fra Stemann (26)

Freitag den 24. März 1848

Heute ist die Revolution in Schleswig ausgebrochen.

Provisorische Regierung P. M. Schmidt in Kiel, Prinz Fritz von Noer, Beseler, Bargum, Reventlow Preetz – das dortige Militair ist infolge einer Proklamation des Prinzen übergegangen mit Ausnahme des Jägerbataillons, welches sich nach Flensburg gezogen hat. Scheel ist davongegangen. Sonstige Unordnungen waren noch nicht vorgefallen. Vorstehende Nachricht brachte soeben (Abends 9 Uhr) Reventlow, Sandberg, Auskultant von Hoepfner, welcher grade von Schleswig kam. Letztere war erst diesen Vormittag von Copenhagen nach Schleswig hindurch gekommen. Das Neue Ministerium kennst Du: W. Moltke, Bardenfleth, Blume, Graf Knuth, (Amtmann in Sorö) Carl Piessen, Hvidt, Monrad, Orla Lehmann.

Franke, Regierungspräsident, sollte heute von Copenhagen abgehen.

Er kommt zu spät.

Vorstehendes habe ich nicht unterlassen wollen, Dir durch Express mitzuteilen. Was jetzt zu tun ist, ist nicht gut zu sagen. Man muß ja jetzt die Ereignisse abwarten. Diesen Vormittag kam der Kontoirchef Lesser als Courier hier durch nach Rendsburg mit einem offenen Schreiben von der hier abgegangenen Deputation, worin diese sich äußert, daß sie nicht alle Hoffnung aufgegeben auf einen guten Erfolg, und daher ruhig zu bleiben, bis sie zurückkehrt. - Dieser Brief muß zu spät gekommen sein, auffallend ist es aber auch, daß man die Deputation nicht abgewartet hat.

Der Express ist da, ich will ihn nicht länger aufhalten.

C. Stemann

Det er erschütternd, du godte Ille! men Papa siger, at han tror, at da begge Partier er stærke, saa maa det komme zu einem Vergleich und ohne Blutvergießen abgehen, wenn sie ihre Forderungen nicht höher stellen, oder den Herzog von Augustenborg zum Regenten proklamieren, aber man kann ja nicht wissen, was schon geschehen ist oder in der nächsten Stunde geschehen wird, Gott führe alles zum Besten.

In diesem Augenblick bekommt Papa mitfolgende Proklamation, die die Herzogtümer überschwemmen. (fehlt)

Todsens ist in Flensburg, heute Nacht kommt dort die Nachricht von dem Ausfall der Deputation nach Copenhagen an, dann setzt er sich gleich auf den Wagen und kommt hier morgen früh.

Willst du hier einen Boten haben, dann will ich Dir schreiben, aber du kommst ja gewiß selbst. M. schickt Dir einen Brief, den sie heute morgen Dir geschrieben. Nebenbei die Frau Dröhse verschwunden – wird wie eine Nadel gesucht.

*In der fürchterlichsten Eile Adieu
Deine Adde.*

Das Gewitter sollte bald näherkommen und der Blitz einschlagen, davon gibt eine gedruckte Proklamation vom 29. April 1848 Kunde, mit der v. Krogh, der am Tage vorher von der provisorischen Regierung abgesetzt worden war, Abschied von der Bevölkerung des Amtes nahm:

Abschied des Amtmanns von den Einwohnern des Amtes Tondern.

Nachdem ich der provisorischen Regierung zu Rendsburg am 25sten d. M. angezeigt hatte, daß und weshalb ich mich nicht im Stande sähe, das mir aufgetragene Geschäft eines Wahldirectors für den gebildeten 2ten Wahldistrict im Herzogthume Schleswig zur Wahl eines Abgeordneten für die nach Frankfurt berufene constituirende Deutsch Nationalversammlung anzunehmen, habe ich heute folgendes Schreiben erhalten:

„Mit Rücksicht auf die in dem Berichte des Amtmanns v. Krogh vom 25sten d. M. ausgesprochene Weigerung, den Verfügungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten, wird der Amtmann Friedrich Christian v. Krogh der von ihm bekleideten Aemter als Amtmann des Amtes Tondern und Oberdeichgraf des ersten Schleswigschen Deichbandes hierdurch entlassen.

Rendsburg, den 28sten April 1848.

*Die provisorische Regierung
Beseler. Reventlou. Olshausen. Lüders.*

F. Chr. v. Krogh wurde nach dem dreijährigen Krieg nicht wieder in sein Amt eingesetzt und er verlebte den Rest seiner Tage auf dem Gut Stift seines Schwiegersohns bei Kiel-Holtenuau, das zum Fideikommiß Seekamp gehörte.

*

Der Umgang meiner Großmutter war rein deutsch, in erster Linie waren es ein Herr und eine Frau v. Kahlden auf Krumcke und später ein Herr v. Winckler in Dresden. Diese Bekanntschaft führte wohl auch dazu, daß die Wahl auf das Vitzthumsche Gymnasium in jener Stadt fiel, als mein Vater 1866 den Privatunterricht zu Hause mit dem Internat vertauschte. Er machte 1871 Abitur, studierte Jura in Kiel und Göttingen, wo er Korpsstudent war, und bestand das Referendarexamen im Jahre

1874. Danach absolvierte er seine Wehrpflicht in Schleswig bei den Husaren und wurde 1876 Reserveoffizier. Im Jahre zuvor nahm er seinen Wohnsitz auf Schackenberg. Er war ganz von dem rein deutschen Milieu geprägt, in welchem er lebte. Er war zu jung gewesen, als daß die Ereignisse von 1864 irgendeinen besonderen Eindruck hätten hinterlassen können; 1870/71 erlebte er in Dresden zusammen mit seinen Schulkameraden, und er hat sich wohl kaum der Stimmung, die damals in ganz Deutschland herrschte, entziehen können. Seine Umgangssprache war selbstverständlich deutsch, ebenso sein Gedankengut; davon geben die Tagebücher und Gedichte, die er aus jener Zeit hinterließ, Zeugnis. Aber als mein Vater nach Schackenberg zog, welches am äußersten Rand eines deutschen Staatsgebietes lag, in dem die dänische Nationalität überwog, und sich 1880 mit seiner Kusine Henny Lerche von Lerchenborg verheiratete, die selbstverständlich rein und ungebrochen reichsdänisch war, und als er dadurch unter den wachsenden Einfluß der Verbindung geriet, die die Familie 200 Jahre hindurch zur dänischen Monarchie gehabt hatte, da wurde er ein Grenzlandsmensch in der schwersten und schwierigsten Bedeutung des Wortes. Der Schulbesuch und die Studienzeit hätten an sich nicht bestimmend für die Einstellung meines Vaters zu sein brauchen, auch die Soldatenzeit nicht – es gibt viele Schleswiger, die ähnliche Verhältnisse über sich haben ergehen lassen, ohne von ihnen sonderlich geprägt zu werden – aber daß mein Vater als Reserveoffizier den Eid auf den König von Preußen abgelegt hatte, bekam eine entscheidende Bedeutung für seine künftige Haltung und wurde sozusagen das tragische Moment in seinem Leben. Er wurde nicht in die nationalen Unruhen hineingezogen und war auch nicht in besonderem Ausmaß der Kritik oder dem Angriff einer der Seiten ausgesetzt, und er hielt sich aus dem Kampf heraus. Aber sein sehr empfindliches Gewissen, sein tiefernstes, religiöses und etwas schwermütiges Naturell, das in einem gewissen Gegensatz zu der grundtvigianischen Heimvolkshochschuleinstellung der Schleswiger stand, machten ihn zu einem einsamen Menschen, wozu noch beitrug, daß er, abgesehen von Familienbesuch, weder mit deutschen Standesgenossen noch mit Kreisen nördlich der Königsau verkehrte. Die zunehmende Kränklichkeit meines Vaters verwies ihm immer mehr auf ein stilles Familienleben auf Schackenberg.

So gab ihm das Leben im Grenzland zwischen zwei Nationalitäten weder den reichen Inhalt, der aus der völligen Hingabe an eine Sache erwächst, noch das Gefühl der Sicherheit, das man bekommt, wenn man einen festen Standpunkt eingenommen hat, der von vielen Gleichgesinnten geteilt wird. Auch die Spannung und Bereicherung, die das Leben dort bietet, wo sich zwei Nationalitäten begegnen und man sich mit Sympathien für beide Seiten um Verständigung, womöglich um eine Annäherung oder doch um Verbindung des Guten bemüht,

das sich in beiden Kulturen findet, ist für meinen Vater nicht verlockend gewesen. Seine Arbeit für das nordschleswigsche Gesangbuch und sein Auftreten in den Provinzialsynoden in Rendsburg war ein Ausfluß seines starken Pflichtgefühls und seiner christlichen Überzeugung und bewies, daß er so weit ging, wie sein Naturell und sein Eid es erlaubten. Das fand Anerkennung auf der dänischen Seite, die auch ihn zu den „Männern der Hoffnung“ zählte. Das zurückgezogene Leben, das er aus Gesundheitsgründen und weil er sich am liebsten mit Ägyptologie beschäftigte, führte, bot glücklicherweise nicht viele Konflikte nationalpolitischer Art, und seine vornehme und gewissenhafte Denkweise gewann ihm die Achtung beider Seiten, und das unter Verhältnissen, die viel schwieriger waren, als es dem erscheinen mochte, der nicht die Forderungen des Grenzlandes kennt, die um so ernster sein können, je weniger sie an die Oberfläche kommen. Er fühlte, daß von beiden Seiten Forderungen an ihn gestellt wurden, und bei seiner Gewissenhaftigkeit wurde sein Leben geprägt von dem Bestreben, jeder Nationalität das zu geben, was sie nach seiner Meinung von ihm verlangen konnte. Wenn man ihn auch nicht wurzellos nennen konnte, so war er doch ein fremder Vogel. Zwar war seine Familie seit mehr als zweihundert Jahren Besitzerin von Schackenburg gewesen, aber als er antrat, war er weder Reichsdäne noch Preuße, noch dänisch gesinnter Schleswiger.

*

Das Leben auf dem einsamen Schackenburg in einem fremden, von Dänemark wenig geschätzten Land war in vieler Weise schwer für meine Mutter, die von Lärchenborg auf Seeland und aus einem Umgangskreis kam, der in jeder Weise einen Gegensatz zu dem Leben auf Schackenburg und seinem Milieu darstellte, aber das Nationale hat ihr keinerlei Schwierigkeiten gemacht. Mit ihr nahm zum ersten Mal, nachdem die nationalen Streitigkeiten begonnen hatten, ein ungemischtes, rein dänisches Element seinen Einzug auf Schackenburg. Sie führte, soweit das ging, die Sitte ihrer Kinderheimat ein und fühlte sich hier am meisten zu Hause, wenn sie Besuch von reichsdänischen Verwandten bekam. Sie blieb weiterhin, bis sie nach dem Tode meines Vaters im Jahre 1905 von hier fortzog, reichsdänisch und ohne tiefere Kenntnis der Eigenart und der Eigenheiten Schleswigs oder gar Deutschlands, wenn sie auch eine Menge deutsche und namentlich österreichische Romane las.

Was sie anging, so zeigte die Kompaßnadel nach Norden, während die Verhältnisse bei meinen Brüdern und mir anders lagen. Sollte der Familienbesitz erhalten werden, so mußten wir deutsche Staatsbürger sein und unsere Wehrpflicht in Deutschland abdiene, und die jüngeren Brüder mußten eine Lebensstellung suchen, wenn der älteste Schackenburg übernahm. Mein ältester Bruder Christian und ich bekamen zu Hause Deutschunterricht, bis wir 1897 konfirmiert wurden und auf das Catharinäum in Lübeck kamen. Die Wahl fiel auf

dieses Gymnasium, weil es einerseits eine gute Schule sein, andererseits diese nicht im Königreich Preußen liegen sollte. Wir sprachen immer, auch in Lübeck, dänisch miteinander, und der Einfluß des Elternhauses war immer noch vorherrschend. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß das Milieu, in welchem wir den größten Teil unserer Schulzeit verbrachten, unsere Denkweise in hohem Maße prägte. Nicht der preußisch- deutsche Militärstaat hatte Anziehungskraft – dem standen wir mehr oder weniger kritisch gegenüber –, sondern die deutsche Kultur, Literatur und Kunst, für die sich die anderen außerhalb der Schulzeit interessierten, weil es Mode war, ich aber aus einem Zwang heraus, und welche das Vakuum ausfüllten, das die Erziehung zu Hause und die Ferienbesuche in Dänemark hinterlassen hatten.

Wenn die geistige Einwirkung während meiner Schuljahre in Lübeck und meines darauffolgenden Aufenthaltes in München, wohin ich ging, um auf Wunsch meines Vaters Jura zu studieren, und wo ich blieb, um zu malen, nicht weniger deutsch geprägt waren als die Einflüsse, denen mein Vater in Dresden, Göttingen usw. begegnete, so hatte ich meinem Vater doch voraus, daß ich in einem dänischen Elternhaus mit dänischen Geschwistern aufwuchs, während mein Vater ein Einzelkind war. Ich erinnere mich, daß ich von meiner ältesten Schwester zurechtgewiesen wurde, als ich einmal als Schuljunge eine Strophe eines deutschen Freiheitsliedes sang, dessen Melodie und Text mir gefallen hatten. Nicht weil München eine Kunststadt war, zog ich da hin, sondern weil die nationalen Gegensätze meiner Heimat dort so fern waren. Die Rechtswissenschaft wurde bald an den Nagel gehängt, und wenn auch meine Gaben und mein Fleiß als Künstler sehr mäßig waren, so übte das Leben dort seine große Anziehungskraft aus. Es wäre unrichtig, mich entweder als dänisch- oder als deutschgesinnt zu bezeichnen, beides war ich nicht, sondern wahrscheinlich in der Gefahr, in dem Milieu aufzugehen, in welchem ich mich länger aufhielt. Auch wenn wir daheim schließlich durch die Lektüre des immer auf Schackenberg gehaltenen „Flensburg Avis“, immer mehr durch das (Nord)-Schleswigsche beeinflusst wurden und in etwa die nationale Einstellung der dänischen Nordschleswiger teilten, ist es nicht ausgeschlossen, daß ich, wenn ich lange in München gelebt und das Gefühl gehabt hätte, daß ich Zukunftsaussichten als Künstler hätte, dort festgewachsen wäre und jedenfalls nicht national, sondern international empfunden hätte. Während ich in München, obwohl ich mehr Englisch als Deutsch las, in erster Linie von deutscher Kultur beeinflusst wurde und auf Schackenberg den Ton der dänischen Saiten vernahm, wurde meine politische Einstellung eher dänisch-nordschleswigsch, d. h. bestimmt durch die Gesinnung und die Wünsche, zu denen die große dänische Mehrheit im nordschleswigschen Grenzland sich ohne Vorbehalt bekannte. Ich fühlte mich nicht unbehaglich bei dieser Mischung.

*

Da mein Vater schon im Januar 1905 im Alter von 53 Jahren starb, war es selbstverständlich, daß ich mich auf Schackenberg niederließ und mich den Geschäften des Gutes widmete, auch wenn dieses nicht groß war, aber schon bald fühlte ich mich dort einsam. Wenn ich mich, obwohl ich keine deutschen Sympathien oder Bande empfand, sehr zögernd in die Reihen der dänischen Nordschleswiger meldete, so liegt das einerseits an meinem Naturell, das keine abrupten Übergänge oder Entscheidungen vertrug, zum anderen daran, daß ich, ehe ich einen Entschluß faßte, natürlich die Bewegung erst besser kennenlernen mußte, als es mir in meinen Schul- und Semesterferien möglich gewesen war. Eine entscheidende Rolle spielte folgende kleine Episode:

Nach Vaters Tod hatte sein guter Freund, Pastor Prahl aus Hadersleben, eine Gedenkschrift für Vater geschrieben, die herzlich gut gemeint war und ihm aus dem Herzen kam, von der man aber sagen konnte, daß sie mehr dem deutschen als dem dänischen Geschmack entsprach. Sie wurde in einem deutschen Blatt veröffentlicht, und „Flensburg Avis“ übersetzte die einzelnen Spalten nach ihrem Erscheinen. Auch wenn sich das Blatt darüber klar wurde, daß es die Artikel nicht aufgenommen hätte, wenn es über ihre Länge und Form Bescheid gewußt hätte, entschloß man sich doch, die ganze Gedenkschrift zu bringen, um danach mit einer abschließenden, vom früheren Lehrer P. Jessen, Daler, inspirierten redaktionellen Bemerkung aufzuwarten, die Vaters Gedächtnis ebenso unfreundlich gegenüberstand, wie die Artikel übertrieben freundlich gewesen waren. Damals hatte man noch einen beinahe unglaublichen Respekt vor allem, was in den Zeitungen – und besonders in „Flensburg Avis“ – stand. So waren Mutter und die Schwestern und besonders auch ich verzweifelt und fanden, daß die Erinnerung an Vater befleckt worden sei. Ich schickte Gutsinspektor H. C. Davidsen nach Flensburg, wo er versuchen sollte, die Zeitung zu einer Wiedergutmachung durch eine neue redaktionelle Bemerkung zu veranlassen, doch das lehnte Redakteur Jens Jessen, der Bruder des oben erwähnten Lehrers P. Jessen, ab, und ich war glücklicherweise nicht kühn genug, mich auf eine Pressepolemik mit der Redaktion dieses Blattes einzulassen. Es paßte, wie gesagt, zu meinem Naturell, den Schritt „zögernd, wie wer im Winter einen Fluß durchschreitet“, zu tun, aber nachdem das Blatt Vater zum Vorwurf gemacht hatte, daß er nicht so dänisch war, wie er hätte sein sollen, erschien es mir doppelt schwierig, eine andere Haltung einzunehmen als die, zu welcher er sich nach gründlicher Selbstprüfung und Überlegung entschieden hatte, ohne ihn zu desavouieren und sozusagen die Rute zu küssen. Unser dänisch-nordschleswigisches Pflichtgefühl war trotzdem so groß, daß wir die Zeitung nicht abbestellten, aber ich hielt mich lange der Redaktion in Flensburg fern und habe

niemals den Redakteur Jessen wiedergetroffen, der anderthalb Jahre nach meinem Vater starb, obwohl es unter anderen Umständen das Selbstverständlichste gewesen wäre, mich bei ihm zum Dienst zu melden oder ihm doch als Auftakt für die Ableistung meiner nationalen Wehrpflicht einen Besuch zu machen.

Nun ging der Weg über Apenrade, und erst, als Aage Friis, Professor an der Universität Kopenhagen, mich in Verbindung mit dem Reichstagsabgeordneten H. P. Hanssen brachte, kam ich richtig in die nationale Arbeit hinein. Wenn es auch sehr langsam ging, so glitt ich doch schließlich sozusagen natürlich in die dänisch-nordschleswigschen Reihen hinein. Die Gutsverwaltung und Landwirtschaft lagen mir nicht. Bücher und Einbände konnten mich auf die Dauer nicht beschäftigen oder befriedigen. Die Schwierigkeiten und Gegensätze, die meinem Vater das Leben im Grenzland schwergemacht hatten, waren mir eine Warnung, und ich spürte, daß ich früher oder später einen Standpunkt beziehen mußte.

Für den Versuch, beide Nationalitäten zu verstehen, die im Widerstreit stehenden Auffassungen zu einer Harmonie – und sei es auch nur in meinem eigenen Herzen – zu vereinen und den Klang der Grenzlandmelodie zu vernehmen, dafür war ich nicht alt genug und nicht stark genug. Auch wenn ich ein solches Ideal hätte erreichen können, war es, so wie die Verhältnisse und Gegensätze lagen, unmöglich, es nach außen hin zu verwirklichen. Die eine Seite im Grenzland war anscheinend zu stark und zu einseitig von der preußischen Machtfülle bestimmt, die andere Seite darauf angewiesen, die dänische Gesinnung als unbedingten Gegensatz dazu zu pflegen, wenn sie Existenzmöglichkeit haben wollte. Es wäre, selbst wenn ich versucht hätte, die Frage auf eine andere Weise zu lösen, darauf hinausgelaufen, daß ich das Schicksal meines Vaters geteilt hätte. Doch diese Überlegungen konnten für einen so jungen Menschen, wie ich es damals war, nicht entscheidend sein.

NEUE SCHLESWIGISCHE LITERATURBRIEFE

4 / 1972

Vom 4. bis 6. Oktober hatte der Grenzfriedensbund deutsche und dänische Bibliothekare zu einer Fachtagung in die Grenzakademie Sankelmark eingeladen. Bei der zentralen Stellung, die die Büchereien und der Berufsstand der Bibliothekare bei der „Sozialisierung des Geistes“ (so ein Buchtitel aus den zwanziger Jahren) einnehmen, führten die Vorträge und Debatten dieser Tagung sehr schnell über das Fachspezifische — wenn auch oftmals verklausuliert und verdeckt durchs Fachvokabular — zu den allgemeinen Problemen der Kulturvermittlung durch das Buch in einer demokratischen Gesellschaft und damit weit über das rein Fachliche hinaus. Die Frage nach der zeitgemäßen Aufgabe und Gestalt des Büchereiwesens in einer modernen Gesellschaft im Spiegel zweier so verschieden strukturierter Büchereisysteme wie in Deutschland und Dänemark wurde auch für den Nichtfachmann zum bestimmenden und erregenden Mittelpunkt der Tagung. — Wir bringen nachstehend eine deutsche und eine dänische Stimme zum Verlauf derselben.

(Die Red.)

Büchereien und Bibliotheken in Deutschland und in Dänemark

Impressionen von einer bibliothekarischen Begegnung über die deutsch-dänische Grenze hinweg

KARLHEINZ WALLRAF

Eine deutsche Stimme

Es war ein Zufall. Aber der Zufall hatte seine Pointe. Zwei Tage vor dieser Begegnung hatte das dänische Volk über seinen Beitritt zur EWG abgestimmt. Gewiß kein Anlaß, um große Worte über die Symbolträchtigkeit des Zusammentreffens zu machen, aber eine gute Gelegenheit für uns Deutsche, das Für und Wider der Dänen zu dieser historischen Entscheidung im Gespräch kennenzulernen.

*

Damit wären wir schon beim Wesentlichsten, was Aufgabe und Ergebnis dieser Tagung anbelangt - und nicht nur dieser Tagung, die so etwas wie ein Startsignal bedeuten könnte, im enger sich verbindenden Europa auch unter Bibliothekaren in zwei- oder mehrseitigen Begegnungen engere Kontakte und intensivere Bekanntschaft mit den beruflichen Entwicklungen und Problemen der anderen zu ermöglichen. Der Intensität gezielter zweiseitiger Begegnungen stellen sich jedoch zwei Hemmnisse entgegen:

1. Wer soll das bezahlen? Die platte Frage fand in diesem Falle ihre reale Antwort durch den „Grenzfriedensbund“, der in die gastliche Atmosphäre der Grenzakademie Sankelmark eingeladen hatte – ganz im Sinne seiner selbstgestellten Aufgabe, über die historisch so belastete Grenze zwischen Deutschland und Dänemark hinüber versöhnend zu wirken.
2. Es sind sprachliche Schwierigkeiten, die auf dem Weg über Dolmetscher im Blick auf die Fachsprache nur unzulänglich und umständlich zu überwinden sind. Auch hier war die Begegnung in Sankelmark ein Glücksfall. Die deutschen Teilnehmer profitierten von den durchweg guten Deutschkenntnissen der dänischen Kollegen. Trotzdem wurde, nicht zuletzt durch die Vermittlung des Diskussionsleiters Dr. Johannsen, Flensburg, die Zweisprachigkeit und damit die Atmosphäre einer internationalen Begegnung gewahrt. Das brachte sehr bald eine gewisse Lockerheit vor allem in die Diskussionen, da niemand sich gezwungen sah, schwierige oder diffizile Zusammenhänge im nicht völlig beherrschten Idiom zu entwickeln. Offenheit und unkonventionelle Lockerheit ließen denn auch den Gedanken an eine international nicht ganz unübliche repräsentative Schaustellung gar nicht erst aufkommen. Offenheit und Lockerheit waren die erfreulichen Charakteristika dieser Begegnung.

*

Offen bot der Vorsitzende des Deutschen Büchereiverbandes, Dr. Süberkrüb, im raffenden Überblick die Fakten zur Entwicklung des deutschen öffentlichen Bibliothekswesens ein Bild immer noch reichlich grau in grau gegenüber dänischen Verhältnissen. Aber auch Ole Koch, stellvertretender Direktor in „Bibliotekstilsynet“ Kopenhagen, machte aus den Sorgen der dänischen Kollegen angesichts der Novellierung des Bibliotheksgesetzes kein Geheimnis. Er zeigte in knapper Übersicht die Entwicklung des dänischen öffentlichen Bibliothekswesens seit 1920, dem Jahr der ersten gesetzlichen Regelung, bis zum entscheidenden Durchbruch von 1964.

Die an die gegenwärtige Gemeindereform anschließende Reform des Bibliotheksgesetzes wird jedoch den Kommunen ab 1974 erstmals staatliche Blockzuschüsse zur freien Verfügung überlassen. Sorgenvolle Frage der

betroffenen Bibliothekare: Welche Prioritäten werden die Verantwortlichen - etwa zwischen Schwimmbad oder Bücherei - setzen?

*

In der ausgezeichnet aufeinander abgestimmten Vortragsfolge ergänzten sich wiederum aus deutscher und dänischer Sicht die Referate von Dr. Weimar, Leiter der Büchereizentrale Flensburg und der Landesbüchereistelle Schleswig-Holstein, und von Ib Mortensen, Leiter der zentralen Einkaufsstelle der dänischen Bibliotheken. Ihr Thema:

Der Buchmarkt und die Bibliotheken.

Grundlagen und Grundfragen der Sichtung des Buchangebots.

Interessante Aspekte ergaben sich im Vergleich beider Referate aus den sehr unterschiedlichen Grundvoraussetzungen im Anfall der jährlichen Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt. Weimars Fazit: Aus der BRD-Produktion sind im ganzen ca. 14 000 Titel Sachliteratur, ca. 1 000 Titel Schöne Literatur und ca. 800 Titel Jugendliteratur zur Prüfung auf Bibliothekseignung interessant; Mortensen schätzte aus der gegenwärtigen dänischen Jahresproduktion von ca. 7 000 Titeln ca. 5 000 als bibliotheksgesegnet. Beide Referenten sahen bei allen Unterschieden in den Details in einem Zentralkollegat auf Landesebene das wesentlichste Instrument zur inhaltlichen Bewältigung der Buchproduktion und beschäftigten sich eingehend mit den schon vorhandenen einschlägigen Diensten. In einem kleinen Land mit relativ kleiner Buchproduktion und fremdsprachlich sehr viel stärker orientierter Bevölkerung ist daneben eine zentrale Einrichtung besonders nützlich, die Auslandstitel in Englisch, Französisch und Deutsch mit kurzen Beurteilungen anbietet.

*

Wenn Weimar und Mortensen die Möglichkeiten zur Sichtung des Buchmarkts vom überörtlichen Standort aus untersuchten, so hatten die beiden folgenden Vorträge die „Probleme der Buchauswahl für die einzelne Bibliothek“, also im lokalen Bereich aus dem Blickwinkel der Alltagspraxis zu betrachten. Dabei ergab sich ein interessanter Unterschied zwischen dem deutschen Referenten, Dr. Dankert von der Stadtbücherei Flensburg, und der dänischen Kollegin Jytte Laidar, stellvertretende Leiterin der Stadtbücherei Aarhus. Dankert ging sehr viel mehr ins Grundsätzliche und in die Historie der bibliothekarischen Maßstäbe zur Literaturbeurteilung, von der volkserzieherischen Tendenz der 20er und 30er Jahre über die Nachkriegsphase immer stärkerer Liberalisierung bis zur „Rat- und Standpunktlosigkeit“ des totalen Laissez faire von heute. Er wollte gewiß nicht als Vertreter einer pruden Enge verstanden werden, aber er forderte doch eine „Gegensteuerung gegen modischen Trend“ angesichts einer Literatur, die in weiten Bereichen mittels allumfassender Werbung durchgesetzt wird. Dankerts

Schlußforderung nach schärferen Maßstäben bei der Buchauswahl verstand sich als logische Konsequenz seiner Vorstellungen quasi von selbst.

Demgegenüber sprach Jytte Laider unmittelbar aus der Praxis für die Praxis, ausgehend von dem Auswahlverfahren an der eigenen Bibliothek, das sich auf einen vom Leiter autorisierten, wöchentlich tagenden Auswahlausschuß stützt. Die Auswahlpolitik ist fundiert in der vom Gesetz geforderten „Allseitigkeit“ der Bibliothek, die die meisten dänischen Bibliothekare auf einem Mittelweg zwischen den beiden Extremen anstreben: einerseits wertbeständige Literatur aller Sachgebiete, andererseits Unterhaltungsliteratur bis hin zur Trivilliteratur, soweit sie spannend und gut geschrieben ist. Sensationsgeprägte Unterhaltung bleibt ausgeschlossen. Besonders akzentuierte Frau Laider die Forderung nach Aktualität der Titelauswahl. Drei Komplexe des Referats waren für den deutschen Bibliothekar besonders aufschlußreich:

1. die unvoreingenommene, fast selbstverständliche Integration der Trivilliteratur (in einem Land ohne vom „Richtungsstreit“ belastete Vergangenheit),
2. der Anspruch auf Einbeziehung einer „Untergrundliteratur“, die oft im Raubdruckverfahren publiziert wird,
3. die Forderung nach systematischem Bestandsabbau in öffentlichen Bibliotheken, um eine Überalterung der Bestände zu vermeiden - ein offenbar internationales Übel, dem man bisher kaum beikommen konnte. Auch bei Dankert klang diese Forderung an.

*

Der Tagung hätte quasi der Schlußpunkt gefehlt, wenn nicht, wiederum in zwei Referaten, die Frage des Büchereiwesens im schleswigschen Grenzland hüben und drüben erörtert worden wäre. Hans-Walter Petersen, der noch junge leitende Bibliothekar der deutschen Volksgruppe, machte deutlich, wie weit die Zeiten des Volkstumkampfes zurückliegen, wenn er die deutschen Büchereien drüben als „Schaufenster“ deutscher Kultur und deutscher Gegenwart charakterisierte, das sich Deutschen und Dänen unterschiedslos darbietet – gewiß erst noch Zielvorstellung für eine Zeit endgültiger Überwindung überkommener, aus der jüngsten Vergangenheit allzu verständlicher Distanzen. Man hatte als Außenstehender den Eindruck, daß auch die anschließende Aussprache ein kleiner Schritt auf dem Wege zueinander war.

Nicht weniger deutlich wurde das in der abschließenden Darstellung des dänischen Büchereiwesens in Schleswig, das in der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensburg, seinen Schwerpunkt hat. Ihr Direktor Jørgen Hamre war der sachkundige Interpret. Von der Centralbibliothek aus werden die dänischen Büchereien im Lande Schleswig betreut, ähnlich wie die deutschen Büchereien jenseits der Grenze von der Zentralbücherei in Apenrade. Auch Hamre betonte

nachdrücklich die Schaufensterfunktion der Büchereien im anderen Land, Schaufenster jedoch nicht im Sinne aufwendiger, marktschreierischer Propaganda, sondern im Sinne „bescheidener“, solider Präsentation des Eigenen für den anderen, der besser informiert und damit zum besseren Verständnis gebracht werden soll. Auch für den Gast aus dem Binnenland eine eindrucksvolle Übereinstimmung mit Petersens Vorstellungen.

*

Vertrag ein derart gefülltes Tagesprogramm noch abendliche Zusätze? Anfängliche Bedenken wichen gespannter Neugier, als Werner Klose die These von einem neuen Literaturunterricht zur Diskussion stellte und dabei die möglichen Folgen für Literaturkonsum und Bibliotheksangebot mitbedachte. Der Lehrer und Autor sprach aus Erfahrung von den Barrieren des bisherigen Literaturunterrichts vor Schülern, die nicht der Ober- und Mittelschicht als traditionellem Rekrutierungsfonds der Gymnasien entstammten. Kloses Literaturbegriff orientiert sich an kommunikationswissenschaftlichen Kriterien. Ihm sind in einem neuen Zeitalter, das viele Medien neben dem Buch kennt, Fernsehen, Funk, Sprechplatte, Tonband und Kassette ebenso dienlich wie Jugend- oder Bilderbuch neben den traditionell vermittelten Werken hoher Literatur, um die Jugend *aller* Schichten auf die „Teilhabe an der literarischen Kultur“ ohne Diffamierung vorzubereiten. Den neuen Möglichkeiten müssen sich als prädestinierte Mittler auch die Bibliotheken öffnen: „die Bibliothek wird Mediothek“. In einer Zeit, in der eine neue Bibliothekswissenschaft ihren Standort im Rahmen der Kommunikationswissenschaft zu begründen sucht, sind diese Thesen eines Schul- und Medienexperten von hoher Aktualität.

*

Der folgende Abend gehörte einem „Literarischen Abendgespräch“ über Fragen der Poesie in unserer Zeit. Den Dialog führten Dr. Marcel Reich-Ranicki und Per Øhrgaard, Dozent für Germanistik in Kopenhagen. Waren sie eher Partner als Kontrahenten in ihrem Bemühen um abwägendes, vom modischen Trend freies Urteil, so war es für den Zuhörer ein Genuß, den nuancenreich, in Kennerschaft fundierten und brillant vorgetragenen Gedanken zu folgen. Staunenswert geradezu der junge dänische Wissenschaftler mit seiner sublimen Kenntnis der deutschen Sprache und Literatur.

An diesem Abend waren der dänische Generalkonsul Prof. Troels Fink und der Oberbürgermeister von Flensburg, Heinz Adler, anwesend – offizielle Gäste, die die Bedeutsamkeit der deutsch-dänischen Begegnung unterstrichen. Derart öffentliche Würdigung bibliothekarischer Veranstaltungen registriert der darin nicht verwöhnte Teilnehmer an so mancherlei bibliothekarischen Unternehmungen gern.

*

Alles in allem war diese Tagung eine runde Sache. Die Frage bleibt: „Was folgt?“ – Die dänische Antwort aus dem Munde des Kollegen Auring, Leiter der Stadtbibliothek Apenrade: Wir laden ein zu neuerlicher Aussprache über die Grenze in etwa zwei Jahren bei der Eröffnung der neuen Hauptbibliothek in meiner Stadt. Und wir? – Was antworten wir Deutsche?

*

Diese Begegnung hatte einen Initiator, der zugleich Bibliothekar und Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, der gastgebenden außerbibliothekarischen Institution, ist: den Kollegen Dr. Johannsen. Das Echo auf seinen Ruf war jenseits Schleswig-Holsteins äußerst schwach. Man hatte, allerdings im tagungsreichen Monat Oktober, bis weit in den nordwestdeutschen Raum eingeladen – wie gesagt, fast ohne Echo. Trotzdem erwies sich die Gästeliste mit ca. 65 Teilnehmern als stattlich. Aber derartige Begegnungen sollten nicht auf etwaige unmittelbar Betroffene beschränkt bleiben. Auch die nun schon traditionsreiche Anglo-Scandinavian Conference ist kein „Familientreffen“. Wer sollte mehr Recht und mehr Verpflichtung zur internationalen Begegnung haben als ein Vermittlerberuf in der „Welt der Bücher“? Es gibt eine „Bibliothekarische Auslandsstelle“. Ist der Gedanke (finanzieller) Aberwitz, sie zur Schaltstelle nicht nur für einzelne, sondern auch für Begegnungen vieler von diesseits und jenseits aller Grenzen zu machen im Sinne des Treffens von Sankelmark? Für diesen „Aberwitz“ (Steuer-)Geld und Geist aufzuwenden, hätte auf jeden Fall den einen großen Vorteil, daß Menschen sich besser kennen- und ihren Urteilen und Vorurteilen verstehen lernen, die vielen anderen Menschen fremden Geist in seinen literarischen Zeugnissen zugänglich machen sollen. — Ressentiments haben die Völker oft genug teurer bezahlt als Begegnungen über die Grenzen.

GUSTAV AURING

Eine dänische Stimme

Der „Grenzfriedensbund“ hatte vom 4. bis 6. Oktober d. J. 66 Bibliothekare; 31 dänische und 35 deutsche, zu einer Tagung in die Grenzakademie Sankelmark eingeladen. Die äußeren Umstände: die Gemütlichkeit des herbstlichen Sankelmark und die gute Verpflegung sowohl als auch der wohlwogene Inhalt. Etwa zwanzig der dänischen Teilnehmer kamen aus nordschleswigschen Büchereien, etwa zehn aus den sogenannten „zentralen Institutionen“ in Kopenhagen (Bindezentrale, Besprechungsdienst, Bibliothekarschule, Staatliche Büchereiaufsicht, Fernleihe-Vermittlungsdienst, Bücherei-Zeitschrift). Die Mehrzahl der deutschen Teilnehmer kam aus dem Landesteil Schleswig und dem

nördlichen Holstein. Lübeck und Hamburg waren nicht vertreten, dagegen Bremen.

*

Ein heikler Punkt: die Tagungssprache. Es läßt sich nicht ändern, daß sie deutsch sein muß. Schon aus dem Grunde, daß eben nur ganz vereinzelte Deutsche genügend Dänisch können, um an einer dänischen Diskussion teilzunehmen. Keiner von uns Dänen spricht jeden Tag deutsch, wir verstehen es aber und können uns einigermaßen auf deutsch verständlich machen. Die deutsche sprachliche Vorherrschaft erfordert jedoch Rücksichtnahme seitens der deutschen Referenten und Diskussionsredner: langsam und deutlich sprechen, kurze Sätze, ein vereinfachtes Deutsch, bedenken, welche fachlichen Kürzel der Nachbar wahrscheinlich nicht kennt und dergleichen.

Hier war Dr. Johannsen ganz besonders am Platze, weil er ja als gebürtiger Nordschleswiger auch die feinen Fäden des Dänischen kennt und ein gepflegtes und nuancenreiches Deutsch spricht. Als Diskussionsdolmetscher kennt man seinesgleichen nicht.

*

Das Programm der Tagung war sinnvoll zusammengestellt, aber für Kinderbibliothekare und audiovisuelle Bibliothekare bot es fast nichts. Vielleicht hängt das mit den Unterschieden in der dänischen und der deutschen Volksbüchereisituation zusammen. Die Schulbüchereien, die Kinderbetreuung, besonders auch die Streifen-Hefte, die Schallplatten, die Kunstaussstellungen und anderen „kulturellen Veranstaltungen“ sind bei uns normalerweise fast zu sehr ins Zentrum des Interesses gerückt – auch in den Kleinstadtbüchereien.

*

Die Programmpunkte traten meist paarweise auf: jeweils aus deutscher und aus dänischer Sicht. Direktor Dr. Hansjürg Süderkrüb, Bielefeld, sprach über „Die Situation des deutschen Bibliothekwesens“ und die Entwicklung der regionalen Ausbaupläne. Dieses Referat war an sich sehr interessant, aber hätte mehr auf die dänischen Zuhörer und ihre Kenntnisse des deutschen Büchereiwesens und seiner Fachorgane abgestimmt sein müssen.

Der zweite Mann der dänischen Staatlichen Büchereiaufsicht, Bibliotheksinspektor Ole Koch, sprach auf deutsch über „die Situation des dänischen Bibliothekswesens“. Ein leitender Gedanke von Ole Koch war: Die Entwicklung in den etwa fünfzig Jahren, wo wir ein Bibliotheksgesetz haben, hat gezeigt, daß von den Kommunen *die* Arbeitsaufgaben in den Büchereien bevorzugt wurden, für die Staatszuschüsse gewährt wurden. Wie aber wird es gehen, wenn besondere Staatszuschüsse für Büchereien fortfallen? Vom Haushaltsjahr 1974/75 an gibt es vermutlich einen „Ausgleichszuschuß nach objektiven Kriterien“, der von den Kommunalvertretern der etwa 275 Kommunen nach eigenem Ermessen verteilt

wird. Es wird nicht leicht sein, an der Forderung der obligatorischen Volksbücherei mit Kinderabteilung in jeder Kommune festzuhalten. — Für die romantischen deutschen Bibliothekarseelen, die glauben, daß in Dänemark in den Büchereien alles paradiesisch aussieht: „Ihr habt ja ein Büchereigesetz!“, sind das neue und realistische Töne.

*

Abends hielt Studienrat Werner Klose aus St. Peter/Ording einen Vortrag über den neuen Literaturunterricht in den Oberschulen. Etwas von denselben Gedanken finden sich auch unter den dänischen Studienassessoren und werden ohne Zweifel auf unsere Einkaufspolitik Einfluß gewinnen. Kurz gesagt gilt es, die Stellung der Klassiker im Muttersprachunterricht in ihrer Bedingtheit zur damaligen Klassengesellschaft zu erkennen und daraus die Schlüsse zu ziehen. Heute kommen z. B. immer mehr Kinder aus dem Milieu der ungelerten Arbeiter — mit ganz anderen sprachlichen Voraussetzungen — in die höheren Schulen. Dem müssen wir in dem Kulturbetrieb der öffentlichen Hand Rechnung tragen. Der Vortrag von Dr. Klose war kein Posaunenstoß für irgendeine moderne Richtung und die Diskussion gerade in ihrer Nuanciertheit besonders wertvoll.

*

Am folgenden Vormittag standen die Voraussetzungen für die Buchauswahl in den Büchereien zur Diskussion. Deutscherseits hat man das Problem der sehr großen und steigenden Zahl der jährlichen Buchproduktion und dem gegenüber die stagnierenden Etats für den Bucheinkauf der Büchereien. (Daß die Etats so niedrig sind, ist von nördlich der Grenze, wo die finanzielle Gesamtlage doch viel schwieriger ist, schwer zu verstehen.) Dr. Weimar aus der Büchereizentrale Flensburg führte in seinem Referat aus, daß eine Zusammenarbeit im deutschen bibliothekarischen Besprechungsdienst nötig sei, um zu große *Buchauswahlkosten* an den einzelnen Büchereien zu vermeiden. Der Umfang des Besprechungsdienstes aber muß an die Zahl der Titel angepaßt werden, die von den fünfzig größten Büchereien gekauft werden können, das sind etwa 8000 Titel, die der Informationsdienst der „Einkaufszentrale für öffentliche Büchereien“ schon bringt.

Dieses eine sehr verkürzte Wiedergabe eines sehr gedankenreichen, trotzdem erdnahen Referats. (So sieht ein sehr feines dänisches Kompliment aus!)

Das entsprechende dänische Referat hielt Ib Mortensen, der organisatorische Leiter der dänischen Bindezentrale in Ballerup bei Kopenhagen. Wiederum in deutscher Sprache. Es erscheinen in Dänemark jährlich 7000 Titel, von welchen 5000 zentral katalogisiert und signiert werden. 2500 Titel werden von etwa 110 verschiedenen Lektoren besprochen (fast alle Volksbibliothekare). Bücher für Kinder- und Schulbüchereien werden jeweils von einer Kinderbibliothekarin und einem Lehrer/Schulbibliothekar besprochen. Besonders für die guten

Kinderbuchverlage wirkt der Absatz durch die Bindezentrale an Kinder- und Schulbüchereien ganz entscheidend bei der Wirtschaftlichkeit der Herausgabe der betreffenden Bücher mit. Deshalb ist es sehr wichtig, an wen die Kinderbücher zur Besprechung vergeben werden. Der Leiter des Besprechungsdienstes war zugegen und bestätigte, daß damit ein bedeutendes Mittel der Einflußnahme auf den Buchkauf in seinen Händen liegt.

*

Der Nachmittag brachte dieselbe Problemstellung unter einem nur wenig geänderten Aspekt noch einmal. Die Referate hielten dänischerseits Vice-Stadtbüchereileiterin Jytte Laidner (teilweise auf Deutsch, mit Erfahrungen aus Esbjerg) und deutscherseits Dr. Harald Dankert, (mit Erfahrungen aus der Stadtbücherei Flensburg). Die dänischen Büchereien in größeren Städten, wie z. B. Esbjerg, verfügen über so große Buchetats, daß sie fast alles kaufen können, was für Volksbüchereien geeignet ist, auch Trivialliteratur – nicht nur für Altersheime und Krankenhäuser –, Schallplatten zum Verleih, Subkulturbücher aus Vervielfältigungsverlagen und Fachbücher, weil die Universitätsbibliotheken dem Ansturm der vielen Studenten nicht gewachsen sind.

Die Stadtbücherei Flensburg dagegen muß auf Trivialliteratur und auf die wenig gefragten literarischen Experimente verzichten zugunsten der „guten Mittelqualität“ (Formulierung des Chronisten). Aber wenn das Geld zu knapp ist, kann man sicherlich keinen anderen Kurs steuern. Keiner vertrat die Meinung, daß man eine Buchauswahl ohne Qualitätsmaßstäbe durchführen soll oder gar kann. Man war sich aber dessen bewußt, daß sich bei der Buchauswahl „Vorurteile und ungerechte Bevorzugungen und Ablehnungen einschleichen können“. Hängt die reife Erkenntnis damit zusammen, daß das Durchschnittsalter der Teilnehmer, besonders an dieser Diskussion, ziemlich hoch war? Würden etwa jüngere Bibliothekare die Allseitigkeit abgelehnt haben, die uns ein wenig ergrauten Dänen allezeit, bedingt von der Forderung unseres Gesetzes, als Wimpel und Ballast in unserer Büchereiarbeit und unserem Spenden von öffentlichen Geldern zur Buchanschaffung vor Augen gestanden hat? Oder darf man hoffen, daß der Wille zur Allseitigkeit aus freien Stücken fortleben wird?

*

Sie saßen an einem Tisch und wechselten sich ab. Sehr amüsant anzuhören, denn neben den vielen zugespitzten und witzigen Formulierungen besonders des weltliteraturerfahrenen Dr. Reich-Ranicki gab es gute Bissen von ehrlichem und wohlbedachtem Allgemeinwissen, dem Volksbibliothekar zum beschaulichen Nachdenken. Es muß hinzugefügt werden, daß der junge Per Øhrgaard sich in der allerjüngsten deutschen Gegenwartsliteratur ebensogut auskannte wie der alte Fuchs und dazu noch in einem bewundernswerten, melodiosen Deutsch sprach. Auf den ersten Reihen saßen eine ganze Reihe prominenter Leute aus Flensburg

und Umgebung, unter anderen Generalkonsul Prof. Troels Fink und Konsul Johann Risted mit Gattinnen, Oberbürgermeister Adler und Redakteur Jakob Kronika.

*

Schon früh am Sonnabendmorgen fing die letzte Runde an: „Das Minderheiten-Büchereiwesen nördlich und südlich der Grenze“. Büchereileiter Hans-Walter Petersen aus der Deutschen Bücherei in Apenrade schilderte seine Probleme: Gebürtige deutschgesonnene Nordschleswiger (wahrscheinlich aus der älteren Generation) möchten, daß alles beim Alten bleibt, denn so sei es gut. Sie wünschen, daß der althergebrachte nationale Kulturkampf weitergehe. In Wirklichkeit lehnen sie die neue pluralistische und sozialkritische deutsche Literatur ab. (Es gibt sicher auch entsprechende Dänen). Gerade in Nordschleswig ist die nationale Tradition in der Büchereiarbeit sehr alt, besonders dänischerseits. In den Jahren 1926 bis 1929 erfolgt der Aufbau des deutschen Büchereiwesens in Nordschleswig, der auch im ganzen Deutschen Reich beispielhaft dastand.

Nach dem Rückschlag durch den verlorenen Krieg geht der Aufbau wieder gut voran. 1963 wird die erste Fahrbücherei eingesetzt, die den verstreut wohnenden Deutschen die Bücher vors Haus bringt. (Eine dänische Fahrbücherei gibt es in Nordschleswig auch 1972 noch nicht!) 1967 erfolgt ein stattlicher Neubau für die Hauptbücherei in Apenrade, und 1972 wird die zweite Fahrbücherei eingesetzt. Über die Fahrbüchereien erfolgt die Hälfte der Ausleihen.

Bei dem nie ausreichenden Buchetat und der stark ansteigenden Zahl der in Frage kommenden Neuerscheinungen wird ein alle Gebiete umfassender Buchbestand für das deutsche Büchereiwesen in Nordschleswig in wirtschaftlicher Weise nicht mehr zu erreichen sein. Man sollte zu einer Auswahlpolitik „Schaufenster Deutschlands im Ausland“ übergehen. Durch den ausgezeichneten Leihverkehr mit den Büchereizentrale Flensburg könne man das etwas seltener Gefragte schnell beschaffen. Petersen bedauerte, daß die dänische Bücherei in Apenrade Bestellungen deutscher Literatur direkt nach Aarhus schicke. Nicht mal, wenn Aarhus abschlägig antwortete, kam man auf den Gedanken, daß das fehlende Buch vom deutschen Kollegen in derselben Stadt bereitgestellt werden könne. Petersen bedauerte auch, daß die deutsche Minderheitenbücherei nur einen sehr geringen Staatszuschuß bekommt (seit 1967 jährlich 30 000 Kr., dazu seit 1971 45 000 Kr. vom Kreis Nordschleswig). Petersen gab zu, daß die Fahrbüchereiarbeit zu den Streudeutschen einerseits Bücherei-, andererseits aber auch nationale Volkstumsarbeit ist (und dafür kann man wohl nicht gut einen dänischen Staatszuschuß fordern, meint der Däne).

Jörgen Hamre, Dansk Centralbibliotek Flensborg, hielt, teilweise deutsch, das entsprechende Referat seitens der dänischen Büchereiarbeit in Südschleswig. Er ging nicht so sehr auf das Prinzipielle ein wie Petersen, sondern gab

Benutzungszahlen aus den Flensburger Gesamtausleihezahlen (deutsche und dänische Büchereien) durch die letzten 10 Jahre, teilweise auf statistische Arbeiten der Stadtbüchereien gestützt. Überraschend für viele war es wahrscheinlich, das die Ausleihe der Dansk Centralbibliotek 1962/63 23,4 % der Gesamtausleihe gewesen ist, 1966/67 nur 17,1 % betrug, aber 1971/72 auf ganze 26 % wieder gestiegen ist. Jedoch ist in diesem Jahrzehnt das Hauptgewicht auf die Kinderausleihe verlagert worden. Angesichts der steigenden Kinderzahl in den dänischen Schulen ist das ja sehr verständlich.

*

Oberbibliothekar Gustav Auring aus Aabenraa sprach die Hoffnung aus, daß es von dänischer Seite gelingen werde, eine ähnliche Tagung in Nordschleswig innerhalb von zwei Jahren durchzuführen. Er unterstrich, daß wir Dänen nicht ständig nur entgegennehmen könnten, was deutscherseits an Gastlichkeit geboten werde. Wir müßten auch selbst etwas veranstalten. Jetzt liegen viele Jahre der grauen, stetigen Arbeit hinter uns, wo nichts zu zeigen war, was die Deutschen nicht schön hätten. Aber in diesem Jahr stehen nicht weniger als drei größere Neubauten da: Sønderborg, Aabenraa und Nordborg, und ein größerer Umbau: Haderslev, die unsere deutschen Gäste interessieren werden.

Die Rapstedter Dänisch-Deutsche Kulturwoche

„Am 1. April 1970 trat die dänische Kommunalreform in Kraft. War die Entwicklung in den meisten kleinen Gemeinden vorher stehengeblieben, so fühlen sie sich heute nach dem Zusammenschluß zu Großgemeinden und dem Gesetz über „Stadt- und Landzonen“ in ihrer Existenz bedroht. Die „Hauptdörfer“ der kleinen Gemeinden verloren ihre Gemeindekontore, viele ihre Post- und Telefonzentrale, das Bauen in der sogenannten „Landzone“ wird fast unmöglich gemacht, und vielen kommunalen siebenklassigen Schulen droht die Schließung. Die Probleme, die dadurch entstehen, können nur gelöst werden, wenn die alte Dorfgemeinschaft wieder lebendig und aktiv wird. Ihr wird nichts geschenkt. Die Initiative muß von innen kommen.“

Dies ist der Hauptgedankengang eines Vorspanns zu einem Artikel des dänischen Schulleiters S. N. Christensen, Rapstedt, in „Vestkysten“. Wohl auf diesem etwas düsteren Hintergrund machte mir Herr Christensen Anfang September d. J. den Vorschlag, vom 16. bis 20. Oktober 72 eine Deutsch-Dänische „Kulturwoche“ in Rapstedt durchzuführen. Vorher waren – auch durch die Initiative von Herrn Christensen – alle Einwohner der alten Rapstedter Gemeinde (1200 Menschen) aktiv geworden, um ein Freizeitzentrum mit Schwimmbecken, Eis- und Rodelbahn und einem modernen Kinderspielplatz zu schaffen. Ich stimmte den Vorschlägen unter der Bedingung zu, daß *beide* Teile (Deutsche und Dänen) gleichberechtigt seien. Nachdem nun die Deutsch-Dänischen Tage hinter uns liegen, kann ich nur bestätigen, daß diese Forderung voll und ganz erfüllt worden ist und daß wir als ehrliche Partner loyal zusammengearbeitet haben. Hier sei nur erwähnt, daß der deutsche Schulleiter zum Vorsitzenden des Einsammlungsausschusses gewählt wurde und immerhin 118 340,- dkr (ca. 400 Hausstände!) für das Freizeitzentrum zusammengebracht wurden!

Die Deutsch-Dänische Kulturwoche wollte u. a. die Entwicklung der alten Rapstedter Gemeinde im Laufe der Jahrhunderte durch Ausstellungen und Vorträge veranschaulichen. Eingeleitet wurde sie durch ein deutsch-dänisches Kirchenkonzert in der Rapstedter Kirche. Die Flensburger Bläservereinigung (verstärkt durch vier Mitglieder des Flensburger Symphonieorchesters) spielte u. a. Werke von Pezelius, Bach, Gabrieli, Schweitzen und Haydn. Eingeleitet und abgeschlossen wurde das Konzert durch Gemeindegeseang, dessen Melodien gleich waren, während die Texte gleichzeitig aus dem deutschen Gesangbuch und dem dänischen „Salmebog“ gesungen wurden. Eine Zäsur bildeten die

Vorlesungen des gleichen Bibeltexes durch den deutschen Freigemeindepastor, P. Kühl, Bülderup, und den dänischen Ortsgeistlichen, P. Kjølrbæk.

Die erste gemeinsame Abendveranstaltung fand dann am Dienstag, den 17. Oktober 1972 im „Forsamlingsgården“ statt. Herr Gregersen, Møgeltondern, zeigte Motive aus diesem idyllischen westschleswigschen Dorf, und der dänische Schulleiter kommentierte Farbdias von dem heutigen Rapstedt. Den Höhepunkt bildete wohl die Vorführung des Schmalfilms „Rapstedt aus der Vogelperspektive“, der von Rapstedtern aufgenommen und eingesprochen war. Auch auswärtige Besucher waren zu dem Abend erschienen, u. a. Landesarchivar Iversen, Apenrade, einige Vorstandsmitglieder der „Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig“ und Bibliotheksrat Dr. Hans Peter Johannsen, Flensburg – der letztere auch, um sich für seinen Vortrag am Freitagabend in der deutschen Schule „einzustimmen“. Der Abend war auch gut besucht. 150 Menschen (zur Hälfte Deutsche, zur Hälfte Dänen) füllten die Turnhalle, als der Schulleiter Sievers die Erschienenen in deutscher und plattdänischer Sprache herzlich begrüßte. Dr. Hans Peter Johannsen sprach auf Sønderjysk über das Thema „Rafstej – i gammel dau o no“. Richtpunkte in seinem Vortrag waren die Jahre 1770, 1870 und 1970. Dabei wurden die wirtschaftlichen, geistigen und politischen Entwicklungen und Veränderungen geschildert, die sich in den letzten zweihundert Jahren in unserer Heimat ergeben haben. Während der gemeinsamen Kaffeetafel ging der „Schnack“ besonders gut – es waren ja auch viele neue und „seltene“ Gesprächspartner erschienen. Nach dem Kaffeetrinken berichteten alteingesessene Rapstedter anschaulich darüber, wie das Dorf um die Jahrhundertwende aussah und wie sich das Leben in einem Dorfe damals abspielte. Das gemeinsam gesungene Lied „Kein schöner Land ...“ beschloß den Abend.

An den Nachmittagen zwischen den Vorträgen war eine Ausstellung in „Forsamlingsgården“ geöffnet. Hier konnten vorgeschichtliche Funde, Gebrauchsgegenstände, Geschirr und Aufnahmen aus der alten Rapstedter Gemeinde bewundert werden. Stündlich lief der Schmalfilm „Rapstedt aus der Vogelperspektive“, und auch die Farbdias mit Motiven aus dem heutigen Rapstedt wurden mehrere Male gezeigt. Die beiden Schulen beteiligten sich ebenfalls an der Ausstellung. Die dänische Schule hatte u. a. „Rapstedt 1872“ und die deutsche Schule „Rapstedt 1972“ gebastelt.

Nachdem die „Rapstedter Kulturwoche“ einige Wochen hinter uns liegt, möchte ich folgendes Fazit ziehen:

1. Es war keine Verbrüderung, sondern eine loyale Partnerschaft gleichberechtigter Partner.
2. Die „Angst“ der „Minderheit“ vor der „Mehrheit“ scheint mir unbegründet zu sein. Die deutschen Nordschleswiger dürfen kein gefriedetes Mauerblümchendasein

führen, sondern müssen sich einem gesunden Wettbewerb auf allen Gebieten stellen und ihn bestehen können.

3. Wir erwarten nicht, daß nun an allen Orten, wo deutsche und dänische Schulen bestehen, derartige Kulturwochen durchgeführt werden. Wo aber die Existenz der alten Dorfgemeinschaft gefährdet ist, kann eine derartige Zusammenarbeit von Nutzen sein.

4. Das Interesse für und die Beteiligung an den verschiedenen Veranstaltungen war über Erwarten groß. Fast die ganze Gemeinde war irgendwie engagiert – die Ausstellung hätte noch viel länger geöffnet sein können.

5. Die guten deutsch-dänischen Beziehungen wurden immer wieder hervorgehoben. Bei dieser Gelegenheit wurden sie – wie so oft im Grenzlandalltag – wieder einmal praktisch verwirklicht, sozusagen im Erdgeschoß und nicht nur in der obersten Etage, wenn z. B. Länder- und Regierungschefs bei Treffen und feierlichen Anlässen wunderbare Erklärungen abgeben.

6. *Ein* Vorteil der Grenzlandbewohner ist das Zu-Hause-Sein in zwei Kulturen. Die Rapstedter Tage dienten auch etwas diesem Heimisch-Werden. Beide Seiten hörten und sangen Liedgut der anderen Seite, erlebten ihre Sprache und die Art ihres Zusammenseins. Vielleicht wurde man toleranter und kam sich menschlich näher. Wenn dem so wäre, dann so meine ich, hat die Rapstedter Kulturwoche ihren Zweck erfüllt.

Heinrich Sievers

Leiter der deutschen Privatschule

*

Bibliotheksdirektor Dr. H. P. Johannsen hat mich gebeten, ein paar Bemerkungen zu unserer sogenannten Kulturwoche in Rapstedt zu machen, und das tue ich mit Freuden, weil sie in jeder Weise ein Erfolg wurde, größer, als jemand zu hoffen gewagt hatte. Es waren wirklich Festtage in Rapstedt. Gleichzeitig bin ich auch ein wenig bedenklich, darüber zu berichten, weil unser Vorhaben dadurch leicht nach mehr aussehen kann, als eigentlich beabsichtigt war, nämlich die gute Gemeinschaft zu manifestieren, die in der Gemeinde besteht, etwas, das wir auf eine natürliche Weise im Alltag Vorleben, was sich durch diese Veranstaltung allerdings zu einer ganz neuen Form der Zusammenarbeit entwickelte. Aber was war natürlicher, wenn unser Thema unsere gemeinsame Heimat betraf – unsere Dorfgemeinde.

Es ist in unserem dänischen Kreis Tradition, in jedem Winter kulturelle Veranstaltungen in unserem Versammlungshaus abzuhalten. Aber allmählich ist es schwierig geworden, Themen zu finden, die noch interessieren in einer Zeit, wo eine ausgeprägte Versammlungsmüdigkeit herrscht und das Fernsehen und viele andere Veranstaltungen außerhalb der Grenzen der Gemeinde, die in unserem motorisierten Zeitalter ja leicht erreichbar sind, mehr interessieren.

Zufällig hörte ich im Rundfunk einen Vortrag über die Rückentwicklung oder Entwicklung der Dorfgemeinde. Dieses Thema hat in diesen Jahren eine besondere Aktualität, wo wir, die in den kleinen Dorfgemeinden wohnen, uns durch das neue Gesetz der Land- und Stadtzonen bedroht fühlen. Hier bot sich eine Idee zu einer Veranstaltung, bei der alle mitmachen könnten. Ich suchte Herrn Lehrer H. Sievers von der deutschen Privatschule auf, der dem Gedanken gleich zustimmte, und nach Verhandlungen mit unseren respektiven Vorständen begannen wir mit der Aufgabe.

Die Schulkinder sollten natürlich dabei sein. In unserer dänischen Schule suspendierten wir eine Woche lang den normalen Unterricht zugunsten historischer Themen, die mit unserer Gemeinde Verbindung haben. Es wurden Karten gezeichnet, ein Dorf aus der Eisenzeit in miniature wurde gebaut und ein Modell von Rapstedt, wie es vor hundert Jahren aussah, angefertigt. Es wurden Ausflüge in die Umgebung gemacht, und dies alles trug dazu bei, im voraus Interesse zu wecken. Ähnlich wurde in der deutschen Privatschule gearbeitet.

Es wurde ein Ausschuß gebildet, um eine Ausstellung von alten Gebrauchsgegenständen, alten Handarbeiten, alten Fotografien und Bildern u. a. vorzubereiten. Es wurden Farb-Dias von alten Häusern und anderen Sehenswürdigkeiten in der Gemeinde hergestellt, ja sogar ein Film „Rapstedt aus der Vogelperspektive“ wurde gedreht.

Das Schönste an der ganzen Veranstaltung war jedoch die eigentliche Arbeit mit der Ausstellung. Wir waren alle Neulinge auf dem Gebiet, aber wir griffen die Arbeit unbefangen an, und als wir fertig waren, fanden wir selber, daß sie ganz nett aussah, obwohl mit den Augen kritischer Museumsleute wohl manches einzuwenden wäre.

Montag abend begann die Kulturveranstaltung mit einem Kirchenkonzert. Ein Blasorchester von Flensburg und Solisten des Flensburger Sinfonieorchesters vermittelten uns ein herrliches musikalisches Erlebnis. Wir sangen Kirchenlieder – besonders ausgewählte, die auf dänisch und deutsch gesungen wurden, und vom Altar wurde ein dänischer und ein deutscher Text gelesen.

Dienstag abend fand eine Veranstaltung im Versammlungshaus statt, das brechend voll war. Das Erfreuliche daran war, daß alle vertreten waren – Dänen und Deutsche, junge und ältere durcheinander. Es wurde ein Lichtbildervortrag von V. Gregersen, Mögeltøndern, gehalten, es wurden Farbdias mit Motiven von Rapstedt gezeigt, und die festlichste Komponente war wohl doch der Film „Rapstedt aus der Vogelperspektive“. Dann folgte natürlich die nordschleswigsche Kaffeetafel mit munteren Reden und Scherzen an den Tischen. Am nächsten Tag wurde die Ausstellung eröffnet. Und welch ein Interesse an den beiden Nachmittagen, an denen wir offen hatten ! Wir mußten buchstäblich die Leute herausjagen, damit wir schließen konnten. Am Freitag abend versammelten wir

uns in der deutschen Schule. Wieder ein volles Haus, und wieder die gleiche festliche Stimmung. Bibliotheksdirektor H. P. Johannsen, dessen Vorfahren aus Rapstedt stammen, plauderte über Dänisches und Deutsches im Grenzland, und an der Kaffeetafel haben einige ältere Teilnehmer Typisches aus ihrer Kindheit und Jugend erzählt. Beim Abschluß wurde von verschiedener Seite die Freude über das gemeinsame Erlebnis, das diese Veranstaltungen vermittelt hatte, zum Ausdruck gebracht.

Es freute natürlich die Veranstalter, daß das so gut geglückt war, und ich glaube, daß wir alle an den Veranstaltungen in dieser Woche gelernt haben, daß wenn es etwas gibt, das uns trennt, dann gibt es vieles, das Menschen in einer Dorfgemeinde zusammenführt. Insgesamt haben ca. achthundert Menschen an diesen Veranstaltungen teilgenommen.

S. N. Christensen

Leiter der dänischen Kommunalschule

Oberbürgermeister Heinz Adler, Flensburg, sechzig Jahre alt

Heinz Adler, seit neun Jahren Oberbürgermeister in Flensburg, konnte am 31. Oktober seinen 60. Geburtstag feiern. Aus diesem Anlaß wurden ihm, der auch Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes ist, zahlreiche Ehrungen zuteil. Wir bringen nachstehend zwei Stimmen aus der großen Schar derjenigen die aus Anlaß des Empfanges in der Bürgerhalle des Flensburger Rathauses dem Geburtstagskind ehrende Worte widmeten.

ARTUR THOMSEN, Flensburgs Stadtpräsident

Die Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist eine hohe Ehre. Mit dieser Auszeichnung sind die Leistungen eines Mannes gewürdigt worden, der seit fünfundzwanzig Jahren im öffentlichen Leben unseres Landes wirkt und in all dieser Zeit viel Gutes, Kluges und Vernünftiges getan hat. Gut, klug und vernünftig nenne ich eine Politik, die nüchtern und realistisch auf die Schaffung besserer Lebensbedingungen für die Mitbürger gerichtet ist, die ohne theoretischen und ideologischen Ballast darauf aus ist, die Lebensqualität zu verbessern, durch geeignete Maßnahmen Vorsorge zu treffen für eine freie Entfaltung und Gestaltung individuellen Lebens. So habe ich die Antriebe Ihres Engagements, Herr Oberbürgermeister, begriffen, und ich glaube nicht, daß ich sie falsch beurteile.

Ich möchte Sie namens der Ratsversammlung – und natürlich auch ganz persönlich – herzlich beglückwünschen zu der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes, das Sie von dem Herrn Bundespräsidenten aus der Hand des Ministerpräsidenten unseres Landes bekommen haben. Wir gratulieren Ihnen auch zu Ihrem sechzigsten Geburtstag, und wünschen Ihnen Glück, Gesundheit, Erfolg und gute Freunde und viel Freude an der Fortsetzung Ihrer Arbeit!

Seit mehr als neun Jahren sind Sie unser Oberbürgermeister. Was Sie davor als Stadtvertreter und Kreistagsabgeordneter in Oldenburg und in den zweieinhalb Jahrzehnten Ihrer Mitgliedschaft im Landtag an Arbeit geleistet und an Aufgaben bewältigt haben, will ich hier schlicht übergehen. Wir wissen, welchen Anteil diese Tätigkeit an der Summe der Verdienste hat, die zu der hohen Auszeichnung geführt haben. Und wenn wir nichts davon wüßten, könnten wir uns doch leicht ein Bild davon machen, seitdem wir sehen, wie Sie Ihr Amt als Flensburger Oberbürgermeister wahrnehmen. Einen Mann, der eifriger, unermüdlicher, engagierter ist als Sie, kann man sich nicht denken. Sie haben auf die Entwicklung unserer Stadt einen großen Einfluß ausgeübt; Sie haben Schwerpunkte und Zeichen gesetzt, die weit über Ihre Amtszeit hinaus an Sie erinnern werden. Beispiele müssen genügen, um das zu illustrieren: So sind Sie ein Fan der Rationalisierung, bilden sich selbst noch laufend fort in allen Fragen elektronischer Datenverarbeitung. Ergebnis: Flensburg ist als erste kreisfreie Stadt der Datenzentrale des Landes angeschlossen und hat einen Satelliten unmittelbar vor ihren Toren. Wenn in dem gleichen Gebiet in den nächsten Jahren die ersten Bauten der Flensburger Gesamthochschule entstehen werden, dann wird wieder unübersehbar Ihr Anteil daran zu erkennen sein. Dasselbe gilt für die Stadtsanierung, den Autobahnanschluß, die Ostumgehung, den Krankenhausbau, die Erhaltung des Theaters; es gilt für alle Probleme von besonderem Gewicht, für alle Schwerpunkte in der Entwicklung unserer Stadt. Überall da haben Sie sich detaillierte Kenntnisse verschafft, überall da treten Sie als Motor auf, der die Dinge vorantreibt, der Impulse gibt, Verbindungen herstellt, Entscheidungen herbeiführt und Ergebnisse vorzeigen kann.

Aus dem Blickwinkel des Stadtpräsidenten, der ja ehrenamtlich tätig ist und deswegen weniger Zeit für seine Aufgaben hat, müßte eigentlich ein so dynamischer Mann ein sehr unbequemer Partner sein, gegen den man die Rechte und Kompetenzen der Ratsversammlung immer wieder einmal zur Geltung bringen muß. Das ist jedoch nicht der Fall, und ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. Der glatte Informationsfluß zwischen unseren Amtszimmern, Ihre uneingeschränkte Bereitschaft zum Gespräch, die Leichtigkeit, mit der wir Vereinbarungen treffen, Ihr Respekt vor den Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Plenums, all das beweist Ihre demokratische Grundeinstellung, die ich zu

schätzen gelernt habe, und die unsere Zusammenarbeit für mich so erfreulich macht. Natürlich sind Sie auch manchmal anstrengend, wenn etwa Ihr Engagement und Ihr Temperament Sie hinreißen, Ihre bemerkenswerte Eloquenz voll zu entfalten. Da brauche ich dann die ganze Schwerblütigkeit und bedächtigere Gangart des gebürtigen Schleswig-Holsteiners, um Bremsen einzubauen. Ihr sehr ausgeprägter Sinn für Humor, Ihre Fähigkeit, laut und befreiend zu lachen, und zwar nicht nur über andere, rettet aber immer wieder auch schwierige Situationen, die wir Gott sei Dank nicht oft erleben. So komme ich und so kommen wir also mit Ihnen aus, Herr Oberbürgermeister. Das soll, wenn es nach mir geht, so bleiben. Ich bin froh, daß Sie heute erst sechzig und nicht schon fünfundsechzig Jahre alt sind. So bleibt der Stadt Ihre Schaffenskraft noch erhalten, und ich, der ich mich „so an Sie gewöhnt“ habe, brauche mich nicht umzustellen. Was man hat, das weiß man; aber was man kriegt, ... Wollen Sie bitte aus diesen Formulierungen im Stile des Understatements erkennen, daß sich dahinter auch ein Stück persönlicher Zuneigung verbirgt. Ich habe über unsere gemeinsame Verantwortung für unsere Stadt Flensburg auch einen Freund gewonnen, und darüber bin ich sehr glücklich.

Wir gratulieren Ihnen zu Ihrem Geburtstag. Wir freuen uns mit Ihnen über die Anerkennung Ihrer Leistungen, die sich in der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes ausdrückt. Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie viel Glück und alles Gute.

ERIK JESSEN, Amtsbürgermeister, Apenrade

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!

Ich bin dankbar dafür, daß ich Ihnen heute – als Repräsentant des Sønderjyllands Amtråds und damit ganz Nordschleswigs – die herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem Geburtstag aussprechen darf. Wenn man Ihren Lebenslauf liest – und auch, wenn Sie selbst davon gesprochen haben – muß man wohl feststellen, daß über Ihrer Wiege nicht geschrieben stand, daß Sie eines Tages Oberbürgermeister in der Stadt Flensburg so nahe an der deutsch-dänischen Grenze werden würden. Die Entwicklung hat dies jedoch mit sich gebracht – und damit sind viele zufrieden. Was Nordschleswig betrifft, so freuen wir uns darüber, daß wir in Ihnen, Herr Adler, einen Mann gefunden haben, der mit großem Interesse die Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze verfolgt. Und wir wissen auch, daß wir hier vor einem Mann stehen, der positiv dazu beigetragen hat, ein gutes Verhältnis zwischen Nord und Süd zu ermöglichen. Wir wissen, daß Sie auch künftig Ihren Beitrag zu einer weiteren Verbesserung leisten werden. Dafür gilt Ihnen heute ein herzlicher Dank von unserer Seite.

Dies war sozusagen der offizielle Dank, lieber Herr Oberbürgermeister. Der zweite Teil, lieber Heinz Adler, wird mehr persönlichen Charakter haben. Es ist ein Dank von mir und von zahlreichen Einzelpersonen nördlich der Grenze, die dich in den letzten Jahren kennengelernt und mit dir zusammengearbeitet haben. Für meine Person möchte ich dir für viele gute Diskussionen danken, die von Aufrichtigkeit getragen waren. Darüber hinaus auch ein Dank für die gemütlichen Stunden, die glücklicherweise der Arbeit folgten. Wir sind glücklich für diese Stunden gewesen, wo – bei einem guten Glas Frankenwein – Gedanken und Ideen ausgetauscht worden sind und wobei du auch andere deiner Eigenschaften gezeigt hast. Ich denke dabei an dein Erinnerungsvermögen und an deine Fähigkeit, deutsche Klassiker zu zitieren. Und dabei taucht ja auch deine Fähigkeit als Schauspieler, als Rezitator und wohl auch als Agitator auf. Dies ist immer ein Erlebnis gewesen, und es erinnert uns daran, daß Politik und Schauspielkunst doch oft auch einiges gemeinsam haben.

Wir sagen Danke und gratulieren herzlich und wünschen dir Glück und Erfolg in der weiteren Arbeit für eine gute und gesunde Weiterentwicklung im Grenzland.